



# Staats-Anzeiger

## FÜR DAS LAND HESSEN

1963

Montag, den 19. August 1963

Nr. 33

Der Hessische Ministerpräsident Verleihung des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland	929	Gebührenordnung für die Filmbewertungsstelle in Wiesbaden	941
Der Hessische Minister des Innern Sichtvermerkszwang für die Angehörigen der vom britischen Mutterland abhängigen Gebiete	930	Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr Bau und Betrieb einer Gasfernleitung von Worms nach Dörnigheim, Landkreis Hanau	941
Auskünfte an deutsche Behörden nach Art. 6 Abs. 2 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut	930	Verlust eines Dienstausweises	941
Verlust eines Polizeidienstausweises und -führerscheines	930	Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen Anerkennung der Erziehungsberatungsstelle des Landkreises Obertaunus in Bad Homburg v. d. H.	941
Anerkennung ausländischer Pässe	931	Druckgasverordnung; hier: Druckprüfung bei der Nachprüfung im Verkehr befindlicher Behälter mit anderen Flüssigkeiten als Wasser	942
Wahrnehmung der Aufgaben auf dem Gebiet des Paßwesens in der Gemeinde Bischofsheim	931	Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten Flurbereinigung Nieder-Mockstadt, Kreis Büdingen	942
Einreisen pakistanischer Staatsangehöriger in das Bundesgebiet Prüfingenieure für Baustatik	931	Personalnachrichten	
Technische Baubestimmungen; hier: DIN 4208 — Anhydritbinder	931	C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern	943
Technische Baubestimmungen; hier: DIN 18 165 — Faserdämmstoffe für den Hochbau, Abmessungen, Eigenschaften und Prüfung	932	D. im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen	944
Der Hessische Minister der Finanzen Gesetz über den Schutz des Arbeitsplatzes bei Einberufung zum Wehrdienst (Arbeitsplatzschutzgesetz) vom 30. 3. 1957	932	F. im Bereich des Hessischen Kultusministers	944
Durchführung des § 168 HBG	933	H. im Bereich des Hessischen Ministers für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen	949
Anrechnung der Sachbezüge nach § 23 Abs. 1 HBesG; hier: Verfahren bei der Einbehaltung der Dienstwohnungsvergütung von den Dienstbezügen	933	Regierungspräsident WIESBADEN Einrichtung des Wohnplatzes „Am Köhlgraben“ in Bechthelm, Untertaunuskreis	949
Hessisches Landesvermessungsamt Amtliche Karten	935	Buchbesprechungen Öffentlicher Anzeiger	949
Der Hessische Kultusminister Bewertungsergebnisse über die 310. Bewertungssitzung (2., 3. und 4. April 1963)	936	Haushaltsrechnung des Hessischen Rundfunks für das Geschäftsjahr 1962	952
Bewertungsergebnisse über die 311. Bewertungssitzung (8., 9. und 10. April 1963)	937	Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen von Somborn nach Aschaffenburg	963
Bewertungsergebnisse über die 312. Bewertungssitzung (23., 24. und 25. April 1963)	938	Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen von Schaafheim nach Dieburg	964
Bewertungsergebnisse über die CIII. Hauptausschußsitzung (28., 29. und 30. März 1963)	939	Satzung des Schulverbandes Mittelpunktschule Nord in Breuna, Kreis Wolfhagen	964
Bewertungsergebnisse über die CIV. Hauptausschußsitzung (2., 3. und 4. Mai 1963)	940		

827

### Der Hessische Ministerpräsident

#### Verleihung des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

Der Herr Bundespräsident hat auf Vorschlag des Herrn Ministerpräsidenten den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland an folgende besonders verdiente Frauen und Männer verliehen:

#### GROSSES VERDIENSTKREUZ

Fritsch, Prof. Dr. Carl, Frankfurt am Main  
Mündel, Dr. Franz, Arzt, Frankfurt am Main  
Strahinger, Prof., Wilhelm, Darmstadt-Eberstadt

#### VERDIENSTKREUZ I. KLASSE

Janss, Käthe, Damenschneidermeisterin, Frankfurt a. M.  
Kullmann, Dr. Fritz, Kreisobermedizinalrat a. D., Lauterbach  
Säuberlich, Willy, Direktor, Darmstadt-Eberstadt  
Schliebe-Lippert, Dr. Elisabeth, Ministerialrätin a. D., Wiesbaden  
Siebrecht, Heinrich, Gärtnermeister, Kassel

#### VERDIENSTKREUZ AM BANDE

Bachmann, Wilhelm, Stellvertretender Ortsgruppenvorsitzender des VdK, Kassel  
Becker, Wilhelm, Rektor a. D., Fulda

Hahn, Reinhard, Regierungsamtmann a. D., Butzbach  
Hainbach, Jacob, Fabrikant, Biedenkopf  
Hammer, Adam, Vizepräsident des Hessischen Sängerbundes, Limburg an der Lahn  
Höretz, Friedrich, Hauptlehrer a. D., Mümling-Grumbach  
Rödmer, Heinrich, Sparkassendirektor, Alsfeld  
Rücker, Hermann, Kaufmann, Herboren (Dillkreis)  
Schmid, Heinrich, Fabrikant, Offenbach am Main  
Schwarz, Emil, Flughafendirektor a. D., Darmstadt-Eberstadt  
Wahle, Karl, Vorsitzender der Fachgruppe Nähmaschinen des Zentralverbandes Deutscher Mechaniker, Niedernhausen (Taunus)  
Wangorsch, Ewald, Rektor a. D., Lich

#### VERDIENSTMEDAILLE

Capitain, Josef, Chemiefacharbeiter, Oestrich (Rheingau)  
Finger, Marie, Sekretärin, Darmstadt

62 Wiesbaden, 30. 7. 1963

Der Hessische Ministerpräsident  
— Staatskanzlei —  
II/3 Az.: 14a 02/03

St.Anz. 33/1963 S. 929

828

## Der Hessische Minister des Innern

**Sichtvermerkszwang für die Angehörigen der vom britischen Mutterland abhängigen Gebiete**

Bezug: Erlasse vom 26. 1. 1959 — III b — 23 c 02 — (StAnz. S. 177) und 17. 8. 1959 — III b — 23 c 02 — (StAnz. S. 918)

Nach dem am 1. 7. 1962 in Kraft getretenen „Commonwealth Immigrants Act, 1962“ dürfen die Angehörigen der vom britischen Mutterland abhängigen Gebiete nur dann noch in das britische Mutterland einreisen, wenn sie eine „Einreisegenehmigung“ eines britischen Konsulats oder einen „Beschäftigungsnachweis“ des britischen Arbeitsministeriums besitzen; aber selbst dann steht es im Ermessen des Immigration Officers, ob er im Einzelfall die Einreise gestattet. Unter diesen Umständen können Personen, die sich durch „British Passports“, die von Behörden der vom britischen Mutterland abhängigen Gebiete ausgestellt worden sind, ausweisen, nicht mehr als Inhaber britischer Nationalpässe angesehen werden. Damit ist eine der Voraussetzungen des § 3 Abs. 2 Buchst. f der Paßverordnung entfallen, so daß die Angehörigen dieser Gebiete dem deutschen Sichtvermerkszwang unterliegen. Im einzelnen handelt es sich um die in Teil II, Abschnitt C, Buchst. c unter aa und bb und Abschnitt D, Buchst. b des Erlasses vom 26. 1. 1959 aufgeführten Gebiete mit Ausnahme von Zypern, British Somaliland, Nigeria, Kamerun, Sierra Leone, Tanganjika, Uganda, Jamaika, Trinidad und Tobago und Kuwait, die inzwischen selbständig geworden sind.

Das Auswärtige Amt wird die britische Regierung und die Regierungen der vom britischen Mutterland abhängigen Gebiete über die veränderte Rechtslage unterrichten. Damit sich die Bewohner dieser Gebiete hierauf einstellen können, kann ihnen bis zum 1. 9. d. J. die Einreise ohne Sichtvermerk gestattet werden. Danach können während eines Zeitraums von weiteren zwei Monaten Ausnahmesichtvermerke erteilt werden, auch wenn die Voraussetzungen des § 84 Abs. 1 Satz 1 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Ausführung des Gesetzes über das Paßwesen im Einzelfall nicht vorliegen.

62 Wiesbaden, 2. 8. 1963

**Der Hessische Minister des Innern**  
III b — 23 c 02

StAnz. 33/1963 S. 930

829

An die Ausländerpolizei- und die Meldebehörden

**Auskünfte an deutsche Behörden nach Art. 6 Abs. 2 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut**

Das Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags vom 19. 6. 1951 (BGBl. 1961 II S. 1190) über die Rechtsstellung ihrer Truppen (NATO-Truppenstatut) und das Zusatzabkommen vom 3. 8. 1959 (BGBl. 1961 II S. 1218) sind für die Bundesrepublik Deutschland am 1. 7. 1963 in Kraft getreten (Bekanntmachung vom 16. 6. 1963 — BGBl. II S. 745; BGBl. I S. 428 —).

Nach Art. 6 Abs. 1 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut sind die Mitglieder einer Truppe, eines zivilen Gefolges und Angehörige von deutschen Vorschriften auf dem Gebiete des Meldewesens und der Ausländerpolizei — mit Ausnahme der Meldungen in Beherbergungsstätten — befreit. Art. 6 Abs. 2 a. a. O. schreibt der Behörde einer Truppe vor, alle Mitglieder des zivilen Gefolges und alle Angehörigen laufend zu registrieren. Die Behörden der Truppe sind verpflichtet, in Einzelfällen den deutschen Behörden Auskünfte zu erteilen, die auf Grund der genannten Befreiungen benötigt werden, wenn die deutschen Behörden unter Darlegung der Gründe darum ersuchen. Auf ihr Verlangen werden die deutschen Behörden von den Behörden der Truppe über die Zahl der Mitglieder des zivilen Gefolges und der Angehörigen unterrichtet.

Die Auskünfte können von den zuständigen deutschen Behörden unmittelbar bei folgenden Dienststellen der Entsendestaaten erbeten werden:

a) für den Bereich der amerikanischen Truppen: USAREUR — Verbindungsoffizier bei der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika, Bad Godesberg,

- b) für den Bereich der französischen Truppe: Oberbefehlshaber der französischen Streitkräfte in Deutschland — Verbindungsstab bei der Bundesregierung Bad Godesberg, Französische Botschaft,
- c) für den Bereich der britischen und kanadischen Truppen: Gemeinsamer Verbindungsstab des britischen Hauptquartiers, Bonn, Kaiser-Friedrich-Straße, Villa Spiritus,
- d) für den Bereich der belgischen Truppen: Belgischer Verbindungsstab in der Bundesrepublik Deutschland, Bad Godesberg, Rheinallee 51a,
- e) für den Bereich der niederländischen Truppen: Militärattaché bei der Königlich Niederländischen Botschaft Bonn, Koblenzer Straße 96.

In dem Abkommen bedeutet der Ausdruck

- a) „Truppe“ das zu den Land-, See- oder Luftstreitkräften gehörende Personal einer Vertragspartei, wenn es sich im Zusammenhang mit seinen Dienstobliegenheiten in dem Hoheitsgebiet einer anderen Vertragspartei innerhalb des Gebietes des Nordatlantikvertrags befindet. Die Bundesrepublik betrachtet das NATO-Truppenstatut und das Zusatzabkommen auch auf solche Streitkräfte eines Entsendestaates als anwendbar, die sich auf Grund von Art. 1 Abs. 3 des Vertrages über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland vom 23. 11. 1954 vorübergehend im Bundesgebiet aufhalten (vgl. Teil I — zu Art. I Abs. 1 Buchst. a — des Unterzeichnungsprotokolls zum Zusatzabkommen — BGBl. 1961 II S. 1313 — );
- b) „Ziviles Gefolge“ das die Truppe einer Vertragspartei begleitende Zivilpersonal, das bei den Streitkräften dieser Vertragspartei beschäftigt ist, soweit es sich nicht um Staatenlose handelt oder um Staatsangehörige eines Staates, der nicht Partei des Nordatlantikvertrags ist, oder um Staatsangehörige des Staates, in welchem die Truppe stationiert ist, oder um Personen, die dort ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben;
- c) „Angehöriger“ den Ehegatten eines Mitglieds der Truppe oder eines zivilen Gefolges sowie ein dem Mitglied gegenüber unterhaltsberechtigtes Kind. Ein nicht unter diese Begriffsbestimmung fallender naher Verwandter eines Mitglieds einer Truppe oder eines zivilen Gefolges, der von diesem aus wirtschaftlichen oder gesundheitlichen Gründen abhängig ist, von ihm tatsächlich unterhalten wird, die Wohnung teilt, die das Mitglied innehat, und sich mit Genehmigung der Truppe im Bundesgebiet aufhält, gilt als Angehöriger im Sinne der genannten Bestimmung (Art. 2 Abs. 2 Buchst. a des Zusatzabkommens).

Stirbt ein Mitglied einer Truppe oder eines zivilen Gefolges oder verläßt es infolge einer Versetzung das Bundesgebiet, so gelten seine Angehörigen einschließlich der vorstehend erwähnten nahen Verwandten während einer Frist von 90 Tagen nach dem Tode oder der Versetzung weiterhin als Angehörige im Sinne von Art. I Abs. 1 Buchst. c des NATO-Truppenstatuts, sofern sie sich im Bundesgebiet aufhalten.

62 Wiesbaden, 1. 8. 1963

**Der Hessische Minister des Innern**  
III b — 23 a/23 d

StAnz. 33/1963 S. 930

830

**Verlust eines Polizeidienstausweises und -führerscheines**

Der Polizeiwachtmeister Bruno Schultheis, geb. am 14. 8. 1942 hat berichtet, daß am 14. 7. 1963 in Edzell/Krs. Fulda, das rechte Seitenfenster seines Pkw eingedrückt und seine Brieftasche mit Polizeidienstausweis und -führerschein entwendet worden sei.

Der Polizeidienstausweis Nr. 724, ausgestellt von der Direktion der Hessischen Bereitschaftspolizei am 29. 4. 1963 und der Polizeiführerschein Nr. 4816 der Klassen 1 und 3, ausgestellt von der Hessischen Polizeischule am 13. 3. 1963, werden hiermit für ungültig erklärt.

Wiesbaden, 1. 8. 1963

**Der Hessische Minister des Innern**  
III c 4 — 7 d 14

StAnz. 33/1963 S. 930

**831**

An die Ausländerpolizeibehörden  
**Anerkennung ausländischer Pässe**

Bezug: Erlaß vom 5. 7. 1963, StAnz. S. 834

Der vorletzte Absatz des Bezugserrlasses ist fehlerhaft wiedergegeben worden.

Er muß richtig lauten:

In einem Erlaß an die Grenzschutzdirektion in Koblenz vom 27. Juni 1963 — VI B 5 — 62 164 A — 1162/62 — hat der Bundesminister des Innern auf Grund des § 4 Satz 1 des Paßgesetzes in Verbindung mit § 43 Abs. 4 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Ausführung des Gesetzes über das Paßwesen angeordnet, daß die unter 1. und 2. aufgeführten Pässe abweichend von § 43 Abs. 1 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Ausführung des Gesetzes über das Paßwesen als ausreichend für den Grenzübertritt anzuerkennen sind.

Ich bitte, den Bezugserrlaß entsprechend zu berichtigen.

62 Wiesbaden, 6. 8. 1963

**Der Hessische Minister des Innern**  
III b — 23 c 02

StAnz. 33/1963 S. 931

**832**

**Wahrnehmung der Aufgaben auf dem Gebiet des Paßwesens in der Gemeinde Bischofsheim**

Die Gemeinde Bischofsheim hat inzwischen 10 000 Einwohner. Damit sind die bisher von dem Landrat des Landkreises Groß-Gerau als Paß- und Sichtvermerksbehörde wahrgenommenen Aufgaben für das Gebiet der Gemeinde Bischofsheim auf diese Gemeinde übergegangen (§ 59 Abs. 1 der Hessischen Landkreisordnung i. d. F. vom 1. 7. 1960 — GVBl. S. 131 — in Verbindung mit § 1 der Verordnung über die Verteilung der Aufgaben der Landesverwaltung auf der Kreisstufe vom 24. 3. 1953 — GVBl. S. 39 —). Sie sind von dem Bürgermeister wahrzunehmen (§ 150 der Hessischen Gemeindeordnung i. d. F. vom 1. 7. 1960 — GVBl. S. 103 —).

Der Bürgermeister der Gemeinde Bischofsheim ist als Paßbehörde zugleich zuständige Verwaltungsbehörde zur Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 12 des Paßgesetzes im Sinne meines Runderlasses vom 6. 2. 1953 (StAnz. S. 154).

62 Wiesbaden, 6. 8. 1963

**Der Hessische Minister des Innern**  
III b — 23 c 02

StAnz. 33/1963 S. 931

**833**

An die Ausländerpolizeibehörden  
**Einreisen pakistischer Staatsangehöriger in das Bundesgebiet**

Nach einer Mitteilung der Pakistanischen Botschaft an das Auswärtige Amt ist die pakistanische Regierung bemüht, zu verhindern, daß Pakistanner, die keine deutschen Einreisewerke besitzen und die nicht gemäß § 3 Abs. 2 Buchst. f der Paßverordnung vom Sichtvermerkszwang befreit sind, in das Bundesgebiet einreisen. Die pakistanischen Behörden stellen deshalb nur für „bona-fide-Touristen“ Reisepässe aus, die zur Einreise in europäische Länder berechtigen. Der Geltungsbereich ist auf die in dem Reisepaß ausdrücklich genannten Staaten beschränkt.

Die Pakistanische Botschaft hat festgestellt, daß fast alle Pässe von Pakistanern, die ohne Sichtvermerk zur Arbeitsaufnahme in das Bundesgebiet eingereist waren und denen dann die Aufenthaltserlaubnis versagt wurde, nicht zur Einreise in das Bundesgebiet berechtigten.

Der Bundesminister des Innern hat das Auswärtige Amt gebeten, die Auslandsvertretungen der Bundesrepublik Deutschland anzuweisen, Pakistanner, die nicht gemäß § 3 Abs. 2 Buchstabe f der Paßverordnung vom Sichtvermerkszwang befreit sind und deren Pässe nicht für das Bundesgebiet gelten, keine Sichtvermerke zu erteilen.

Ich bitte, diese Regelung bei der Entscheidung über Anträge auf Erteilung der besonderen Aufenthaltserlaubnis an pakistische Staatsangehörige zu beachten.

62 Wiesbaden, 6. 8. 1963

**Der Hessische Minister des Innern**  
III b — 23 c 02

StAnz. 33/1963 S. 931

**834**

An die  
Herren Regierungspräsidenten  
Darmstadt, Kassel, Wiesbaden

An den  
Magistrat der Stadt Frankfurt am Main  
— Bauaufsichtsbehörde —  
Frankfurt am Main

An die  
Hessische Landesprüfstelle für Baustatik  
Darmstadt

**Prüfingenieure für Baustatik**

Bezug: Mein Erlaß vom 22. 1. 1952 — Vb/3 — 61 a 12 — Tgb.-Nr. 30/52 (StAnz. S. 82).

1. Dr.-Ing. Rudolf Mayer, Neckarsteinach, ist im Verzeichnis der im Lande Hessen anerkannten Prüfingenieure für Baustatik zu streichen.

2. Oberingenieur Heinrich Hermanns, Friedrichsdorf/Ts. ist verstorben und ebenfalls aus dem Verzeichnis der im Lande Hessen anerkannten Prüfingenieure für Baustatik zu streichen.

3. In das Verzeichnis aufzunehmen sind unter

**A) Regierungsbezirk Darmstadt**

Becker, Helmut, Dipl.-Ing., Offenbach a. M., Rathenaustraße 23, Ruf: 8 26 39 — M H;  
Born, Joachim, Ingenieur, Darmstadt, Grafenstr. 26, Ruf: Nr. 7 59 01 — M H;

4. Gleichzeitig wird eine Anschriftenänderung bekanntgegeben:

Zschiedrich, Erhard, Dr.-Ing., Wiesbaden-Biebrich, Friesenweg 10, Ruf: 6 64 83.

Ich bitte, die nachgeordneten Bauaufsichtsbehörden entsprechend zu unterrichten.

62 Wiesbaden, 12. 7. 1963

**Der Hessische Minister des Innern**  
Vb/Vn — 64 a 06/07 — 3/63

StAnz. 33/1963 S. 931

**835**

An die  
Herren Regierungspräsidenten  
Darmstadt, Kassel, Wiesbaden

An den  
Magistrat der Stadt Frankfurt am Main  
— Bauaufsichtsbehörde —  
Frankfurt am Main

**Technische Baubestimmungen**

hier: DIN 4208 — Anhydritbinder — (Ausgabe Oktober 1962).

Bezug: Erlaß vom 7. 3. 1960 — (StAnz. S. 440).

Mit Erlaß vom 7. 3. 1960 (StAnz. S. 440) ist das Normblatt DIN 4208 — Anhydritbinder — (Ausgabe August 1959) als Technische Baubestimmung für die Bauaufsicht eingeführt worden.

Die Ausgabe August 1959 des Normblattes DIN 4208 ist im zuständigen Arbeitsausschuß des Fachnormenausschusses Bauwesen überarbeitet worden. Die jetzt vorliegende Ausgabe Oktober 1962 soll die Ausgabe August 1959 ersetzen.

Das Normblatt enthält gegenüber der Fassung Oktober 1959 sachliche Änderungen und Ergänzungen in den Abschnitten 1, 2.1, 3.1, 6.7.1, 6.8 und 7; außerdem wurden neue Fußnoten aufgenommen und der Text redaktionell überarbeitet (im Abschnitt 4 muß es statt „nach Abschnitt 7.1“ richtig heißen: „nach Abschnitt 6.7.1“).

Bei der Herstellung von schwimmenden Estrichen aus Anhydrit sind außerdem die Tabelle 1 und der Abschn. 5.3.2 des Normblattes DIN 4109 Bl. 4 — Schallschutz im Hochbau, schwimmende Estriche auf Massivdecken — zu beachten.

Für die Güteüberwachung gemäß Abschnitt 7 des Normblattes werden die staatlichen Materialprüfungsanstalten Aachen, Berlin-Dahlem, Braunschweig, Dortmund, Karlsruhe, München, Nürnberg und Stuttgart anerkannt.

Das Normblatt DIN 4208, Ausgabe Oktober 1962, wird hiermit an Stelle der Ausgabe August 1959 gemäß § 29 Abs. 2 HBO als Technische Baubestimmung eingeführt. Mein Erlaß vom 7. 3. 1960 wird aufgehoben.

Ich bitte, daß mit Erlaß vom 15. 12. 1961 übersandte Verzeichnis der Technischen Baubestimmungen in Abschnitt II Baustoffe, c) Bindemittel, lfd. Nr. 7, zu berichtigen und die nachgeordneten Bauaufsichtsbehörden entsprechend zu unterrichten.

Abdrucke des Normblattes können durch den Beuth-Vertrieb GmbH, Berlin 15, Uhlandstr. 175, und Köln 1, Friesenplatz 16 (Hansahaus) bezogen werden.

62 Wiesbaden, 17. 7. 1963

**Der Hessische Minister des Innern**  
Vb — 64 b 16/09 — 3/63  
StAnz. 33/1963 S. 931

**836**

An die  
Herren Regierungspräsidenten  
Darmstadt, Kassel, Wiesbaden

An den  
Magistrat der Stadt Frankfurt am Main  
— Bauaufsichtsbehörde —  
Frankfurt am Main

#### Technische Baubestimmungen

hier: DIN 18 165 — Faserdämmstoffe für den Hochbau, Abmessungen, Eigenschaften und Prüfung — Ausgabe März 1963 —

Bezug: Meine Erlasse vom 26. 10. 1957 (StAnz. S. 1234) und vom 15. 10. 1958 (StAnz. S. 1362).

1. Von der Arbeitsgruppe Einheitliche Technische Baubestimmungen des Fachnormenausschusses Bauwesen im Deutschen Normenausschuß wurde das Normblatt

DIN 18 165 — Faserdämmstoffe für den Hochbau, Abmessungen, Eigenschaften und Prüfung — überarbeitet und als Ausgabe März 1963 neu herausgegeben. Auf Grund des § 29 Abs. 2 HBO wird die Ausgabe März 1963 als Technische Baubestimmung für die Bauaufsicht im Lande Hessen eingeführt.

Die mit meinem Erlaß vom 26. 10. 1957 Az.: Va/2 — 64a28/23 — 12/57 als Technische Baubestimmung eingeführte Ausgabe August 1957 von DIN 18 165 — Faserdämmstoffe für den Hochbau — wird hiermit zurückgezogen, ebenso der Erlaß vom 15. 10. 1958 Az.: Vb/1 — 64a28/23 — 12/58 mit dem Hinweis auf die Institute, die für die Prüfung der Wärmeleitfähigkeit und der dynamischen Steifigkeit in Betracht kommen.

2. Faserdämmstoffe nach DIN 18 165 können für Zwecke der Wärme- und Schalldämmung entsprechend DIN 4108 — Wärmeschutz im Hochbau — und DIN 4109 — Schallschutz im Hochbau — verwendet werden. Es werden belastbare und nicht belastbare Faserdämmstoffe mit entsprechender Kennzeichnung unterschieden. Bei schwimmenden Estrichen dürfen nur belastbare Dämmstoffe verwendet werden.

Die nicht belastbaren Faserdämmstoffe müssen u. a. den Aufdruck „nicht für schwimmende Estriche“ tragen.

3. Bei den belastbaren Faserdämmstoffen ergibt sich aus dem Unterschied zwischen der Lieferdicke (z. B. 20 mm)

und der Dicke unter Belastung (z. B. 15 mm) die Zusammendrückung (z. B. 5 mm) (vgl. Tabelle 3). Sie ist für die Wahl der Estrichdicke nach DIN 4109 Blatt 4 — Schallschutz im Hochbau, Schwimmende Estriche auf Massivdecken — Tabelle 1, maßgebend.

Die Dämmschichtgruppen I und II nach DIN 18 165, Tabelle 5, für belastbare Faserdämmstoffe gehören zu den Deckenauftragengruppen I bzw. II nach DIN 4109, Blatt 3, Tabelle 1 bzw. 2, und zu den Massivdeckengruppen I bzw. II nach DIN 4109, Blatt 3, Bild 1 bzw. 2.

4. Für Faserdämmstoffe dürfen nur die in DIN 4108 — Wärmeschutz im Hochbau — angegebenen Rechenwerte für die Wärmeleitfähigkeit verwendet werden, auch wenn durch Einzelnachweis auf Grund eines Prüfzeugnisses nach DIN 52 612 — Bestimmung der Wärmeleitfähigkeit mit dem Plattengerät — nachgewiesen wird, daß der Wert niedriger ist.

5. Nach DIN 18 165 Abschnitt 7 „Gütesicherung“ muß die Fertigung der Faserdämmstoffe überwacht werden.

Im bauaufsichtlichen Verfahren sind nur Zeugnisse über Güteprüfungen anzuerkennen, deren Ergebnisse entsprechend dem Vordruck in DIN 18 165 zusammengefaßt sind.

Die Proben für sämtliche Prüfungen nach Abschnitt 6 sind gleichzeitig zu entnehmen.

Prüfungen im Rahmen der Gütesicherung müssen von Instituten vorgenommen werden, die sämtliche Prüfungen nach Abschnitt 6 des Normblattes DIN 18 165 durchführen können. Diese Institute sind nachstehend aufgeführt:

Bundesanstalt für Materialprüfung,  
1 Berlin 33, Unter den Eichen 87,  
Institut für Baustoffkunde und Stahlbetonbau der Technischen Hochschule Braunschweig — Amtliche Materialprüfungsanstalt für das Bauwesen —  
33 Braunschweig, Schleinitzstraße  
Staatliches Materialprüfungsamt Nordrhein-Westfalen,  
46 Dortmund - Aplerbeck, Marsbruchstr. 186,  
Institut für Schall- und Wärmeschutz  
43, Essen - Steele, Krekler Weg 48,  
Bayerische Landesgewerbeanstalt, Materialprüfungsamt  
Nürnberg  
85 Nürnberg, Gewerbemuseumsplatz 2,  
Institut für Technische Physik der Fraunhofer-Gesellschaft  
7 Stuttgart - Degerloch, Königsstraße 70/74.

Ich bitte, die nachgeordneten Bauaufsichtsbehörden entsprechend zu unterrichten und das mit Erlaß vom 15. 12. 1961 übersandte Verzeichnis der für die Bauaufsicht eingeführten Technischen Baubestimmungen unter Abschnitt IV lfd. Nr. 7 entsprechend zu berichtigen.

Abdrucke des Normblattes können beim Beuth-Vertrieb GmbH, Berlin 15, Uhlandstr. 175, oder Köln 1, Friesenplatz 16 (Hansahaus), bezogen werden.

62 Wiesbaden, 17. 7. 1963

**Der Hessische Minister des Innern**  
Vb — 64 b 16/25 — 12/63  
StAnz. 33/1963 S. 932

**837**

### Der Hessische Minister der Finanzen

#### Gesetz über den Schutz des Arbeitsplatzes bei Einberufung zum Wehrdienst (Arbeitsplatzschutzgesetz) vom 30. März 1957 (BGBl. I S. 293)

Bezug: Meine Erlasse vom 14. November 1961 (StAnz. S. 1406) und 10. August 1962 (StAnz. S. 1179)

Als Arbeitsentgelt im Sinne von § 1 Abs. 2 Arbeitsplatzschutzgesetz in der Fassung des Art. 2 Nr. 1 des Änderungsgesetzes zum Unterhaltssicherungsgesetz vom 21. April 1961 (BGBl. I S. 457) und des Art. IV Nr. 1 des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Wehrpflichtgesetzes vom 22. März 1962 (BGBl. I S. 169) bitte ich für die Dauer einer Wehrübung bei Erfüllung der sonstigen Voraussetzungen folgende Beiträge zu zahlen:

a) an Angestellte die Vergütung, die sich aus § 47 Abs. 2 Unterabs. 2 BAT (Urlaubsvergütung) ergibt, jedoch mit der Maßgabe, daß für die Gewährung von Zulagen nach § 33 Abs. 1 Buchst. a und b BAT die jeweils für die entsprechenden Beamten geltenden Vorschriften anzuwenden sind,

b) an Arbeiter den Lohn, der sich aus § 48 Abs. 1 MTL (in Verbindung mit § 41 MTL und § 1 des Tarifvertrages zu § 41 MTL vom 14. Januar 1959) als Urlaubslohn ergibt.

Nach Auskunft des Bundesministers der Verteidigung werden Arbeitnehmer nach Vollendung des 25. Lebensjahres z. Z. nicht zum Grundwehrdienst herangezogen. Eine Entscheidung, wie die Berechnung des weiterzuzahlenden Arbeitsentgelts in diesen Fällen vorzunehmen ist, bleibt daher vorbehalten.

Dieser Erlaß geht den obersten Dienstbehörden des Landes und den mir nachgeordneten Dienststellen nicht gesondert zu.

62 Wiesbaden, 31. 7. 1963

**Der Hessische Minister der Finanzen**  
P 2001 A — 9 — I 42

StAnz. 33/1963 S. 932

**838****Durchführung des § 168 HBG**

Im Anschluß an meine Runderlasse zur Durchführung des § 168 HBG vom 2. 7. 1962 (StAnz. S. 959), 2. 10. 1962 (StAnz. S. 1411) und 1. 2. 1963 (StAnz. S. 222) gebe ich nachstehenden Hinweis bekannt.

In Nr. 5 der RL zu § 129 und Nr. 12 der RL zu § 130 HBG ist geregelt, daß als weitere Maßnahme zur Vermeidung der Doppelversorgung bestimmte Vordienstzeiten dann nicht als ruhegehaltfähige Dienstzeiten berücksichtigt werden können, wenn für diese Zeiten Renten aus einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gewährt werden.

Da über die Anerkennung von Zeiten nach §§ 129, 130 HBG gem. § 169 Abs. 3 Satz 2 HBG in der Regel bei der Berufung in das Beamtenverhältnis zu entscheiden ist, steht nicht immer fest, ob für diese Zeiten später eine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung gewährt wird.

Zur Vermeidung von Schwierigkeiten bei der Durchführung des § 168 HBG kann in diesen Fällen die Berücksichtigung von ruhegehaltfähigen Dienstzeiten nur unter dem ausdrücklichen Vorbehalt des Widerrufs, daß für diese Zeiten später keine Rente gezahlt wird, erfolgen. Die Beamten und Versorgungsempfänger sind darauf aufmerksam zu machen und es ist ihnen aufzugeben, den evtl. Eintritt des Rentenfalles rechtzeitig zu melden (Hinweis auf § 177 HBG).

62 Wiesbaden, 30. 7. 1963

Der Hessische Minister der Finanzen

P 1604 A — 746 — I 54

StAnz. 33/1963 S. 933

**839****Anrechnung der Sachbezüge nach § 23 Abs. 1 HBesG;**

hier: Verfahren bei der Einbehaltung der Dienstwohnungsvergütung von den Dienstbezügen

Bezug: 1. Vorläufige Verwaltungsvorschriften der obersten Dienstbehörden des Landes Hessen über die Neufestsetzung der höchsten Dienstwohnungsvergütungen vom 17. Mai 1963 (StAnz. S. 614),

2. Neufestsetzung der höchsten Werkdienstwohnungsvergütung vom 18. Juni 1963 (StAnz. S. 740).

Die Dienstwohnungsvergütungen sind nach § 23 HBesG in Verbindung mit Nr. 12 DWV bei der Gehaltszahlung einzubehalten. Diese Regelung gilt nach Nr. 6 WWV für die Zahlung der Werkdienstwohnungsvergütungen entsprechend. Um die Einbehaltung und Abführung zu vereinfachen, bitte ich, ab sofort einheitlich wie folgt zu verfahren:

**A. Dienstwohnungsvergütungen**

1. Die für die Verwaltung der Dienstwohnung zuständige Behörde fertigt Kassenanweisungen nach dem anliegenden Muster zweifach an

- alsbald für jeden Beamten, der z. Z. eine Dienstwohnung innehat,
- künftig für jeden Beamten, dem eine Dienstwohnung zugewiesen wird,
- bei jeder Änderung des örtlichen Mietwertes.

Sie übersendet

die Erstschrift der Kasse, die die Dienstbezüge auszahlt (in der Regel ist dies die Besoldungskasse Hessen), die Zweitschrift der Kasse, die die Dienstwohnungsvergütung zu vereinnahmen hat.

Ist die Dienstwohnungsvergütung nicht mehr einzubehalten (z. B. weil der Beamte die Wohnung räumt oder die Dienstwohnung in eine Mietwohnung umgewandelt wird), sind die Kassen rechtzeitig entsprechend zu unterrichten.

2. Die Kassen behandeln diese Anweisungen als Dauerbelege gemäß § 65 RRO. Der Mitteilung der unterschriebenen Beamten und der Unterschriftenproben an die Besoldungskasse gemäß §§ 27 und 30 RWB bedarf es in diesen Fällen nicht.

3. Die Kasse, die die Dienstbezüge auszahlt, berechnet an der in der Kassenanweisung vorgesehenen Stelle die höchste Dienstwohnungs- bzw. Werkdienstwohnungsvergütung nach dem im Bezug genannten Vorschriften und behält die Dienstwohnungsvergütung ein

- in Höhe des örtlichen Mietwertes, wenn dieser unter dem Betrag der höchsten Dienstwohnungsvergütung liegt, oder
- in Höhe der höchsten Dienstwohnungsvergütung, wenn diese unter dem Betrag des örtlichen Mietwertes liegt.

4. Sie hat die höchste Dienstwohnungsvergütung neu zu berechnen, sofern hierdurch ein anderer Satz der höchsten Dienstwohnungsvergütung erreicht wird,

- bei Änderung des Grundgehaltes oder der Zulagen (z. B. durch allgemeine besoldungsrechtliche Maßnahmen; wenn der Beamte in die nächste Dienstaltersstufe aufsteigt oder in eine Besoldungsgruppe mit höherem Endgrundgehalt eingewiesen wird);
- bei Änderung der dem gezahlten Ortszuschlag zugrundeliegenden Ortsklasse (z. B. wenn der Beamte versetzt oder das Ortsklassenverzeichnis geändert wird).

Treten die Änderungen rückwirkend in Kraft, ist auch die höchste Dienstwohnungsvergütung rückwirkend zu berechnen.

Für die Berechnung der höchsten Dienstwohnungsvergütung ist nicht die Ortsklasse des Ortes maßgeblich, an dem sich die Dienstwohnung befindet, sondern die Ortsklasse, nach der dem Beamten der Ortszuschlag gezahlt wird.

5. Die Besoldungskasse berechnet die höchste Dienstwohnungsvergütung vorläufig manuell und überwacht in geeigneter Weise, daß die Änderungen berücksichtigt werden.

Sie übersendet jeder Kasse, an die sie Dienstwohnungsvergütungen abführt, mit der monatlichen Überweisung eine Aufstellung der einbehaltenen und abgeführten Beträge (Liste der Kartenart 90, -Abzugschlüssel 481). Eine gesonderte Aufstellung nur für Dienstwohnungsvergütungen ist nicht erforderlich, sie kann mit der Nachweisung sonstiger Abzüge (z. B. Mieten, Pachten) verbunden werden. Über die beabsichtigte maschinelle Berechnung ergeht zu gegebener Zeit besonderer Erlaß.

6. Hat eine andere Kasse als die Besoldungskasse die einbehaltenen Dienstwohnungsvergütungen abzuführen, so ist an Stelle der monatlichen Nachweisungen eine Pendelliste anzufertigen.

**B. Werkdienstwohnungsvergütungen**

1. Bei den Angestellten, deren Bezüge durch die Kassen berechnet werden, ist sinngemäß nach Abschnitt A zu verfahren.

2. Bei Angestellten, deren Bezüge durch die Behörde berechnet werden, und bei Arbeitern werden die Werkdienstwohnungsvergütungen von den Behörden selbst berechnet und bei der Zahlung der Vergütung bzw. Löhne einbehalten.

**C.**

Für die Dienstwohnungs- bzw. Werkdienstwohnungsvergütungen wird allgemeine Annahmearordnung gemäß § 68 Abs. 1 Buchst. d RRO erteilt. Unbeschadet dessen sind die begründeten Unterlagen (Mietwertberechnungen, Wohnungsblätter usw.) für die Rechnungslegung und Rechnungsprüfung der Kasse zu übersenden, die die Beträge zum Soll stellt und vereinnahmt (Soll = Ist).

**D.**

Um Doppelarbeiten zu vermeiden, sind von den Vorprüfungsstellen zu prüfen

- die Berechnung der höchsten Dienstwohnungs- bzw. Werkdienstwohnungsvergütung zusammen mit den Personalausgaben,
- die Festsetzung der örtlichen Mietwerte zusammen mit den Haushaltseinnahmen.

Dieser Erlaß ergeht im Einvernehmen mit dem Rechnungshof des Landes Hessen. Die Berechnung und Einbehaltung sonstiger Umlagen und Nebenabgaben (Nr. 20 DWV) bleiben hiervon unberührt.

Wiesbaden, 24. 7. 1963

Der Hessische Minister der Finanzen

H 2046 I S. 1 — III/91

O 2054 A — 58 — I/33

StAnz. 33/1963 S. 933

Rj. Haushaltsstelle der Einnahme D-Beleg Nr.  
 Kapitel Titel Unterteil

(Behörde) und folgende Pers. Nr.

(Geschäftszeichen) (Ort, Tag)

Kassenanweisung

über die Einbehaltung von Dienstwohnungs- bzw. Werkdienstwohnungsvergütung

1	Zuständige Kasse		
2	Zahlungs- pflichtiger	Zu- und Vorname Wohnort Behörde	
3	Empfänger (Kasse)		Dauer des Abzuges Beginn: Ende: b.a.w. - fällig bei Zahlung der Bezüge Anlagen:
4	einzubehaltender Betrag	Örtlicher Mietwert i. B. Es ist einzubehalten a) der vorstehende Betrag des örtlichen Mietwertes, wenn dieser niedriger ist als die höchste Dienstwohnungsvergütung nach den gemeinsamen vorläufigen Verwaltungsvorschriften der obersten Dienstbehörde des Landes Hessen vom 17. Mai 1963 (StAnz. S. 614) bzw. niedriger als die höchste Werkdienstwohnungsvergütung (Erl. HMdF vom 18. Juni 1963 - P 2023 A - 3 - I 41 - StAnz. S. 740), oder b) die höchste Dienstwohnungs- bzw. Werkdienstwohnungsvergütung, wenn diese niedriger ist als der örtliche Mietwert.	

Anshr. L. (§ 33 RWB) Nr. Sachlich richtig Festgestellt

(Unterschrift, Amtsbezeichnung bzw. Verg.-Gruppe) (Unterschrift des Anordnungsbefugten)

**Berechnung der höchsten Dienstwohnungsvergütung**  
 (Nur von der Kasse auszufüllen, die die Berechnung vornimmt)

DM	DM	DM
ab .....	ab .....	ab .....
Grundgehalt	Grundgehalt	Grundgehalt
Ausgl.- und Stellenzul. ....	Ausgl.- und Stellenzul. ....	Ausgl.- und Stellenzul.
insgesamt	insgesamt	insgesamt
Höchste Dienstwohnungsvergütung .....	Höchste Dienstwohnungsvergütung .....	Höchste Dienstwohnungsvergütung .....
(Handzeichen)	(Handzeichen)	(Handzeichen)
Eingangsstempel der Kasse		
Nach § 76 b Abs. 1 RKO geprüft und zum Soll gestellt (Soll = Ist!)		
(Tag)	(Buchhalter)	

840

## Hessisches Landesvermessungsamt

## Amtliche Karten

Unter Bezugnahme auf den Hinweis vom 19. 5. 1951 — 5420/51 (St.Anz. Seite 598) werden nachstehend die im 1. Halbjahr 1963 vom Hessischen Landesvermessungsamt herausgegebenen Neuerscheinungen und Neuausgaben amtlicher Karten, Sonderkarten usw. bekanntgegeben.

Name u. Maßstab des Kartenwerkes	Blattnummer und -Name	Jahr der Ausgabe	Blatt-Format	Anzahl der Farben	Preis DM	Bemerkungen			
<b>a) Neuerscheinungen</b>									
Top. Karte 1 : 50 000	L 4522 Hann. Münden	1962	65×60 (48×44)	4*	1,—				
				4	2,40				
				6	2,40				
	L 4722 Kassel	1962	65×60 (48×44)	7	3,—				
				4*	1,—				
				4	2,40				
	L 4920 Fritzlar	1962	65×60 (48×44)	6	2,40				
				7	3,—				
				4*	1,—				
	L 4922 Melsungen	1962	65×60 (48×44)	4	2,40				
				6	2,40				
				7	3,—				
	L 5120 Ziegenhain	1962	65×60 (48×44)	4*	1,—				
				4	2,40				
				6	2,40				
Verwaltungskarte v. Hessen 1 : 200 000	1962	98×140 (90×129,5)	7	3,—					
			3	1,50					
			5	4,—					
Karte v. Hessen 1 : 200 000	1962	„	6	5,50					
<b>b) Neuausgaben</b>									
Top. Karte 1 : 25 000	4821 Fritzlar	1963	60×65 (44×48)	3					
				4	2,40				
Kreiskarte 1 : 50 000	Gießen	1962	110×80 (103×70)	1	2,—				
				2	2,—				
				4	2,40				
	Hersfeld	1962	89×68 (81×56,5)	1	2,—				
				2	2,—				
				4	2,40				
	Schlüchtern	1962	82×68 (73,5×57)	1	2,—				
				2	2,—				
				4	2,40				
	Eschwege	1962	83×68 (75,5×57)	1	2,—				
				2	2,—				
				4	2,40				
Umgebungskarte 1 : 100 000	Melsungen	1962	78×67 (70×56)	1	2,—				
				2	2,—				
Karte des Deutschen Reiches 1 : 100 000 (KDR 100 G)	Kassel — Bad Wildungen	1962	70×90 (75×62)	4	2,40				
				3	2,50				
				1	2,—				
Karte des Deutschen Reiches 1 : 100 000 (KDR 100 K)	96 Marburg-Fritzlar	1963	70×90	1					
				407 Berleburg	1963	37×55	1	—,60	
				408 Fritzlar	1963	37×55	1	—,60	
				433 Marburg	1963	37×55	1	—,60	
	434 Ziegenhain	1963	37×55	2	—,60				

Wiesbaden, 23. 7. 1963

Hessisches  
Landesvermessungsamt  
K 5422 B — LV 3  
St.Anz. 33/1963 S. 935

\* = Hydrographisch-morphologische Ausgabe

811

## Der Hessische Kultusminister

Bewertungsergebnisse über die 310. Bewertungssitzung am 2., 3. und 4. April 1963  
Erstbewertung

Filmtitel	Prüf-Nr.	Länge m	Hersteller	Herstellungsland	Verleiher	Kategorie	Prädikat	Gültigkeit bis*	Antrags-eingang am*	Prüf-Nr. d. FSK**)
<b>Spielfilme</b>										
Rampenlicht —SF— (LIMELIGHT)	8931	a) 3861 b) 3836	Celebrated Films Corporation, Hollywood Calif.	USA	United Artists Corporation GmbH, Frankfurt/Main	S	W	—	15.3. 1963	8231-b
Spiel zu zweit — SF — (TWO FOR THE SEESAW) — Panavision —	8949	a) 3255 b) 3255	Mirisch Pictures, Inc., Hollywood, Calif./Argyle Enterprises, Inc./ Talbot Productions, Inc., Los Angeles, Calif.	USA	United Artists Corporation GmbH, Frankfurt/Main	S	BW	—	25.3. 1963	29530
Tagebuch eines Sünders —SF— (CRONACA FAMILIARE) — Farbfilm —	8945	a) 3113 b) 3088	Titanus S.A., Rom	Italien	Metro-Goldwyn-Mayer Filmverleihgesellschaft, Frankfurt/Main	S	W	—	1.2. 1963	29430
Wer die Nachtigall stört —SF— (TO KILL A MOCKINGBIRD)	8917	a) 3535 b) 3528	Pakula-Mulligan Productions, Inc./ Brentwood Productions, Inc., Universal City, Calif.	USA	Universal Filmverleih, Inc., Frankfurt/Main	S	W	—	13.3. 1963	29565
<b>Abendfüllende Dokumentar-, Kultur-, Jugend-, Lehr- und Märchenfilme</b>										
Was der Wehrmachtsbericht verschwiegen	8927	a) 2540 b) 2535	Cinecentrum deutsche Gesellschaft zur Herstellung, Bearbeitung und zum Vertrieb von Kino- und Fernsehfilmen, GmbH, Hamburg	Bundesrepublik Deutschland	Constantin-Filmverleih GmbH, München	aD	W	31.12. 1968	15.3. 1963	29842
<b>Kurzfilme</b>										
ALLEGRO MA TROPPO — OF — — Farbfilm —	8884	a) 368 b) 365	Société de Productions Cinématographique Je Vois Tout, Paris	Frankreich	Rank Film, GmbH, Hamburg	K	W	31.12. 1968	28.2. 1963	30001
ARNODIO —OF—	8764	a) 554 b) 554	Les Films Hermès, Paris	Frankreich	noch offen	K	W	31.12. 1968	25.10. 1962	29907
Ave Caesarea —SF— (AVE CESAREE) — Farbfilm —	8863	a) 415 b) 414	Télécinex, Paris	Frankreich	Aero Film Verleih GmbH, Frankfurt/Main	K	W	31.12. 1968	8.2. 1962	29503
BISCAILLE —OF—	8766	a) 525 b) 523	Aero Film GmbH, Les Films Hermès/Les Productions Tanit, Paris	Frankreich	noch offen	K	W	31.12. 1968	25.10. 1962	29906
bunte Kugel, Die (Schafft Spielplätze für unsere Kinder) — mit Farbteil —	8934	a) 318 b) 317	Neue Deutsche Filmgesellschaft mbH, München	Bundesrepublik Deutschland	Schorcht Filmgesellschaft mbH München, München	K	W	31.12. 1968	18.3. 1963	29344-a
Fahrt durch den Suez-Kanal, Eine — Farbfilm —	8894	a) 259 b) 259	A.W.-Film Herbert Lander, Berlin	Bundesrepublik Deutschland	noch offen	K	W	31.12. 1968	1.3. 1963	29913
Keine Angst vor der Geburt — Farbfilm —	8937	a) 1061 b) 1060	Universum-Film AG, Abt. Werbefilm, Düsseldorf	Bundesrepublik Deutschland	noch offen	L	W	—	18.3. 1963	28560
MAIS OU SONT LES NEGRES D'ANTAN? —OF— — Farbfilm —	8899	a) 429 b) 429	Argos Films/ Les Films Martin Boschet, Paris	Frankreich	Exportfilm Bischoff & Co. GmbH, München	K	W	31.12. 1968	11.3. 1963	29899
OISEAUX D'AFRIQUE, LES — Farbfilm — OF —	8908	a) 368 b) 367	Les Films de la Pléiade, Paris	Frankreich	Rank Film, Hamburg	K	W	31.12. 1968	11.3. 1963	30002
Pistole, Die — Zeichentrick-Farbfilm — — ohne Kommentar —	8025	a) 267 b) 267	T.C.-Trickstudio Rudolf & Urchs OHG, Gräfelfing	Bundesrepublik Deutschland	Atlas-Filmverleih GmbH, Düsseldorf	K	BW	31.12. 1968	28.2. 1963	29924
Thema Fotografie	8198	a) 313 b) 313	Hochschule für Gestaltung, Ulm	Bundesrepublik Deutschland	noch offen	K	W	31.12. 1968	6.2. 1963	29752



Filmtitel	Prüf-Nr.	Länge m	Hersteller	Herstellungsland	Verleiher	Kategorie	Prädikat	Gültigkeit bis*	Antrags-eingang am*	Prüf-Nr. d. FSK**)
Wege durch Fels und Eis	8874	a) 341 b) 341	Jura-Filmproduktion Freimut F. Kalden, Geretsried (Oberbay)	Bundesrepublik Deutschland	noch offen	K	W	31.12. 1968	19.2. 1963	29909
<b>Neuerliche Begutachtung</b>										
Weg in die Tiefe, Der —SF— (DOWN A LONG WAY) — Zeichentrick-Farbfilm —	3356-I	a) 478 b) 468	Halas and Batchelor Cartoon Films, Ltd., London	<b>Kurzfilme</b> Großbritannien	A. W. Gleich, München	K	W	31.12. 1968	26.2. 1963	13405-a
Als Tag der Bewertung gilt der 2. April 1963										
Wiesbaden-Biebrich, 8. 4. 1963						<b>Filmbewertungsstelle Wiesbaden</b> StAnz. 33/1963 S. 936				

842

**Bewertungsergebnisse über die 311. Bewertungssitzung am 8., 9. und 10. April 1963**  
Erstbewertung

Filmtitel	Prüf-Nr.	Länge m	Hersteller	Herstellungsland	Verleiher	Kategorie	Prädikat	Gültigkeit bis*	Antrags-eingang am*	Prüf-Nr. d. FSK**)
<b>Spielfilme</b>										
Leben für Ruth —SF— (LIFE FOR RUTH)	8990	a) 2485 b) 2484	Saracen Films, Ltd., London	Großbritannien	Rank Film, Hamburg	S	W	—	26.2. 1963	29695
<b>Kurzfilme</b>										
Eis — Grönländische Skizzen — Farbfilm — ohne Kommentar —	8954	a) 315 b) 314	Alfred Ehrhardt Film, Hamburg	Bundesrepublik Deutschland	noch offen	K	W	31.12. 1968	26.3. 1963	29908
Gerechtigkeit —OF— (PRAVDA) — ohne Kommentar —	8963	a) 322 b) 321	Zagreb film, Zagreb	Jugoslawien	Exportfilm Bischoff & Co. GmbH, München	K	W	31.12. 1968	1.4. 1963	30018
Gerechtigkeit —OF— (PRAVDA) — ohne Kommentar —	8963-S	a) 129 b) 128 16 mm	Zagreb film, Zagreb	Jugoslawien	Exportfilm Bischoff & Co. GmbH, München	K	W	31.12. 1968	1.4. 1963	30018-S
Kleine Chronik —OF— (MALA KRONIKA) — Farbfilm — ohne Kommentar —	8962	a) 293 b) 291	Zagreb film, Zagreb	Jugoslawien	Exportfilm Bischoff & Co. GmbH, München	K	W	31.12. 1968	1.4. 1963	30012
Kleine Chronik —OF— (MALA KRONIKA) — Farbfilm — ohne Kommentar —	8962-S	a) 117 b) 117 16 mm	Zagreb film, Zagreb	Jugoslawien	Exportfilm Bischoff & Co. GmbH, München	K	W	31.12. 1968	1.4. 1963	30012-S
Kleine Unterweisung zum glücklichen Leben	8897	a) 312 b) 312	Cinegrafik, Hamburg	Bundesrepublik Deutschland	noch offen	K	W	31.12. 1968	8.3. 1963	29972
Sonnenfreunde —SF— (GLI AMICI DEL SOLE) — Farbfilm —	8718	a) 279 b) 278	Fabrizio Palombelli, Rom	Italien	Ratimpex, Kultur- und Dokumentarfilm, München	K	W	31.12. 1968	11.10. 1962	29139
Spiel, Das —OF— (IGRA) — Farbfilm — ohne Kommentar —	8964	a) 348 b) 348	Zagreb film, Zagreb	Jugoslawien	Exportfilm Bischoff & Co. GmbH, München	K	BW	31.12. 1968	1.4. 1963	30016
Spiel, Das —OF— (IGRA) — Farbfilm — ohne Kommentar —	8964-S	a) 139 b) 139 16 mm	Zagreb film, Zagreb	Jugoslawien	Exportfilm Bischoff & Co. GmbH, München	K	BW	31.12. 1968	1.4. 1963	30016-S
Tierbändiger, Der —OF— (KROTITELJ) — Zeichentrick-Farbfilm — ohne Kommentar —	8938	a) 252 b) 251	Zagreb film, Zagreb	Jugoslawien	Exportfilm Bischoff & Co. GmbH, München	K	W	31.12. 1968	1.4. 1963	30017
Tierbändiger, Der —OF— (KROTITELJ) — Zeichentrick-Farbfilm — ohne Kommentar —	8938-S	a) 100 b) 100 16 mm	Zagreb film, Zagreb	Jugoslawien	Exportfilm Bischoff & Co. GmbH, München	K	W	31.12. 1968	1.4. 1963	30017-S
<b>Kurzfilme</b>										
Besuch auf einem Gestüt	1578-I	a) 355 b) 353	Herbert Keblermann-Film, Berlin	Bundesrepublik Deutschland	noch offen	K	W	31.12. 1968	25.2. 1963	8591-a
Fledermäuse —SF— (NETOPERCY)	3750-I	a) 299 b) 297	Film Polski, Kulturfilmstudio Lodz, Lodz	Polen	Neue Film Allianz Verleih- und Vertriebsgesellschaft mbH, München	K	W	31.12. 1968	12.3. 1963	14638-a

Filmtitel	Prüf-Nr.	Länge m	Hersteller	Herstellungsland	Verleiher	Kategorie	Prä-dikat	Gültig-keit bis*	Antrags-eingang am*	Prüf-Nr. d. FSK**)
Hürde, Die —OF— (CORRAL)	1457-I	a) 313 b) 310	National Film Board of Canada, Ottawa	Kanada	noch offen	K	W	31.12. 1968	27.2. 1962	8117-b
— ohne Kommentar — Schatzsucher —SF— (GOLD)	2690-I	a) 289 b) 286	National Film Board of Canada, Ottawa	Kanada	noch offen	D	W	31.12. 1968	27.2. 1962	10824

Als Tag der Bewertung gilt der 8. April 1963

Wiesbaden-Biebrich, 11. 4. 1963

St.Anz. 33/1963 S. 937

Filmbewertungsstelle Wiesbaden

## Bewertungsergebnisse über die 312. Bewertungssitzung am 23., 24. und 25. April 1963

813

## Erstbewertung

Filmtitel	Prüf-Nr.	Länge m	Hersteller	Herstellungsland	Verleiher	Kategorie	Prä-dikat	Gültig-keit bis*	Antrags-eingang am*	Prüf-Nr. d. FSK**)
Wer erschöß Salvatore G.? — SF — (SALVATORE GIULIANO)	8944	a) 3293 b) 3290	Lux Film S.p.A./ Vidés S.p.A./ Galatea S.p.A., Rom	Italien	Atlas-Film- verleih GmbH, Düsseldorf	S	BW	—	22.3. 1963	30124
Aufbau der Illusionen	8824	a) 291 b) 290	E.E.A. Krafft- Film GmbH, Freiburg (Breisgau)	Bundes- republik Deutsch- land	noch offen	K	W	31.12. 1968	5.12. 1962	30099
Bali — Insel zwischen gestern und morgen — Farbfilm —	8759-S	a) 275 b) 274 16 mm	Gerd Vogelsang, Wuppertal- Elberfeld	Bundes- republik Deutsch- land	noch offen	K	W	31.12. 1968	22.10. 1962	29533-S
CHUCHACHAS, LES — OF —	8921	a) 406 b) 405	Cinéphonie, Paris	Frank- reich	noch offen	K	W	31.12. 1968	14.3. 1963	29975
Geschwindigkeit	8062	a) 355 b) 350	Insel-Film GmbH & Co., München	Bundes- republik Deutsch- land	noch offen	K	W	31.12. 1968	23.4. 1963	30096
Kummer des nie- dagewesenen Königs — SF — (SOSEMVOLT KIRALY BANATA) — Puppentrick-Farbfilm —	8968	a) 323 b) 322	Pannónia Film- studios, Budapest	Ungarn	noch offen	K	W	31.12. 1968	3.4. 1963	30028
Lebensbild einer Landschaft	8951	a) 354 b) 354	Herbert Apelt, Berlin	Bundes- republik Deutsch- land	noch offen	K	W	31.12. 1968	25.3. 1963	24830
Machorka-Muff	8126	a) 480 b) 474	Cineropa-Film- produktion Walter Krüttner, München	Bundes- republik Deutsch- land	Atlas-Film- verleih GmbH, Düsseldorf	K	W	31.12. 1968	6.12. 1962	29846
Männer am Fluß, Die — SF — (LJUDI SA RIJEKE)	7268	a) 274 b) 274	Sutjeska film, Sarajewo	Jugo- slawien	Exportfilm Bischoff & Co. GmbH, München	K	W	31.12. 1968	28.9. 1962	29120
Männer am Fluß, Die — SF — (LJUDI SA RIJEKE)	7268-S	a) 110 b) 110 16 mm	Sutjeska film, Sarajewo	Jugo- slawien	Exportfilm Bischoff & Co. GmbH, München	K	W	31.12. 1968	28.9. 1962	29120-S
Tennis in Vollendung	8966	a) 553 b) 553	Knoop-Film- Produktion, Hamburg	Bundes- republik Deutsch- land	noch offen	L	W	—	1.4. 1963	30021
LUDZIE I RYBY — OF —	8978	a) 347 b) 346	Wytwórnia Filmów Dokumentalnych, Warschau	Polen	noch offen	K	BW	31.12. 1968	8.4. 1963	30110
LUDZIE I RYBY — OF —	8978-S	a) 138 b) 138 16 mm	Wytwórnia Filmów Dokumentalnych, Warschau	Polen	noch offen	K	BW	31.12. 1968	8.4. 1963	30110-S
Ungewöhnliche Karriere — OF — (NIEZWYKLA KARIERA) — Puppentrick-Farbfilm — — ohne Kommentar —	8984	a) 290 b) 290	SE-MA-FOR, Lodsch	Polen	Exportfilm Bischoff & Co. GmbH, München	K	W	31.12. 1968	8.4. 1963	30093
Ungewöhnliche Karriere — OF — (NIEZWYKLA KARIERA) — Puppentrick-Farbfilm — — ohne Kommentar —	8984-S	a) 116 b) 116 16 mm	SE-MA-FOR, Lodsch	Polen	Exportfilm Bischoff & Co. GmbH, München	K	W	31.12. 1968	8.4. 1963	30093-S

Filmtitel	Prüf-Nr.	Länge m	Hersteller	Herstellungsland	Verleiher	Kategorie	Prädikat	Gültigkeit bis*	Antrags-eingang am*	Prüf-Nr. d. FSK**
<b>Neuerliche Begutachtung</b>										
<b>Kurzfilme</b>										
Kaiserschiffe vom Nemi-See, Die — SF — (LE NAVI IMPERIALI DI NEMI Karneval in Quebec — SF — (QUEBEC CARNIVAL) — Farbfilm —	2970-I	a) 280 b) 279	Giorgione-Film, Rom	Italien	noch offen	K	W	31.12. 1968	1.10. 1962	12855
Wenn der Tag beginnt	2987-I	a) 353 b) 349	National Film Board of Canada, Ottawa	Kanada	Rank Film, Hamburg	K	W	31.12. 1968	28.3. 1963	14897
			GKS-Film Karl Schedereit, Backnang/Württ.	Bundesrepublik Deutschland	noch offen	K	W	31.12. 1968	6.3. 1963	13872

Als Tag der Bewertung gilt der 2. April 1963

**Änderung** zur 300. Bewertungssitzung am 10., 11. und 12. Dezember 1962 (Länge)

Meuterei auf der Bounty — SF — (MUTINY ON THE BOUNTY) — Panavision-Farbfilm —	8855	a) 5035 b) 4802	Arcola Pictures Corp., Culver City, Calif.	USA	Metro-Goldwyn-Mayer Filmverleihgesellschaft, Frankfurt/Main noch offen	S	W	—	5.12. 1962	29416
---	------	--------------------	--	-----	--	---	---	---	------------	-------

zur 310. Bewertungssitzung am 2., 3. und 4. April 1963

ARNODIO — OF —	8766	a) 554 b) 554	Les Films Hermès, Paris	Frankreich	noch offen	K	W	31.12. 1968	25.10. 1962	29907
BISCAILLE — OF —	9016	a) 525 b) 523	Les Films Hermès/ Les Productions Tanit, Paris	Frankreich	— Prüf-Nr. —	K	W	31.12. 1968	25.10. 1962	29906

Wiesbaden-Biebrich, 29. 4. 1963

StAnz. 33/1963 S. 938

Filmbewertungsstelle Wiesbaden

**844**

**Bewertungsergebnisse über die CIII. Hauptausschußsitzung am 28., 29. und 30. März 1963**

**Erstbewertung**

<b>Spielfilme</b>										
Licht im Winter — SF — (NATTVARDGÄSTERNA)	8640	a) 2209 b) 2209	AB Svensk Filmindustri, Stockholm	Schweden	Nora Filmverleih GmbH & Co. KG, München	S	BW	—	8.1. 1963	29674
Neun Tage eines Jahres — SF — (DEWJATJ DNEI ODNOGO GODA)	8865	a) 2972 b) 2972	Mosfilm, Moskau	UdSSR	Pegasus-Film GmbH, Berlin	S	W	—	10.1. 1963	29640

**Abendfüllende Dokumentar-, Kultur-, Jugend-, Lehr- und Märchenfilme**

Harold Lloyd — Selten so gelacht — SF — (HAROLD LLOYD'S WORLD OF COMEDY)	8915	a) 2629 b) 2629	Harold Lloyd Corporation, Beverly Hills, Calif.	USA	Columbia Filmgesellschaft mbH, Frankfurt/Main	aD	BW	31.12. 1968	23.1. 1963	28603
--	------	--------------------	---	-----	---	----	----	-------------	------------	-------

**Kurzfilme**

Autosprint — SF — (AUTOSPRINT) — CinemaScope —	6052	a) 330 b) 330	L'Action Cinématographique, Brüssel	Belgien	noch offen	K	W	31.12. 1968	11.12. 1962	29501
Farbenfrohe Stadt — Farbfilm —	8801	a) 320 b) 320	Gesellschaft für bildende Filme, München	Bundesrepublik Deutschland	noch offen	K	BW	31.12. 1968	22.11. 1962	29428
Ponte Vecchio	8122	a) 451 b) 451	Produktion Strobel-Tichawsky, München	Bundesrepublik Deutschland	Columbia Filmgesellschaft mbH, Frankfurt/Main	K	BW	31.12. 1968	13.12. 1962	29492

**Neuerliche Begutachtung**

<b>Kurzfilme</b>										
Negerlein und Wüstenfuchs — OF — (L'ENFANT AU FENNEC) — ohne Kommentar — Farbfilm —	3745-I	a) 519 b) 515	Union Générale Cinématographique, Paris	Frankreich	Goldeck Film Verleih, Frankfurt/Main	K	BW	31.12. 1968	12.11. 1962	14749

Als Tag der Bewertung gilt der 28. März 1963

Wiesbaden-Biebrich, 1. 4. 1963

Filmbewertungsstelle Wiesbaden

StAnz. 33/1963 S. 939

**Erläuterungen:**

- a) Von der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft bei Freigabe des Films ermittelte Gesamtlänge vom ersten Ton bzw. Bild bis zum letzten Bild bzw. Ton.
- b) Von der Filmbewertungsstelle Wiesbaden bei Bewertung des Films ermittelte reine Bildlänge, und zwar vom ersten bis zum letzten Bild, wobei der Titel des Films ebenfalls als „Bild“ zählt.
- \* Die Prädikate werden wirksam gemäß der gesetzlichen Regelung in den Ländern. (Regelung gemäß Abschnitt III, Nr. 1 (1) und Nr. 5 der Geschäfts- und Verfahrensordnung für die Filmbewertungsstelle vom 15. Juni 1957.)
- \*\* Unter den hier aufgezählten Prüfnummern wurden die Filme von der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft zur öffentlichen Vorführung freigegeben.

Als amtlicher Nachweis der positiven Bewertung gilt nur die gedruckte Prädikatskarte.

815

**Bewertungsergebnisse über die CIV. Hauptausschußsitzung am 2., 3. und 4. Mai 1963  
Erstbewertung**

Filmtitel	Prüf-Nr.	Länge m	Hersteller	Herstellungsland	Verleiher	Kategorie	Prädikat	Gültigkeit bis*	Antrags-eingang am*	Prüf-Nr d. FSK**)
<b>Spielfilme</b>										
Prozeß, Der — OF —	8690	a) 3230 b) 3229	Hisa-Film GmbH, München / Paris Europa Productions, Paris / FI. C. IT., Rom	Bundes- republik Deutsch- land / Frank- reich / Italien	Schorcht Film- gesellschaft mbH München, München	S	BW	—	14.9. 1962	29750
Rampenlicht — SF — (LIMELIGHT)	8931	a) 3861 b) 3836	Celebrated Films Corporation, Hollywood/Calif.	USA	United Artists Corporation GmbH, Frankfurt/Main	S	BW	—	15.3. 1963	8231-b
<b>Abendfüllende Jugend- und Spielfilme</b>										
Junges Leid — OF — (TRAPENI) — CinemaScope — mit deutschen Untertiteln —	8895	a) 2307 b) 2299	Filmové studio Barrandov, Prag	Tschecho- slowakei	noch offen	aJ u. S	BW	—	17.1. 1963	29583
<b>Abendfüllende Dokumentarfilme</b>										
Buster Keaton — Der Sündenbock — Der Musterschüler — Das Bleichgesicht — OF — (THE GOAT / COLLEGE / THE PALEFACE) — Stummfilm mit deutschen Zwischentexten —	8960	a) 2887 b) 2886	Buster Keaton Productions, Inc., New York, N.Y. / Comique Films Co., Inc., Culver City, Calif.	USA	Atlas-Filmverleih GmbH, Düsseldorf	aD	BW	31.12. 1968	13.2. 1963	29825
<b>Kurzfilme</b>										
Bauch des Riesen, Der	3191-1	a) 288 b) 286	Kulturfilm- Institut GmbH, Berlin	Bundes- republik Deutsch- land	Aero Film Verleih GmbH, Frankfurt/Main	K	W	31.12. 1968	21.12. 1962	13324
Eis — Grönländische Skizzen — Farbfilm — — ohne Kommentar —	8954	a) 315 b) 314	Alfred Ehrhardt Film, Hamburg	Bundes- republik Deutsch- land	noch offen	K	BW	31.12. 1968	26.3. 1963	29908
Verzaubertes Holz	2647-1	a) 338 b) 334	Dokument-Film Produktion Jean Lommen, Stuttgart	Bundes- republik Deutsch- land	noch offen	K	W	31.12. 1968	3.1. 1963	11724
Wer hält länger durch? (KAI BIRJA TOVABB) — OF — — ohne Kommentar —	8873	a) 273 b) 272	Budapest Film Studio, Budapest	Ungarn	Exportfilm Bischoff & Co. GmbH, München	K	BW	31.12. 1968	18.2. 1963	29780
Wer hält länger durch? (KAI BIRJA TOVABB) — OF — — ohne Kommentar —	8873-S	a) 109 b) 109 16 mm	Budapest Film Studio, Budapest	Ungarn	Exportfilm Bischoff & Co. GmbH, München	K	BW	31.12. 1968	18.2. 1963	29780-S
Werkstoff und Form — Farbfilm —	8116	a) 302 b) 300	Deutsche Condor Film GmbH, München	Bundes- republik Deutsch- land	noch offen	K	W	31.12. 1968	30.1. 1963	29707

Als Tag der Bewertung gilt der 2. Mai 1963.

Wiesbaden-Biebrich, 7. 5. 1963

Filmbewertungsstelle Wiesbaden  
StAnz. 33/1963 S. 440

**Erläuterungen:**

- a) Von der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft bei Freigabe des Films ermittelte Gesamtlänge vom ersten Ton bzw. Bild bis zum letzten Bild bzw. Ton.  
b) Von der Filmbewertungsstelle Wiesbaden bei Bewertung des Films ermittelte reine Bildlänge, und zwar vom ersten bis zum letzten Bild, wobei der Titel des Films ebenfalls als „Bild“ zählt.  
\* Die Prädikate werden wirksam gemäß der gesetzlichen Regelung in den Ländern. (Regelung gemäß Abschnitt III, Nr. 1 [1] und Nr. 5 der Geschäfts- und Verfahrensordnung für die Filmbewertungsstelle vom 15. Juni 1957.)  
\*\* Unter den hier aufgezeigten Prüfnummern wurden die Filme von der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft zur öffentlichen Vorführung freigegeben.  
Als amtlicher Nachweis der positiven Bewertung gilt nur die gedruckte Prädikatskarte.

**846****Gebührenordnung für die Filmbewertungsstelle in Wiesbaden**

Auf Grund der Verwaltungsvereinbarung über die Filmbewertungsstelle Wiesbaden zwischen den Ländern der Bundesrepublik (Art. 1, Art. 13 und Art. 15) wird mit Wirkung vom 1. September 1963 die folgende Gebührenordnung erlassen:

(1) Ab 1. 9. 1963 werden für die Begutachtung von Filmen durch die Ausschüsse der Filmbewertungsstelle folgende Gebühren erhoben:

Kategorie	Gebühren pro Filmmeter Bewertungsausschuß Hauptausschuß	
Spielfilme	—,70 DM	1,— DM
andere abendfüllende Filme über 1500 m Länge	—,30 DM	—,40 DM
kurze Filme unter 1500 m Länge	—,10 DM	—,20 DM

(Berechnungsbasis: 1 m — 35 mm = 2,5 m — 16 mm = 0,8 — 70 mm)

Die Gebühr berechnet sich nach der Gesamtlänge, die von der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft bei Freigabe des Films festgestellt wurde.

(2) Ab 1. 9. 1963 werden für die Abgabe von Prädikatskarten folgende Schutzgebühren erhoben:

Die ersten 100 Prädikatskarten für einen Film, und zwar der laufenden Nummern 1—100, sind gebührenfrei; weitere, und zwar ab der laufenden Nummer 101, sind gebührenpflichtig. Die Gebühr beträgt je Bestellung und Prüfnummer beim Bezug von:

100 Karten	DM 12,—
200 Karten	DM 21,60
300 Karten	DM 33,60
400 Karten	DM 45,60
500 Karten	DM 57,60
600 Karten	DM 64,80
700 Karten	DM 72,—
800 Karten	DM 79,20
900 Karten	DM 86,40
1000 Karten	DM 93,60

jede weiteren 100 Karten werden mit DM 6,— berechnet. Die Kosten und das Risiko des Versandes gehen zu Lasten des Bestellers. Die Gebühren für Prädikatskarten werden durch Nachnahme erhoben.

(3) Die von der FBW aufgelegten Broschüren und sonstigen Schriften werden gegen Bezahlung abgegeben, es sei denn, daß bei dem Bezieher ein öffentliches Interesse vorliegt.

Alle nach dem Stichtag (1. 9. 1963) erfolgenden Begutachtungen sind, unabhängig vom Zeitpunkt des Antragseingangs, nach der neuen Gebührenordnung zu berechnen.

Die bisher gültige Gebührenordnung vom 1. April 1958 wird mit gleicher Wirkung außer Kraft gesetzt.

62 Wiesbaden, 8. 8. 1963

**Der Hessische Kultusminister**  
K 4 — 773/9 — 63

StAnz. 33/1963 S. 941

**847****Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr****Bau und Betrieb einer Gasfernleitung von Worms nach Dörnigheim, Landkreis Hanau****Anordnung**

Auf Grund des § 11 des Gesetzes zur Förderung der Energiewirtschaft (Energiewirtschaftsgesetz) vom 13. Dezember 1935 (RGBl. I S. 1451) in Verbindung mit Artikel 129 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und § 1 der Verordnung über die Energiewirtschaft und die Wasserversorgung vom 17. Juli 1946 (GVBl. S. 188) wird zugunsten der Gas-Union Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt (Main), die Beschränkung oder, soweit dies nicht ausreicht, die Entziehung von Grundeigentum oder von Rechten an Grundeigentum in dem Stadtteil Rumpenheim der kreisfreien Stadt Offenbach (Main) und in den Landkreisen Offenbach, Regierungsbezirk Darmstadt und Hanau, Regierungsbezirk Wiesbaden für den Bau und Betrieb einer Gasfernleitung von Worms über Ginsheim (Landkreis Groß-Gerau), Frankfurt, Offenbach nach Dörnigheim (Landkreis Hanau) im Wege der Enteignung für zulässig erklärt.

Auf das Verfahren findet in der kreisfreien Stadt Offenbach und dem Landkreis Offenbach das hessische Gesetz über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren vom 4. Oktober 1935 (Hess. Reg.-Bl. 193) und in dem Landkreis Hanau das preußische Gesetz über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren vom 26. Juli 1922 (GS S. 211) Anwendung.

Diese Anordnung gilt nicht für die Enteignung von Grundeigentum des Staates und von Rechten des Staates an Grundeigentum.

Die Befugnis zur Durchführung der Enteignung erlischt, wenn der Antrag auf Einleitung des Enteignungsverfahrens nicht bis zum 30. Juni 1964 gestellt worden ist.

62 Wiesbaden, 26. 7. 1963

**Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr**  
IV b — 215 G — 11 5

gez.: Osswald

StAnz. 33/1963 S. 941

**848****Verlust eines Dienstausweises**

Der für Herrn Regierungsrat Dr. Hermann Ludwig am 9. 6. 1961 ausgestellte Dienstausweis Nr. 71, dessen Gültigkeit am 29. 1. 1963 bis zum 31. 12. 1965 verlängert wurde, ist abhanden gekommen.

Der Ausweis wird hiermit für ungültig erklärt.

62 Wiesbaden, 31. 7. 1963

**Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr**  
Z 4 — 70 16-07

StAnz. 33/1963 S. 941

**849****Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen****Anerkennung der Erziehungsberatungsstelle des Landkreises Obertaunus in Bad Homburg v. d. H.**

Bezug: Erlaß des Hessischen Ministers des Innern vom 21. 3. 1956 — StAnz. S. 371 —

Gemäß Erlaß des Hessischen Ministers des Innern vom 21. 3. 1956 (StAnz. S. 371 ff.) erkenne ich die Erziehungsberatungsstelle des Landkreises Obertaunus in Bad Homburg v. d. H. an.

Die Erziehungsberatungsstelle hat ihren Sitz in Bad Homburg v. d. H.

Diese Anerkennung kann widerrufen werden, wenn festgestellt wird, daß die Erziehungsberatungsstelle nicht mehr den Richtlinien entspricht. Sie gilt auch als Anerkennung bezüglich der Verrechnungsfähigkeit im Rahmen der Kriegsfolgenhilfe.

62 Wiesbaden, 25. 7. 1963

**Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen**

V f/1 — 52 d — 08 — 07

StAnz. 33/1963 S. 941

850

**Druckgasverordnung:**

hier: Druckprüfung bei der Nachprüfung im Verkehr befindlicher Behälter mit anderen Flüssigkeiten als Wasser

Aus Anlaß eines Antrages, für die Druckprüfung bei der Nachprüfung im Verkehr befindlicher Behälter neben Wasser auch andere geeignete Flüssigkeiten zuzulassen, hat der Deutsche Druckgasausschuß in seiner 8. Sitzung einen entsprechenden Beschluß — DGA 263/63 vom 5. 4. 1963 — gefaßt.

Hiernach kann der bei der Nachprüfung im Verkehr befindlicher Behälter nach Ziffer 25 Abs. 1 Buchstabe d der Technischen Grundsätze zur Druckgasverordnung vorgeschriebene Druckversuch auch mit anderen Flüssigkeiten als Wasser durchgeführt werden, wenn folgende Voraussetzungen gegeben sind:

1. Die verwendete Flüssigkeit muß nach ihren physikalischen Eigenschaften dem Zweck der Druckprüfung als Festig-

keits- und Dichtheitsprüfung genügen; sie darf den Werkstoff der Behälter und Ventile nicht angreifen und nicht mit dem als Füllung vorgesehenen Gas in gefährlicher Weise reagieren.

2. Brennbare, giftige oder ätzende Flüssigkeiten dürfen nur verwendet werden, wenn die an der Prüfung beteiligten Personen gegen eine Gefährdung ausreichend geschützt sind.

Vor Durchführung des in Frage stehenden Druckversuches mit anderen Flüssigkeiten als Wasser bedarf es jedoch einer Ausnahme von Ziff. 25 Abs. 1 Buchstabe d der Technischen Grundsätze zur Deckungsverordnung.

Anträge auf Erteilung einer solchen Ausnahme sind an das örtlich zuständige Staatliche Gewerbeaufsichtsamt zu richten.

62 Wiesbaden, 24. 7. 1963

**Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen**

III c — Az.: 53a 10.11.0 — Tgb.-Nr. 004430 63

StAnz. 33/1963 S. 942

851

**Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten****Flurbereinigung Nieder-Mockstadt, Krs. Büdingen****Flurbereinigungsbeschuß**

Auf Grund des § 4 in Verbindung mit § 1 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 591) wird folgender Beschluß erlassen:

1. Die Flurbereinigung von Grundstücken der Gemarkung Nieder-Mockstadt, Kreis Büdingen, wird hiermit angeordnet.

2. Als Flurbereinigungsgebiet werden die aus der Anlage 1 ersichtlichen Flurstücke festgestellt. Das Flurbereinigungsgebiet ist auf der Gebietskarte durch orange Farbstreifen gekennzeichnet und hat eine Größe von 443,2818 ha. Anlage 1 und die Gebietskarte bilden einen Bestandteil dieses Beschlusses.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen: „Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung von Nieder-Mockstadt“ mit dem Sitz in Nieder-Mockstadt. Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb von drei Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses bei der Außenstelle des Kulturamtes Wiesbaden in Frankfurt am Main, Rudolfstraße 22/24, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen. Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte, dem gegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 bzw. § 85 (5) FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses an bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Kulturamtes erforderlich: a) wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsgemäßen Wirtschaftsbetrieb gehören; b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedigungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen; c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden; d) wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen. Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Kulturamt kann den früheren Zustand

nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist. Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Kulturamt Ersatzpflanzungen anordnen. Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Kulturamt anordnen, daß derjenige, der das Holz fällte, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger für das Land Hessen veröffentlicht und in der Gemeinde Nieder-Mockstadt sowie in den Nachbargemeinden Ober-Mockstadt, Staden, Leidhecken, Dauernheim, Stockheim, Glauberg und Stammheim öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und der Gebietskarte sowie der Anlage 1 zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei dem Bürgermeisteramt dieser Gemeinden zwei Wochen lang ausgelegt.

Rechtsmittelbelehrung: Gegen diesen Beschluß kann binnen zwei Wochen nach öffentlicher Bekanntmachung Widerspruch beim Landeskulturamt Wiesbaden, Parkstr. 44, als Obere Flurbereinigungsbehörde erhoben werden. Der Lauf der Frist beginnt am ersten Tage der öffentlichen Bekanntmachung. Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt zu erklären.

Wiesbaden, 31. 7. 1963

**Landeskulturamt**

DF 390 — 23787 63

StAnz. 33/1963, S. 942

Anlage 1: Zusammenstellung der Fluren und Flurstücke des Verfahrensgebietes der Flurbereinigung von Nieder-Mockstadt, Kreis Büdingen:

Flur 1, Flurst. 335—372, 381—387, 394 1, 394 2, 395—404, 405/1, 406/1, 409/1, 471—487, 609, 631, 634—638, 647—652, 658, 666, 667, 675, 678, 682—685, 688 = 22,7969 ha;

Flur 2, Flurst. 1—24, 304—340, 341—344, 350, 374—380, 382 = 17,7911 ha;

Flur 3, ganz im Verfahren = 70,7328 ha;

Flur 4, Flurst. 1—3, 10, 14/1, 14 2, 14 4, 14 5, 15—20, 27—31, 34—38 = 22,2133 ha;

Flur 5, ganz im Verfahren außer: 1, 2, 127, 128, 149 41,3519 ha;

Flur 6, ganz im Verfahren außer: 18—22 2 = 39,1515 ha;

Flur 7, ganz im Verfahren = 85,7411 ha;

Flur 8, ganz im Verfahren, außer: 40 2, 40 5, 41—77, 78 1, 78/2, 80—96, 195—199, 233 = 38,3892 ha;

Flur 9, ganz im Verfahren außer: 56, 62, 63—66, 109, 113, 114, 116, 117, 119 = 32,9361 ha;

Flur 10, ganz im Verfahren außer: 40, 89 = 30,7896 ha;

Flur 11, ganz im Verfahren = 41,3876 ha; zusammen: 443,2818 ha.

552

## Personalmeldungen

Es sind

**C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern****b) Regierungspräsident in Darmstadt**

ernannt

- zum Regierungsamtman die Regierungsinspektoren (BaL) Hans-Joachim Geelhaar, LA Lauterbach (31. 5. 1963), Otto Axmann (18. 6. 1963), Wilhelm Jung (18. 6. 1963), Leonhard Treusch (18. 6. 1963);
- zum Regierungsoberinspektor die Regierungsinspektoren (BaL) Heinrich Bengel, LA Darmstadt (5. 7. 1963), Werner Hornung, LA Darmstadt (5. 7. 1963), Helmut Schäfer, LA Groß-Gerau (8. 7. 1963);
- zum Regierungsinspektor Kreisobersekretär (BaL) Gottfried Schirmer (15. 7. 1963);
- zum Regierungsinspektor (BaP) Kreissekretär Hermann Hammel, LA Groß-Gerau (27. 5. 1963);
- zum Regierungsinspektor anwärter Regierungssekretär anwärter Reinhold Neudörfer (28. 6. 1963);
- zum Regierungshauptsekretär die Regierungsobersekretäre (BaL) Hans Wallrabenstein (19. 6. 1963), Hugo Sachs, LA Bergstraße (10. 7. 1963), Peter Saul, LA Erbach (18. 7. 1963);
- zum Regierungsobersekretär die Regierungssekretäre (BaL) Arthur Neeb, LA Gießen (28. 6. 1963), Otto Spremberg, LA Büdingen (5. 7. 1963), Adolf Rochholz, LA Darmstadt (16. 7. 1963); Regierungssekretär (BaP) Oswin Thieme, LA Erbach (28. 6. 1963);
- zum Regierungssekretär (BaL) Angestellter Karl Sperb, Staatl. Betriebskrankenkasse Darmstadt (16. 7. 1963);
- entlassen auf eigenen Antrag
- Regierungsbauinspektor Karl-Heinz Konrad (31. 5. 1963);

**für den Bereich der staatlichen Polizei im Regierungsbezirk Darmstadt**

ernannt

- zum Polizeihauptmeister die Polizeiobermeister (BaL) Karl Kaiser, EdL Darmstadt (28. 6. 1963), Heinz Manke, EdL Darmstadt (28. 6. 1963), Rudolf Wolf, LA — PK — Erbach (28. 6. 1963), Johann Heusel, LA — PK — Erbach (28. 6. 1963), Wilhelm Jüngling, LA — PK — Groß-Gerau (28. 6. 1963), Wilhelm Kaspar, LA — PK — Groß-Gerau (28. 6. 1963), Günter Amhoff, LA — PK — Gießen (28. 6. 1963), Georg Dosch, LA — PK — Gießen (28. 6. 1963), Gustav Pforr, LA — PK — Gießen (28. 6. 1963), Emil Schneider, PVB Butzbach (28. 6. 1963), Willi Eckhardt, PVB Butzbach (29. 6. 1963), Alexander Stier, PVB Darmstadt (28. 6. 1963), Georg Maurer, LA — PK — Bergstraße (28. 6. 1963), Jakob Stüber, LA — PK — Bergstraße (28. 6. 1963), Willy Slanarz, LA — PK — Friedberg (28. 6. 1963), Heinz Knappe, LA — PK — Friedberg (28. 6. 1963), Wilhelm Schroth, LA — PK — Lauterbach (28. 6. 1963), Wilhelm Kernbach, LA — PK — Lauterbach (28. 6. 1963), Valentin Keck, LA — PK — Offenbach (28. 6. 1963), Heinrich Warmons, LA — PK — Dieburg (28. 6. 1963), Theodor Fuß, LA — PK — Dieburg (28. 6. 1963), Emil Ganz, LA — PK — Darmstadt (28. 6. 1963), Albert Neumann, LA — PK — Büdingen (28. 6. 1963), Hans Glebe, LA — PK — Büdingen (28. 6. 1963);
- zum Polizeiobermeister die Polizeimeister (BaL) Georg Bauer, LA — PK — Lauterbach (30. 4. 1963), Arthur Bansemmer, LA — PK — Büdingen (26. 4. 1963), Paul Fischer, PVB Darmstadt (30. 4. 1963), Helmut Laugisch, LA — PK — Darmstadt (15. 5. 1963), Alfred Schuster, PVB Butzbach (30. 5. 1963), Franz Schäfer, LA — PK — Lauterbach (31. 5. 1963), Alfred Grabs, LA — PK — Alsfeld (28. 6. 1963), Fritz Stirnal, LA — PK — Alsfeld (28. 6. 1963), Otto Reeg, LA — PK — Erbach/Odw. (28. 6. 1963), Wilhelm Kadel, LA — PK — Groß-Gerau (28. 6. 1963), Heinrich Best, LA — PK — Groß-Gerau (28. 6. 1963), Rudolf Ullrich, LA — PK — Groß-Gerau (28. 6. 1963), Hans Koch, LA — PK — Gießen (28. 6. 1963), Adolf Schneider, LA — PK — Gießen (28. 6. 1963), Ernst Görnert, LA — PK — Gießen (28. 6. 1963), Willi Jakob Seibert, LA — PK — Gießen (28. 6. 1963), Kurt Steinig, LA — PK — Gießen (28. 6. 1963), Robert Weber, PVB Butzbach (28. 6. 1963), Walter Breithaupt, PVB Butzbach (28. 6. 1963), Hans Ban-

gert, PVB Butzbach (29. 6. 1963), Paul Ecker, PVB Darmstadt (25. 6. 1963), Ludwig Schade, PVB Darmstadt (28. 6. 1963), Johann Zahrt, LA — PK — Bergstraße (28. 6. 1963), Wilhelm Hauer, LA — PK — Friedberg (28. 6. 1963), Josef Baumrucker, LA — PK — Friedberg (28. 6. 1963), Konrad Feyh, LA — PK — Lauterbach (28. 6. 1963), Wilhelm Schäfer, LA — PK — Lauterbach (28. 6. 1963), Ludwig Riecker, LA — PK — Offenbach (28. 6. 1963), Wilhelm Rabe, LA — PK — Offenbach (28. 6. 1963), Georg Berges, LA — PK — Dieburg (28. 6. 1963), Hans Rosner, LA — PK — Dieburg (28. 6. 1963), Heinrich Deiß, LA — PK — Darmstadt (28. 6. 1963), Peter de Vries, LA — PK — Darmstadt (28. 6. 1963), Walter Schwesky, LA — PK — Büdingen (28. 6. 1963), Hans Bienmüller, LA — PK — Büdingen (28. 6. 1963);

zum Polizeimeister die Polizeihauptwachtmeister (BaL) Ernst Ruhland, LA — PK — Erbach (27. 3. 1963), Franz Philipp, LA — PK — Friedberg (29. 4. 1963), Karl Kropp, LA — PK — Alsfeld (29. 4. 1963), Karl Lutz, LA — PK — Groß-Gerau (30. 4. 1963), Alfred Wiedemann, PVB Darmstadt (30. 4. 1963), Lothar von Steht, LA — PK — Bergstraße (30. 4. 1963), Franz Selinger, LA — PK — Büdingen (30. 5. 1963), Otto Hansel, LA — PK — Gießen (30. 5. 1963), Alfred Neiß, LA — PK — Alsfeld (28. 6. 1963), Hans Fesseler, LA — PK — Erbach (28. 6. 1963), Ludwig Arnold, LA — PK — Erbach (28. 6. 1963), Heinrich Wolk, LA — PK — Erbach (28. 6. 1963), Wilhelm Klepper, LA — PK — Groß-Gerau (28. 6. 1963), Martin Baumann, LA — PK — Groß-Gerau (28. 6. 1963), Peter Schmitt, LA — PK — Groß-Gerau (28. 6. 1963), August Seip, LA — PK — Gießen (28. 6. 1963), Rudolf Schäfer, LA — PK — Gießen (28. 6. 1963), Heinz Deuker, LA — PK — Gießen (28. 6. 1963), August Lemmer, LA — PK — Gießen (28. 6. 1963), Emil Tauchmann, PVB Darmstadt (28. 6. 1963), Karl Bartling, PVB Darmstadt (28. 6. 1963), Heinrich Heß, PVB Darmstadt (28. 6. 1963), Georg Hammann, PVB Darmstadt (28. 6. 1963), Friedrich Kreuder, PVB Darmstadt (28. 6. 1963), Herbert Albert, LA — PK — Bergstraße (28. 6. 1963), Ludwig Ruhland, LA — PK — Bergstraße (28. 6. 1963), Karl Bauer, LA — PK — Offenbach (28. 6. 1963), Adolf Mirsch, LA — PK — Offenbach (30. 6. 1963), Walter Großmann, LA — PK — Dieburg (28. 6. 1963), Karl Oppper, LA — PK — Darmstadt (28. 6. 1963), Otto Pomplitz, LA — PK — Darmstadt (28. 6. 1963), Erich Rode, LA — PK — Büdingen (28. 6. 1963);

zum Polizeihauptwachtmeister die Polizeioberwachtmeister (BaP) Lothar Müller, LA — PK — Darmstadt (21. 5. 1963), Helmar Hein, LA — PK — Bergstraße (15. 5. 1963), Klaus Schneider, PVB Butzbach (10. 5. 1963), Karlheinz Elstner, LA — PK — Gießen (16. 5. 1963), Georg Bleuel, LA — PK — Offenbach (21. 5. 1963), die Polizeiwachtmeister (BaP) Rudolf Roller, LA — PK — Büdingen (10. 5. 1963), Volker Krug, PVB Darmstadt (11. 5. 1963), Dieter Versick, PVB Darmstadt (10. 5. 1963), Adolf Radler, LA — PK — Bergstraße (13. 5. 1963), Arno Wedel, PVB Butzbach (10. 5. 1963), Waldemar Gebhardt, LA — PK — Dieburg (16. 5. 1963), Gerd Kubon, LA — PK — Friedberg (15. 5. 1963), Ulrich Bohlen, LA — PK — Gießen (16. 5. 1963), Norbert Momberg, LA — PK — Groß-Gerau (20. 5. 1963), Herbert Witteborg, LA — PK — Groß-Gerau (20. 5. 1963), Werner Geitz, LA — PK — Offenbach (22. 5. 1963), Herbert Harbusch, LA — PK — Offenbach (24. 5. 1963), Hans Heipel, LA — PK — Lauterbach (21. 5. 1963);

zum Kriminalhauptmeister Kriminalobermeister (BaL) Wilhelm Bachmann, KI Darmstadt (28. 6. 1963);

zum Kriminalobermeister die Kriminalmeister (BaL) Willi Range, StKK Gießen (31. 5. 1963), Markus Schneider, KI Darmstadt (28. 6. 1963);

zur Kriminalmeisterin (BaP) die Fürsorgerin Ingeborg Liegmann (1. 7. 1963) KI Darmstadt;

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit die Polizeihauptwachtmeister Karl-Heinz Kehl, LA — PK — Alsfeld (1. 4. 1963), Gert Ewelt, PVB Butzbach (29. 6. 1963), Anton Schmiedl, LA — PK — Bergstraße (28. 6. 1963),

Hansgünther Kämpffe, PVB Butzbach (1. 7. 1963), Walter Mattheß, LA — PK — Dieburg (28. 6. 1963);

in den Ruhestand versetzt

Polizeiobermeister Otto Brinzing, LA — PK — Darmstadt (1. 7. 1963);

entlassen

Kriminalobermeister Gustv Nolte, StKK Gießen (1. 4. 1963).

61 Darmstadt, 31. 7. 1963

**Der Regierungspräsident**

P 2 — 71 02/07 (E)

StAnz. 33/1963 S. 943

## D. im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen

### c) Hessisches Landesvermessungsamt Wiesbaden

ernannt

zu Oberregierungsvermessungsräten die Regierungsvermessungsräte (BaL) Gerhard Schneider, Hess. Landesvermessungsamt 1. 7. 62), Günter Schwarz, Kat. Amt Marburg (Lahn) und Ernst Hoffmann, Kat. Amt Heppenheim (Bergstraße) (1. 7. 63);

zu Regierungsvermessungsamtmännern die Regierungsvermessungsinspektoren (BaL) Helmut Stete, Kat. Amt Wetzlar (1. 11. 62), Heinrich Mölleck, Kat. Amt Wiesbaden (1. 2. 63), Erich Richter, Hess. Landesvermessungsamt (1. 6. 1963);

zum Regierungskartographenamtmann der Regierungskartographenoberinspektor (BaL) Alfred Heilig, Hess. Landesvermessungsamt (1. 6. 63);

zu Regierungsvermessungsinspektoren die Regierungsvermessungsinspektoren (BaL) Helmut König, Kat. Amt Eschwege (1. 7. 62), Erich Rauchhaus, Kat. Amt Arolsen (1. 8. 62), Georg Kastner, Kat. Amt Rüdelsheim (1. 12. 1962), Hans-Peter Ritter, Kat. Amt Heppenheim (Bergstr.), Horst Roth, Kat. Amt Bad Homburg v. d. H., Robert Lehner, Kat. Amt Frankenberg (Eder), Friedrich Horn, Kat. Amt Groß-Gerau — Außenstelle Rüsselsheim — (1. 3. 63), Alwin Höflein, Kat. Amt Büdingen (1. 4. 63), Kurt Zinserling, Kat. Amt Offenbach (Main) (1. 7. 63), Waldo Klein, Hess. Landesvermessungsamt (1. 8. 63);

zum Regierungsvermessungsinspektor (BaL) der apl. Regierungsvermessungsinspektor (BaP) Walter Conradi, Kat. Amt Usingen (1. 1. 63);

zum Regierungsvermessungshauptsekretär der Regierungsvermessungsoberssekretär (BaL) Wilhelm Wesp, Kat. Amt Wiesbaden (1. 7. 63);

zu Regierungssekretären (BaL) die Büroangestellten Erich Helbig, Kat. Amt Friedberg (Hessen) (1. 8. 62), Philipp Schneider, Kat. Amt Büdingen (1. 8. 63);

zum Hauptamtsgehilfen der Oberamtsgehilfe (BaL) Helmut Till, Hess. Landesvermessungsamt (1. 6. 63);

zu Oberamtsgehilfen die Amtsgehilfen (BaP) Berthold Brust, Franz Krebs und Erich Pirstat, Hess. Landesvermessungsamt 1. 6. 63);

zum Amtsgehilfen (BaP) den Meßgehilfen und Kraftfahrer Walter Giebel, Hess. Landesvermessungsamt (1. 8. 63); zu Regierungsvermessungsassessoren (BaP) die Assessoren im Vermessungsdienst Walter Siebert, Hess. Landesvermessungsamt (26. 3. 63), Helmut Blahacek, Kat. Amt Groß-Gerau (2. 5. 63);

zu apl. Regierungsvermessungsinspektoren (BaP) die Regierungsvermessungsinspektor-Anwärter Erich Lammel, Hess. Landesvermessungsamt (9. 8. 62), Ernst König, Kat. Amt Offenbach (Main) und Heinz Skolik, Kat. Amt Bad Homburg v. d. H. (16. 8. 62), Ewald Schäfer, Kat. Amt Gießen und Karl Steiner, Kat. Amt Darmstadt (17. 8. 62), Alfred Grimm, Kat. Amt Groß-Gerau (22. 8. 62), Bruno Biesner, Kat. Amt Marburg (Lahn), Karl Ditzel, Kat. Amt Wiesbaden, Günther Kirschmann, Hess. Landesvermessungsamt und Karl-Heinz Witzel, Kat. Amt Kassel (29. 10. 1962), Heinz Hepp, Kat. Amt Dieburg, Herbert Langefeld, Kat. Amt Bad Hersfeld, Kurt Schlotter, Hess. Landesvermessungsamt und Walter Trautmann, Kat. Amt Homberg (30. 10. 62), Konrad Elfenthal, Kat. Amt Alsfeld, Rudolf Exl, Kat. Amt Michelstadt, Peter Cecetka, Kat. Amt Heppenheim (Bergstr.), Hans-Wilhelm Römer, Kat. Amt Limburg (Lahn), Helmut Rupp, Kat. Amt Weilburg (Lahn) und Helmut Schaake, Hess. Landesvermessungsamt (21. 5. 63);

zu apl. Regierungsvermessungssekretären (BaP) die Regierungsvermessungssekretär-Anwärter Oskar Breiding, Kat. Amt Homberg, Wilhelm Dingeldey, Kat. Amt Michelstadt, Marianne Hardt, Kat. Amt Bad Schwalbach, Waltraud Knifka, Kat. Amt Hofgeismar (17. 10. 62), Ulrike Köhling, Kat. Amt Ziegenhain, Hubertus Preuß, Kat. Amt Usingen, Ingeborg Staufer, Kat. Amt Wetzlar, Herbert Weyel, Kat. Amt Dillenburg (18. 10. 62), Herma Skokanitsch, Hess. Landesvermessungsamt, Gudrun Schepmann, Kat. Amt Gießen, Volker Trautmann, Kat. Amt Bad Schwalbach, Josef Unger, Kat. Amt Heppenheim (Bergstr.) (25. 4. 63), Horst Franke, Kat. Amt Bad Hersfeld, Gerlind Kappesser, Kat. Amt Hünfeld, Franz Kern, Kat. Amt Friedberg (Hessen), Ernst Köhler, Kat. Amt Alsfeld und Hans-Wolfgang Köhler, Kat. Amt Wolfhagen (26. 4. 63);

zu apl. Regierungskartographensekretären (BaP) die Regierungskartographensekretär-Anwärter Peter Seibert und Hans Spädtke, Hess. Landesvermessungsamt (5. 4. 63);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit die Regierungsvermessungsräte (BaP) Horst-Peter Bertinchamp (27. 5. 63), Klaus Vierhaus, Hess. Landesvermessungsamt, Heinrich Hoos, Kat. Amt Frankfurt am Main-Höchst (7. 6. 63) und Werner Most, Kat. Amt Kassel (12. 6. 1963);

die Regierungsvermessungsinspektoren (BaP) Horst Markschies, Kat. Amt Arolsen, Winfried Heil, Kat. Amt Heppenheim (Bergstr.), Walter Schönewolf, Kat. Amt Lauterbach (30. 8. 62), Rudolf Baier, Kat. Amt Biedenkopf, Hans Schott, Kat. Amt Schlüchtern, Hans Kersten, Kat. Amt Gelnhausen, Herbert Simon, Kat. Amt Dillenburg, Peter Spreitzer, Kat. Amt Bad Schwalbach (31. 8. 62), Franz Leuthäusel, Kat. Amt Gießen (4. 1. 63);

in den Ruhestand getreten

der Regierungsvermessungsamtmann Otto Ringsdorf, Kat. Amt Wetzlar, Regierungsvermessungsinspektor Heinrich Franck, Kat. Amt Homberg (1. 9. 62), Regierungsvermessungsinspektor Franz Pyka, Kat. Amt Gelnhausen (1. 4. 63);

in den Ruhestand versetzt auf Antrag

der Regierungsvermessungsinspektor Konrad Keidel, Kat. Amt Bad Hersfeld (1. 10. 62), Regierungsvermessungsamtmann Kurt Reschke, Hess. Landesvermessungsamt, Regierungsvermessungsinspektor Fritz Lenz, Kat. Amt Wiesbaden (1. 1. 63), Regierungsvermessungsamtmann Karl Wenz, Hess. Landesvermessungsamt (1. 5. 63), Regierungsvermessungsinspektor Karl Klippert, Kat. Amt Hofgeismar (1. 7. 63), Oberregierungsvermessungsrat Heinrich Braun, Kat. Amt Kassel (1. 8. 63).

62 Wiesbaden, 1. 8. 1963

**Hessisches Landesvermessungsamt**

— P —

StAnz. 33/1963 S. 944

## F. im Bereich des Hessischen Kultusministers

### d) Volks-, Real- und Sonderschuldienst des Regierungsbezirks Wiesbaden

ernannt

zum apl. Lehrer (BaW) die Lehramtsbewerber Joachim Adelberg, Mernes/Gelnh. (26. 10. 62), Siegfried Kasprik, Idstein/Unterts. (13. 11. 62), Hans-Joachim Ochmann, Frohnhausen/Dillkr. (15. 11. 62), Helmut Damm, Frankfurt/M. (15. 12. 62), Dieter Muster, Winkels/Oberl. (13. 12. 1962), Uwe Otto, Uerzell/Schlüchtern (29. 11. 62), Georg Rompel, Flörsheim/Mts. (19. 11. 62), Günther Cromm, Kelkheim/Mts. (20. 11. 62), Gerhard Ringsdorf, Erda/Wetzlar (10. 12. 62), Wolfgang Lauschmann, Frankfurt M. (22. 11. 1962), Hans-Bruno Lange, Frankfurt/M. (3. 12. 62), Karl-Martin Korbin, Bad Homburg (4. 2. 63), Bernhard Kothe, Frankfurt/M. (30. 11. 62), Folker Rochelmeyer, Frankfurt am Main (29. 11. 62), Dieter Schad, Frankfurt/M. (7. 12. 1962), Herbert Brinkmann, Wehrheim/Usingen (28. 1. 63), Egbert Schellhase, Wetzlar (17. 12. 62), Eberhard Mai, Frankfurt/M. (19. 12. 62), Rolf Geldner, Frankfurt/M. (21. 12. 62), Heinz Hopke, Frankfurt/M. (20. 12. 62), Gerhard Flemming, Dautphe/Bied. (11. 3. 63), Günther Schumann, Frankfurt am Main (12. 1. 63), Max Teuber, Wetzlar (22. 1. 63),



Adalbert Bege, Niederbrechen/Limb. (17. 1. 63), Ingo Brose, Herzhausen/Bied. (15. 2. 63), Wolfgang Lorenz, Frankfurt am Main (19. 1. 63), Horst Hoffmann, Frankfurt/M. (19. 1. 1963), Dietmar Tomerius, Frankfurt/M. (4. 2. 63), Leo Ludwig, Holzhausen/Bied. (18. 2. 63), Emil Musij, Garbenheim (Wetzlar) (25. 2. 63), Helmut Weinelt, Frankfurt/M. (9. 2. 1963), Walter Kroh, Roßbach/Bied. (27. 3. 63), Lothar Worg, Frankfurt/M. (6. 12. 62), Kurt Teichmann, Steindorf/Wetzlar (11. 6. 63), Fritz Goeßler, Steinau/Schlüchtern (20. 12. 1962), Richard Hirn, Hanau (29. 10. 62), Egon Bach, Kilianstädten/Hanau (12. 11. 62), Ekkehard Klier, Wissenbach (Dillkr.) (2. 11. 62), Jürgen Spelmeyer, Steinbrücken/Dillkreis (7. 11. 62), Dieter Gerlach, Dautphe/Bied. (7. 11. 62), Günter Richter, Simmersbach/Bied. (30. 10. 62), Horst Bender, Flörsheim/Mts. (6. 11. 62);

die Lehrkraft i. Ang.-Verh. Rudolf Heydrich, Langenselbold/Hanau (1. 12. 62), Günther Lukosch, Hanau (1. 12. 62), Walter Grünert, Daisbach/Unt. (1. 12. 62), Hans-Jürgen Dethoff, Ostheim/Hanau (1. 12. 62), Friedrich Borgwald, Dorfweil/Usingen (17. 11. 62), Hans Buchmayer, Anspach/Usingen (8. 11. 62), Alfred Walter, Krofdorf-Gleiberg/Wetzl. (27. 11. 62), Harry Schaller, Hanau (1. 2. 63), Karl Fernschild, Langenselbold/Hanau (1. 2. 63), Horst Schellhorn, Roth/Gelnh. (1. 3. 63), Rolf Jahn, Roth/Gelnh. (1. 3. 1963), Erwin Brandt, Friedrichsdorf/Oberts. (1. 3. 63), Egon Porzelt, Laubeschbach/Oberl. (22. 2. 63), Otto Gruhne, Frankfurt/M. (1. 3. 63), Hans Spöcht, Frankfurt/M. (5. 3. 1963), Klaus Hampe, Frankfurt/M. (26. 2. 63), Harry Bindel, Dillenburg (20. 3. 63), Harry Sieber, Sinn/Dillkr. (20. 3. 1963), Horst Truckenbrodt, Allendorf/Wetzlar (30. 4. 63), Egon Grasop, Frankfurt/M. (2. 5. 63), Erhard Mierke, Frankfurt/M. (10. 5. 63), Gottfried Weigmann, Camberg (Limb.) (20. 5. 63);

zum apl. Sonderschullehrer apl. Lehrer Wolfgang Sobain-ski, Frankfurt/M. (30. 1. 63);

zum apl. Sonderschullehrer (BaP) apl. Lehrer Horst Quandt, Frankfurt/M. (11. 2. 63);

zum apl. Realschullehrer (BaW) die Lehramtsbewerber Eberhard Weidt, Rüdeshheim/Rhg. (13. 11. 62), Franz-Josef Kunkel, Usingen (23. 11. 62), Dieter Griebenow, Frankfurt am Main (3. 11. 62), Helmut Beez, Frankfurt/M. (18. 12. 1962), Gerhard Dominique, Frankfurt/M. (30. 4. 62);

die Lehrkraft i. Ang.-Verh. Karl Ritschel, Hanau (22. 1. 1963);

zum apl. Realschullehrer (BaP) apl. Lehrer Walter-Franz Gerhardt, Frankfurt/M. (7. 5. 63);

zur apl. Lehrerin (BaW) die Lehramtsbewerber Helga Möller, Obershausen/Oberl. (11. 11. 62), Stefanie Monno, Hainger/Dillkr. (9. 11. 62), Edith Langkau, Hanau (10. 11. 62), Mechtildis Roos, Eppstein/Mts. (14. 11. 62), Helga Krenz, Hofheim/Mts. (20. 11. 62), Heide Gobbin, Frankfurt/M. (3. 11. 62), Gabriele Schwalbe, Frankfurt/M. (2. 11. 62), Marianne Herrmann, Idstein/Mts. (27. 11. 62), Diethild Gärtner, Frankfurt/M. (10. 11. 62), Antonie Jacobs, Frankfurt am Main (10. 11. 62), Anke Peters, Frankfurt/M. (16. 11. 1962), Elfriede Liesow, Epenheim/Mts. (5. 12. 62), Sabine von Eisenhart-Rothe, Frankfurt/M. (19. 12. 62), Roswitha Kollmann, Frankfurt/M. (10. 11. 62), Magdalena Schunath, Krofdorf-Gleiberg/Wetzl. (8. 12. 62), Friedel Wagner, Tringenstein/Dillkr. (30. 11. 62);

die frühere apl. Lehrerin Anna-Catharina Pross, Frankfurt/M. (5. 11. 62);

die apl. Lehrerin Anneliese Danne, Bieber/Wetzlar (20. 12. 1962);

die bish. apl. Lehrerin i. Schleswig-Holstein Ute Schröter, Frankfurt/M. (28. 12. 62);

die bish. apl. Lehrerinnen i. Rheinl.-Pfalz Gerlinde Henkel, Frankfurt/M. (27. 12. 62), Christa Holler, Burg/Dillkreis (3. 4. 63);

die bish. apl. Lehrerin i. Nordrh.-Westfalen Maria-Dorothea Nassabi, Frankfurt/M. (29. 3. 63);

die bish. apl. Lehrerin i. Schlesw.-Holstein Nina Ziedrich, Hochheim/Mts. (1. 4. 63);

die frühere apl. Lehrerin Elisabeth Sturm, Hochheim/Mts. (17. 4. 63);

die bish. apl. Lehrerin i. Rheinl.-Pfalz Lidwine Muders, Frankfurt/M. (30. 4. 63);

die Lehramtsbewerberinnen Christel Schmidt, Wetzlar (7. 12. 62), Ina Radtke, Frankfurt/M. (26. 11. 62), Ingrid Bach, Herborn/Dillkr. (5. 12. 62), Brigitte Schirmer, Frankfurt/M. (22. 11. 62), Irmgard Scior, Frankfurt/M. (19. 11. 1962), Margit Hoffmann, Frankfurt/M. (20. 11. 62), Ursula Hürthle, Frankfurt/M. (17. 11. 62), Dorothea Eisenmenger, Frankfurt/M. (7. 1. 63), Anneliese Estenfeld, Frankfurt/M. (14. 1. 63), Ute Stoll, Frankfurt/M. (17. 11. 62), Anneliese Kersting, Frankfurt/M. (23. 11. 62), Irmtraud Ochs, Frankfurt/M. (24. 11. 62), Helga Naber, Frankfurt/M. (1. 12. 62), Ingrid Neubauer, Frankfurt/M. (1. 12. 62), Renate Neupauer, Frankfurt/M. (7. 12. 62), Astrid Johannsen, Frankfurt/M. (30. 11. 62), Christa Wundram, Frankfurt/M. (4. 12. 1962), Edith Wank, Wetzlar (17. 12. 62), Rosemarie Moos, Frankfurt/M. (15. 12. 62), Heidemarie Görner, Frankfurt am Main (17. 12. 62), Hildegard Kerner, Frankfurt/M. (15. 12. 62), Ingeborg Friedrich, Frankfurt/M. (26. 11. 62), Adelheid Tröscher, Frankfurt/M. (3. 12. 62), Anita Worg, Frankfurt/M. (1. 12. 62), Erna Diefenbach, Frankfurt/M. (28. 1. 63), Marlies Klauk, Frankfurt/M. (15. 12. 63), Erika Reimann, Frankfurt/M. (21. 12. 62), Ulrike Markwirth, Frankfurt/M. (14. 12. 62), Erdmuthe Madeheim, Frankfurt/M. (15. 12. 62), Uta Lock, Höchst/Gelnhausen (8. 1. 63), Margret Klingelbiel, Bechthelm/Unt. (8. 1. 63), Barbara Czynnik, Hanau (16. 1. 63), Margarete Hoening, Lixfeld/Bied. (14. 2. 63), Annelies Reinhöfer, Hartenrod/Bied. (16. 2. 63), Renate Wilhelmi, Frechenhausen/Bied. (12. 1. 63), Anneliese Classen, Bad Schwalbach/Unt. (22. 1. 63), Marg. Stegmann, Gönners/Bied. (14. 2. 63), Doris Garbrecht, Frankfurt/M. (18. 1. 63), Charlotte Reinheimer, Frankfurt/M. (18. 1. 63), Edda Goldbeck, Frankfurt/M. (16. 1. 63), Renate Petzold, Frankfurt/M. (19. 1. 63), Gisela Hopke, Frankfurt/M. (20. 12. 62), Gisela Tunger, Frankfurt/M. (1. 2. 63), Barbara Lange, Frankfurt/M. (28. 1. 63), Elfriede Mani-tius, Frankfurt/M. (11. 1. 63), Brigitte Kahl, Frankfurt/M. (11. 1. 63), Margret Schwedes, Nanzenbach/Dillkr. (20. 2. 1963), Hildegard Retzmann, Wetzlar (28. 11. 62), Inge Krüger, Frankfurt/M. (19. 1. 63), Ursula von Seydewitz, Frankfurt/M. (21. 1. 63), Gudrun Stahlschmidt, Frankfurt/M. (25. 2. 63), Ingrid Roedelius, Großkrotzenburg/Hanau (25. 3. 63), Erika Breitfuß, Frankfurt/M. (29. 3. 63);

die bish. apl. Lehrerin in Bremen Heide Stövhase, Nieder-rodenbach/Hanau (19. 6. 63);

die Lehrkräfte im Angest.-Verhältn. Marianne Ebert, Schloßborn/Mts. (14. 12. 62), Hildegard Ihlefeld, Fischbach (Mts.) (30. 10. 62), Waltraut Dethloff, Oberissigheim/Hanau (1. 12. 62), Karin Kichelhahn, Langenselbold/Hanau (1. 12. 62), Gertrud-Maria Kothe, Rüdeshheim/Rhg. (9. 11. 1962), Margot Vanderbeke, Frankfurt/M. (23. 11. 62), Hannelore Gouby, Frankfurt/M. (24. 11. 62), Gertraute Klug, Frankfurt/M. (7. 12. 62), Edith Tack, Hartenrod/Bied. (17. 12. 63), Lieselotte Mohr, Ostheim/Hanau (1. 2. 63), Hildegard Kurth, Frankfurt/M. (17. 12. 62), Gerda Staack, Frankfurt/M. (21. 12. 62), Gertrud Madeisky, Frankfurt/M. (19. 1. 1963), Irmgard-Helga Lickmann, Frankfurt/M. (18. 1. 63), Gerda Sieber, Sinn/Dillkr. (1. 3. 63), Christa Volkmann, Niederjosbach/Mts. (1. 12. 62), Wilma Wollmert, Dillenburg (Dillkr. (1. 2. 63), Alma Pohl, Ebergöns/Wetzl. (1. 2. 63), Lieselotte Porzelt, Villmar/Oberl. (22. 2. 63), Käthe Bindel, Langenaubach/Dillkr. (20. 3. 63), Charlotte Koch, Ravolzhausen/Hanau (1. 3. 63), Margit Dubrowsky, Spielberg (Gelnh.) (1. 4. 63), Hannelore Heurich, Herborn/Dillkr. (27. 3. 63), Erna Gahler, Hanau (1. 3. 63), Brunhilde Scholz, Frickhofen/Limb. (22. 3. 63), Inge Lindner, Frankfurt/M. (25. 5. 63);

zur apl. techn. Lehrerin (BaW) die techn. Lehramtsbewerberinnen Mechtild Mai, Gladenbach/Bied. (11. 11. 62), Karin Spielmann, Garbenheim/Wetzl. (20. 11. 62);

zur apl. Realschullehrerin (BaW) die Lehramtsbewerberinnen Ruth Bunge, Frankfurt/M. (19. 1. 63), Renate Kanert, Frankfurt/M. (11. 2. 63), Ursula Damm, Camberg/Limb. (5. 3. 63), Ingeborg Grauel, Frankfurt/M. (13. 5. 63), Brigitte Funk, Frankfurt/M. (3. 5. 63);

die Lehrkräfte im Ang.-Verhältnis Lucia Basler, Langenselbold/Hanau (1. 4. 63), Giesela Gudel, Kelkheim/Mts. (15. 6. 63);

zur apl. Lehrerin (BaP) die Lehrkraft im Ang.-Verhältnis Gerda Oschkinis, Erda/Wetzl. (16. 4. 63);

zur apl. Realschullehrerin (BaP) die Lehramtsbewerberin Dorothea Fränz, Frankfurt/M. (18. 4. 63);

zum Lehrer (BaP) die apl. Lehrer Dr. Ernst Till, Hattersheim/Mts. (30. 10. 62), Rolf Krenzer, Wissenbach/Dillkreis (14. 11. 62), Wilfried Junk, Niederscheld/Dillkrs. (12. 11. 62), Heinz Müller, Lohrhaupten/Gelnh. (14. 11. 62), Helmut Werner, Buchenau/Bied. (7. 11. 62), Hubert-Georg Quarta, Langenaubach/Dillkrs. (20. 11. 62), Erich Watz, Krofdorf-Gleiberg/Wetzl. (9. 11. 62), Hans Janowski, Herbornselbach/Dillkrs. (17. 11. 62), Helmut Lotz, Ewersbach (Dillkrs.) (20. 11. 62), Siegfried Engelhardt, Weifenbach (Bied.) (15. 11. 62), Ernst Spindler, Frankfurt M. (15. 11. 62), Adalbert Biniarz, Braunfels/Wetzl. (10. 12. 62), Walter Schulz, Frankfurt M. (30. 11. 62), Gerhard Koch, Mornshausen Bied. (14. 12. 62), Siegfried Scholz, Köppern/Obert. (7. 12. 62), Jürgen Kocksin, Kraftsolms-Kröfchelbach (17. 12. 1962), Hans Bressler, Frankfurt M. (14. 12. 62), Herbert Klockow, Frankfurt M. (19. 12. 62), Kurt Voelsch, Frankfurt M. (7. 1. 63), Manfred Bär, Frankfurt M. (22. 12. 62), Konrad Seidlitz, Frankfurt M. (21. 1. 63), Werner Hohmann, Kronberg (9. 1. 63);

die Lehrkraft im Ang.-Verhältnis Oswald Schnürch, Oberursel/Obert. (9. 1. 63);

zur Lehrerin (BaP) die apl. Lehrerinnen Jutta Voß, Frankfurt M. (16. 11. 62), Elfriede Wertholz, Leisenwald/Gelnh. (10. 11. 62), Herta Bank, Frankfurt M. (17. 11. 62), Marianne Burbach, Frankfurt M. (16. 11. 62), Sabine Neubauer, Frankfurt M. (3. 11. 62), Hildegard Hinkelammert, Wetzlar (19. 11. 62), Marianne Schäfer, Wiesbaden (13. 11. 62), Ruth Walper, Wiesbaden (13. 11. 62), Elfriede Wasner, Greifenstein/Wetzl. (6. 12. 62), Elisabeth Leicht, Frankfurt am Main (10. 12. 62), Erika Köthe, Roßdorf/Hanau (13. 12. 62), Christa Weinrich, Langenselbold/Hanau (8. 12. 62), Reina von Rége, Frankfurt M. (10. 12. 62), Anneliese Müller, Niederbiel/Wetzl. (20. 12. 62), Ilse Scholderer, Frankfurt M. (12. 12. 62), Sigrid Schräbler, Frankfurt M. (15. 12. 1962), Anita Reinschmidt, Frankfurt M. (17. 12. 62), Elfriede Hoppe, Frankfurt M. (19. 12. 62), Helga Wille, Frankfurt (Main) (21. 12. 62), Susanne Rolle, Frankfurt M. (18. 12. 62), Irmgard Müller, Frankfurt M. (17. 12. 62), Gertrud Crost, Frankfurt M. (18. 12. 62), Dorothea Trautwein, Herrmannstein/Wetzl. (21. 1. 63), Dita Voelsch, Frankfurt M. (7. 1. 63), Ruth Teubner, Frankfurt M. (24. 1. 63);

die ehemal. Lehrerin Helga Jakobi, Frankfurt M. (17. 5. 63), die Lehrkräfte im Ang.-Verhältnis Ilse Bölter, Seelbach (Oberl.) (7. 11. 62), Ruth Kaiser, Wolfgang/Hanau (1. 2. 63), Irmgard Greinert, Oberkalbach/Schlücht. (1. 2. 63), Hedwig Rüdell, Hochheim/Mts. (1. 4. 63), Irmgard Reichmann, Frankfurt M. (17. 4. 63), Anne Ruth Casper, Frankfurt M. (18. 4. 63);

zur techn. Lehrerin (BaP) die apl. techn. Lehrerin Karin Hufeland, Kiedrich/Rhg. (28. 2. 63);

zum Lehrer (BaL) der apl. Lehrer Robert Knauz, Eschborn/Mts. (2. 5. 63);

zur Lehrerin (BaL) die frühere Lehrerin Hedwig Walter, Sulzbach/Mts. (25. 10. 62);

zum Realschullehrer (BaP) der apl. Realschullehrer Johannes Bunke, Frankfurt M. (14. 12. 62);

zur Realschullehrerin (BaP) die apl. Lehrerin Hildegard Olshausen, Frankfurt M. (30. 11. 62), die apl. Realschullehrerin Eva Blaschek, Gelnhausen (29. 11. 62);

zur Realschullehrerin (BaL) die Lehrerin Marg. Springer-Heinze, Wiesbaden (21. 2. 63);

zum Realschullehrer die Lehrer Klaus Neubacher, Haiger (Dillkrs.) (7. 11. 62), Erich Becker, Hadamar/Limb. (17. 11. 1962), Walter Hoffmann, Frankfurt M. (11. 1. 63), Adolf Preis, Hanau (9. 1. 63), Kurt Hauschild, Frankfurt M. (18. 1. 63), Herbert Müller, Frankfurt M. (26. 1. 63), Rudolf von Nolting, Frankfurt M. (26. 1. 63), Emanuel Eisenach, Wiesbaden (25. 1. 63), Ehrhardt Hocse, Wiesbaden (21. 2. 63), Dietrich Zietemann, Hanau (15. 3. 63), Kurt Pfeifer, Camberg/Limb. (2. 5. 63), Elmar Kunert, Dillenburg (13. 5. 63), Rolf Kempe, Weilburg/L. (15. 6. 63);

zur Realschullehrerin die Lehrerinnen Dr. Ilse Heyer, Wiesbaden (29. 11. 62), Ilse Seelig, Wiesbaden (4. 1. 63); die techn. Lehrerinnen Ruth Wendt, Frankfurt M. (7. 12. 1962), Elisabeth Birkholtz, Frankfurt M. (4. 3. 63);

zum Sonderschullehrer der Lehrer Heinz Sienknecht, Wetzlar (29. 4. 63);

zur Sonderschullehrerin die apl. Lehrerin Lieselotte Müller, Frankfurt M. (23. 1. 63); die Lehrerinnen Elisabeth Ohlert, Wiesbaden (14. 11. 62), Ingeborg Linke, Usingen (12. 2. 63), Charlotte Reichel, Frankfurt M. (28. 2. 63);

zum Hauptlehrer die Lehrer Kurt Loth, Kraftsolms-Kröfchelbach (12. 11. 62), Hans Stilper, Ellar/Limb. (18. 12. 62), Herbert Nickel, Laubuseschbach Oberl. (19. 12. 62), Fritz Höhler, Dornholzhausen/Obert. (21. 12. 62), Hubert Stock, Höchst/Gelnh. (18. 2. 63), Walter Wolf, Holzhausen Bied. (23. 3. 63), Erwin Immel, Wissenbach/Dillkrs. (28. 3. 63), Gustav Klinger, Frankfurt M. (15. 5. 63), Peter u. Paul Schweitzer, Niederhadamar/Limb. (29. 5. 63), Rudhard Enders, Umbach/Schlücht. (25. 4. 63), der Realschullehrer Walter Reul, Bergen-Enkheim/Hanau (7. 4. 63);

zum Konrektor die Lehrer Wilh. Wirbelauer, Oberursel (Obert.) (30. 3. 63), Erich Czerwinski, Frankfurt M. (28. 3. 1963), Gustav Künkel, Biedenkopf (1. 4. 63), Ernst Schildger, Frankfurt M. (9. 5. 63), Lothar Schmitt, Frankfurt M. (3. 5. 63), Georg-Otto Sommer, Frankfurt M. (21. 5. 63), Erich Gädicke, Frankfurt M. (21. 5. 63), Alfred Färber, Frankfurt M. (20. 5. 63), Erich Traudt, Mandersbach/Dillkreis (31. 5. 63), Hans Kremser, Niederbrechen/Limb. (12. 6. 1963);

zur Konrektorin die Lehrerinnen Ingeborg Rienecker, Frankfurt M. (7. 5. 63), Annemarie Wendel, Frankfurt M. (22. 5. 63);

zum Volks- u. Realschulkonrektor die Realschullehrer Rudolf Sahliger, Hanau (20. 12. 62), Martin Reeb, Schlüchtern (30. 3. 63), Friedrich Siemon, Haiger/Dillkrs. (31. 5. 1963);

zur Volks- und Realschulkonrektorin die Realschullehrerin Rita Wollweber, Flörsheim Mts. (30. 5. 63);

zur Realschulkonrektorin die Realschullehrerinnen Elisabeth Klüh, Dillenburg (10. 6. 63), Ilse Ribbe, Idstein Untert. (10. 6. 63);

zum Rektor die Lehrer Erich Becker, Burgsolms/Wetzl. (8. 2. 63), Johannes Fandel, Villmar Oberl. (26. 4. 63), Otto Ringsdorf, Wetzlar (30. 4. 63), Horst Glänzel, Frankfurt M. (24. 5. 63), die Hauptlehrer Willi Wirth, Wehrheim/Usingen (17. 11. 62), Otto Berlin, Kelkheim Mts. (28. 12. 62), Max Ecke, Neuses/Gelnh. (6. 2. 63), Karl Hedrich, Atzbach/Wetzl. (4. 3. 63), Wilh. Ullius, Wehen Unt. (12. 2. 63), Erich Brandt, Neuenhain/Unt. (13. 5. 63), die Konrektoren Anton Schier, Hofheim/Mts. (13. 2. 63), Henning Pastor, Hanau (15. 3. 63), Manfred David, Frankfurt M. (8. 5. 63), Paul Wehr, Dillenburg (30. 5. 63), der Realschullehrer Bodo Metz, Bad Soden/Mts. (30. 5. 63);

zur Rektorin die Konrektorin Charlotte Weber, Frankfurt am Main (27. 5. 63);

zum Volks- und Realschulrektor der Rektor Hans Elm, Altengronau/Schlüchtern (14. 12. 62);

zum Schulpsychologen und Lehrer die Lehrer Weicker, Frankfurt M. (30. 3. 63), Leo Rzeha, Rüdelsheim (25. 4. 63); zum Schulrat der Rektor Hans-Werner Bach, Wetzlar (19. 11. 62);

#### berufen in das Beamtenverhältnis auf Probe

die apl. Lehrer Hans Gessner, Aßmannshausen/Rhg. (11. 1. 1963), Günter Meinhardt, Geisenheim/Rhg. (11. 1. 63), Wilh. Hunold, Geisenheim/Rhg. (11. 1. 63), Fritz Bringezu, Dornholzhausen/Wetzlar (13. 12. 62), Kurt Marquardt, Oberursel/Obert. (12. 2. 63), Winfried Neumeyer, Steinau/Schlüchtern (14. 2. 63), Rudolf Marquardt, Launsbach/Wetzlar (7. 1. 1963), Karl Reinhardt, Steinau/Schlüchtern (31. 1. 63), Gustav Karger, Elm/Schlüchtern (31. 1. 63), Rudolf Bartsch, Frankfurt M. (5. 2. 63), Otto Parr, Frankfurt M. (21. 12. 62), Otmar Aul, Frankfurt M. (22. 2. 63), Hch. Brüggemaier, Wetzlar (18. 3. 63), Heinz Kautzsch, Bottenhorn Bied. (9. 3. 1963), Max Friedrich, Wiesbaden (22. 1. 63), Gundolf Alliger, Eidengesäß/Gelnh. (7. 2. 63), Theodor Gies, Frankfurt M. (19. 1. 63), Ernst Albrecht, Schönberg/Obert. (5. 2. 1963), Georg Zimmermann, Erbach/Rhg. (30. 1. 63), Ewald Leber, Oberselters/Limb. (29. 1. 63), Dietrich Müller, Frankfurt M. (7. 1. 63), Werner Glänzel, Neuenhaslau/Gelnh. (18. 2. 63), Heinrich Freienstein, Pfaffenhausen/Gelnh. (16. 2. 1963), Hansgünther Bausch, Limburg (29. 1. 63), Kurt Gla-

the, Volpertshausen/Wetzl. (21. 3. 63), Heinz Behringer, Rodenburg/Dillkr. (27. 3. 63), Franz Feisel, Donsbach/Dillkreis (27. 3. 63), Walter Viel, Rabenscheid (27. 3. 63), Friedr. Mattausch, Obergladbach/Unter. (11. 2. 63), Klaus Dettke, Wiesbaden (28. 2. 63), Georg Borowiak, Frankfurt/M. (6. 3. 63), Eugen Otzipka, Hallgarten/Rhg. (11. 1. 63), Walter Hiekel, Frankfurt/M. (11. 2. 63), Klaus Herrmann, Frankfurt/M. (8. 2. 63), Ernst Förster, Wetzlar (29. 3. 63), Kurt Gutberlet, Herbornseelbach/Dillkr. (27. 3. 63), Friedrich von Derschau, Launsbach/Wetzl. (1. 4. 63), Hellmut Schliephake, Leun/Wetzl. (9. 4. 63), Dr. Ludwig Dietze, Weilbach/Mts. (1. 3. 63), Eberhard Rottzoll, Wiesbaden (18. 3. 63), Andreas Dildey, Okrifel/Mts. (21. 3. 63), Hans Schumann, Dreisbach/Wetzl. (28. 1. 63), Klaus Hensel, Weilburg/Oberl. (21. 3. 63), Hartmut Schmidtke, Frankfurt/M. (22. 2. 63), Joachim Stübler, Frankfurt/M. (16. 2. 63), Rudolf Wagner, Emmershausen/Usingen (29. 3. 63), Ulrich Velte, Kiedrich/Rhg. (30. 3. 63), Burkhard Krebs, Westersfeld/Usingen (3. 4. 63), Paul Böhm, Wiesbaden (14. 3. 63), Fritjof Möller, Hochheim/Mts. (22. 4. 63), Alfred Schröder, Hanau (18. 4. 63), Ehrfried Grob, Rüdeshheim/Rhg. (26. 4. 1963), Klaus Christoph, Arnoldshain/Usingen (8. 4. 63), Albert Bertbold, Flörsheim/Mts. (18. 4. 63), Herbert Schäfer, Frankfurt/M. (27. 3. 63), Helmut Schlag, Frankfurt/M. (26. 3. 63), Heinz Kühhiert, Hanau (18. 4. 63), Paul Lapawczyk, Wicker/Mts. (3. 5. 63), Karl Loggen, Biedenkopf (24. 4. 63), Joachim Meisel, Frankfurt/M. (9. 4. 63), Helmut Bubenheim, Limburg (17. 5. 63), die Realschullehrer Hans Wolf, Frankfurt/M. (21. 12. 62), Franz Stimpel, Eltville (Rhg.) (9. 1. 63), Leo Morgen, Camberg/Limb. (31. 12. 62), Werner Horn, Wiesbaden (23. 1. 63), Herbert Niendorf, Oberursel/Obert. (20. 2. 63), Willi Launhardt, Herborn/Dillkreis (18. 4. 63), die apl. Lehrerinnen Irmgard Batah, Frankfurt/M. (7. 1. 63), Gisela Kreuter, Oestrich/Rhg. (11. 1. 1963), Ursula Gessner, Hattenheim/Rhg. (11. 1. 63), Hiltrud Gönner, Niederhöchstädt/Mts. (8. 12. 62), Giesela Bade, Frankfurt/M. (11. 1. 63), Brigitte Müller, Wiesbaden (14. 12. 62), Helga Krüger, Blessenbach/Oberl. (13. 12. 1962), Lydia Schweikart, Erbach/Rhg. (11. 1. 63), Elfriede Hatzfeld, Sinn/Dillkr. (25. 1. 63), Sigrid Kunz, Dutenhofen/Wetzl. (10. 1. 63), Gisela Kühnel, Oberstedten/Obert. (5. 2. 63), Anneliese Werner, Kronberg/Obert. (4. 2. 63), Lore Melnik, Nordenstadt/Mts. (9. 1. 63), Ruth Asboe, Frankfurt/M. (8. 2. 63), Brigitta Döring, Sannerz/Schlücht. (21. 12. 62), Margarete Haase, Oberursel/Obert. (16. 12. 62), Marlene Voll, Lindenhofshausen/Limb. (30. 1. 63), Hannelore Bicker, Frankfurt/M. (25. 2. 63), Elisabeth Leschinski, Wiesbaden (15. 2. 63), Karla Degenhardt, Bad Soden (Schlücht.) (29. 3. 63), Doris Netflau, Buchenau/Bied. (8. 3. 1963), Hannelore Kautzsch, Bottenhorn/Bied. (15. 3. 63), Ilo-na Dietrich, Frankfurt/M. (9. 2. 63), Margit Drewes, Frankfurt/M. (9. 2. 63), Lieselotte Güntner, Wissenbach/Dillkr. (12. 2. 63), Roswitha Hnould, Lorch/Rhg. (1. 2. 63), Agnes Caspary, Mengerskirchen/Oberl. (8. 2. 63), Anneliese Fischer, Kubach/Oberl. (11. 2. 63), Käthe Dörfer, Frankfurt am Main (5. 2. 63), Rosmarie Sandrock, Ahausen/Oberl. (31. 1. 63), Hilda Maurer, Frickhofen/Limb. (29. 1. 63), Gertrud Thorn, Elz/Limb. (31. 1. 63), Maria Flögel, geb. Noll, Ober-tiefenbach/Oberl. (29. 3. 63), Waltraut Scheuermann, Frankfurt/M. (5. 2. 63), Renate Dittrich, Langenhain/Mts. (15. 3. 1963), Brigitte Pollmüller, Delkenheim/Dillkr. (21. 2. 63), Helga Walter, Dörnigheim/Hanau (20. 2. 63), Gisela Petersem, Bischofsheim/Hanau (20. 2. 63), Dorothea Falk, Hetersroth/Gelnh. (16. 2. 63), Gertrud Danker, Wiesbaden (19. 2. 63), Irmgard Metz, Neuenhaslau/Gelnh. (18. 2. 63), Ingeborg Vökler, Somborn/Gelnh. (22. 2. 63), Maria Schmitt, Frankfurt/M. (18. 1. 63), Hanneliese Heller, Groß-Rechtenbach/Wetzl. (6. 2. 63), Doris Küppersbusch, Donsbach/Dillkr. (28. 3. 63), Gundi Trunzer, Frankfurt/M. (12. 2. 63), Erika Wittmann, Frankfurt/M. (9. 2. 63), Ursula Lipphardt, Frankfurt/M. (5. 2. 63), Susanne Kling, Kelkheim/Mts. (9. 3. 63), Käthe Bach, Wetzlar (25. 3. 63), Leonie Gutberlet, Herbornseelbach/Dillkr. (27. 3. 63), Helene Zin-grosch, Niederscheid/Dillkr. (18. 4. 63), Erdmuth Zepp, Launsbach/Wetzl. (22. 4. 63), Marianne Hohmann, Höchst (Gelnh.) (21. 3. 63), Gertrud Sepec, Frankfurt/M. (22. 2. 63), Rosemarie Dietzel, Frankfurt/M. (22. 3. 63), Rosemarie Bergemann, Hausen/Usingen (15. 3. 63), Helga Kämpfe, Frankfurt/M. (25. 2. 63), Brigitte Göbel, Lützelhausen/Gelnh. (21. 3. 63), Marianne Brügge-maier, Dorlar/Wetzl. (18. 4. 63),

Brunhilde Sonntag, Frankfurt/M. (8. 2. 63), Luise Eckel, Breidenbach/Bied. (7. 5. 63), Ingeborg Türk, Fellerdilln (Dillkr.) (20. 4. 63), Renate Posselt, Frankfurt/M. (16. 2. 63), Ursula Gallmeister, Frankfurt/M. (5. 2. 63), Charlotte Wilke, Wiesbaden/Bied. (29. 3. 63), Gertrud Elle, Frankfurt/M. (22. 3. 63), Magdalena Hellmuth, Runzhausen/Bied. (24. 4. 63), Ursula Kleiner, Kirchbracht/Gelnh. (30. 3. 63), Ruth Walbeck, Kempfenbrunn/Gelnh. (10. 4. 63), Karin Graf, Waldensberg/Gelnh. (30. 3. 63), Renate Szalinski, Frankfurt/M. (23. 2. 63), Helga Schmidt, Wolferborn/Gelnh. (18. 4. 63), Utta Jochum, Frankfurt/M. (22. 2. 63), Marlies Reisse, Vockenhausen/Mts. (29. 3. 63), Gertrud Hofmann, Winkel/Rhg. (18. 4. 63), Ellen Quarta, Langenaubach/Dillkr. (28. 3. 63), Cläre Baller, Wiesbaden (20. 4. 63), Barbara Verthold, Flörsheim (18. 4. 63), Christine Lichtnecker, Flörsheim (18. 4. 63), Hildegard Bidermann, Winkel/Rhg. (19. 4. 1963), Margot Tporiski, Wiesbaden (9. 4. 63), Irmgard Höck, Dietkirchen/Limb. (25. 4. 63), Elisabeth Winter, Rüklingen (Hanau) (1. 4. 63), Ingeborg Hackenberg, Sinn/Dillkr. (23. 4. 1963), Anita Sobainsky, Frankfurt/M. (6. 3. 63), Rosa-Maria Sailer, Frankfurt/M. (30. 3. 63), Waltraud Glaßer, Frankfurt/M. (22. 3. 63), Johanna Mainusch, Frankfurt/M. (27. 3. 1963), Ingrid Pollmann, Wicker/Mts. (7. 5. 63), Ilse Tutter, Frankfurt/M. (28. 3. 63), Roswita Guist, Langendiebach/Hanau (19. 4. 63), Marlene Schmidt, Frankfurt/M. (29. 3. 63), Elfriede Schnädter, Frankfurt/M. (2. 5. 63), Ingrid Hoffmann, Weilburg/Oberl. (21. 5. 63), Ursula Schellenberg, Frankfurt/M. (18. 4. 63), Hannelore Schalk, Frankfurt/M. (18. 4. 63), Irmgard Haack, Frankfurt/M. (2. 5. 63), Ingeborg Hauck, Frankfurt/M. (22. 4. 63), Edith Willomitzer, Krofdorf/Gleiberg (19. 6. 63), Dorothea Adler, Salmünster/Schlüchtern (21. 6. 63); die apl. Realsch.-Lehrerinnen Gudrun Stiasny, Kelkheim/Mts. (14. 12. 62), Ellinor Alexander, Frankfurt/M. (15. 1. 63), Antonia Erntner, Wiesbaden (30. 1. 63), Eva Zimmermann, Frankfurt/M. (5. 2. 63), Ruthild Bein, Bad Homburg/Obert. (29. 3. 63), Marianne Löffler, Bergen/Enkheim/Hanau (21. 4. 63), Ingeborg Bundschuh, Frankfurt/M. (2. 5. 63), Gerlinde Roth-Kleyer, Frankfurt/M. (30. 4. 63), Ruth Bunge, Frankfurt/M. (24. 5. 63), Christiane Franz, Hadamar/Limb. (20. 5. 63), Ortrun Großer, Hadamar/Limb. (20. 5. 63), die apl. techn. Lehrerinnen Helga Becker, Frankfurt/M. (21. 3. 63), Erika Blum, Frankfurt/M. (20. 3. 63), Lieselotte Neeb, Weilburg/Oberl. (21. 12. 62), Edith Höhler, Löhnberg/Oberl. (26. 1. 63), Eva Becker, Salmünster/Schlüchtern (13. 2. 63), Eva Müller, Frankfurt/M. (18. 4. 63), Marga Schönbein, Frankfurt am Main (18. 4. 63), Ilse Schlenker, Frankfurt/M. (18. 4. 1963); die Lehrer Georg Claus, Nauenheim/Wetzl. (6. 12. 62), Richard Richter, Langensfeld/Hanau (9. 11. 62), Max Seydenschwanz, Frankfurt/M. (27. 3. 63), Ulrich Dorsch, Idstein/Untert. (7. 5. 63); die Realsch.-Lehrer Eberhard Röhl, Frankfurt/M. (26. 11. 62), Theo Sittig, Frankfurt/M. (5. 12. 1962), Karl Bohn, Frankfurt/M. (21. 12. 62); die Lehrerinnen Klara Siebert, Frankfurt/M. (3. 11. 62), Christine Teßmer, Frankfurt/M. (2. 11. 62), Dorothea Sengenberger, Frankfurt/M. (7. 11. 62), Gerda Fehler, Frankfurt/M. (17. 11. 62), Gerlinde Manser, Frankfurt/M. (10. 11. 62), Charlotte Pfaff, Frankfurt/M. (17. 11. 62), Wilhelmine Röhrig, Frankfurt/M. (8. 11. 62), Gerta Proksch, Frankfurt/M. (19. 11. 62), Margarete Scheler, Frankfurt/M. (14. 11. 62), Gisela Thitje, Frankfurt/M. (15. 11. 62), Helga Kirschner, Frankfurt/M. (18. 12. 62), Else Hilbig, Rodheim/Wetzl. (22. 2. 63), Christel Könnecke, Frankfurt/M. (19. 1. 63), Ilse Scheel, Frankfurt am Main (29. 3. 63), Hedwig Schilling, Frankfurt/M. (7. 3. 1963), Hildegard Bartsch, Eibelshausen/Dillkr. (10. 5. 63); die techn. Lehrerinnen, Charlotte Bringezu, Nauborn/Wetzl. (13. 11. 62), Ida Harzer, Neuenhain/Mts. (14. 12. 62); die Realsch.-Lehrerinnen Marie-Elis. Kaempffe, Wiesbaden (15. 11. 62), Anneliese Klötzer, Frankfurt/M. (17. 11. 62), Lieselotte Old, Frankfurt/M. (20. 11. 62), Marie-Luise Dittmer, Wiesbaden (26. 11. 62), Else Morys, Bad Homburg/Obert. (23. 11. 62), Dr. Lucie Schliffer, Frankfurt/M. (21. 12. 62), Dr. phil. Christine Wandel, Limburg (22. 1. 63);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit die Lehrer Horst Kühn, Donsbach/Dillkr. (31. 10. 62), Johannes Haase, Frankfurt/M. (19. 11. 62), Martin Voigt,

Frankfurt/M. (31. 12. 62), Martin Glade, Kraftsolms-Kröfelfbach (10. 12. 62), Karl Wild, Wetzlar (29. 3. 63), Werner Goldbeck, Frankfurt/M. (7. 1. 63), Erich Möller, Frankfurt am Main (30. 3. 63), Siegfried Gerlach, Wolfgang/Hanau (16. 5. 63), Johannes Kasper, Herborn/Dillkr. (19. 6. 63); die Realsch.-Lehrer Alois Lenz, Frankfurt/M. (13. 11. 62), Dieter Picard, Frankfurt/M. (27. 11. 62), Siegfried Schellenberg, Frankfurt/M. (12. 12. 62), Dietrich Zieger, Frankfurt/M. (21. 12. 62), Dr. Gerard Cellbrot, Wiesbaden (11. 12. 1962), Otto Engelhard, Limburg (5. 4. 63), Wolfgang Werckmeister, Wetzlar (24. 6. 63); die Lehrerinnen Hildegard Hasse, Sinn/Dillkr. (28. 12. 62), Luzia Pasdzierny, Aulhausen/Rhg. (10. 1. 63), Sigrud Dorsch, Frankfurt/M. (11. 1. 1963), Isolde Müller, Frankfurt/M. (12. 1. 63), Wilhelmine Röhrig, Frankfurt/M. (23. 1. 63), Cäcilie Heidler, Altenhaßlau/Gelnh. (23. 1. 63), Hildegard Oertel, Frankfurt/M. (8. 1. 63), Guda Schäfer, Frankfurt/M. (14. 2. 63), Erika Infeld, Frankfurt/M. (27. 3. 63), Emma Tinkl, Frankfurt am Main (1. 2. 63), Anna Emge, Frankfurt/M. (24. 4. 63), Waltraut Teubner, Hanau (14. 4. 63), Angela Michalik, Bernbach/Gelnh. (11. 6. 63), Martha Simon, Dörnigheim/Hanau (15. 6. 63); die techn. Lehrerinnen Elisabeth Jungbauer, Altenhaßlau/Gelnh. (15. 2. 63), Ilse Belz, Erbach/Limburg (7. 3. 63), Hannelore Born, Bad Orb/Gelnh. (10. 11. 62); die Sondersch.-Lehrerin Hilburg Bochenek, Wiesbaden (15. 5. 63); die Realsch.-Lehrerinnen Johanna Scherpner, Frankfurt/M. (16. 11. 62), Marianne Maaß, Frankfurt/M. (28. 11. 62), Marie-Elis. Kaempffe, Wiesbaden (28. 3. 63);

in den Ruhestand versetzt

die Lehrer Hans Reiter, Wiesbaden (1. 1. 63), Heinz Grave, Eltville (1. 1. 63), Erich Seidlitz, Bischofsheim/Hanau (1. 4. 1963), August Dönsch, Usingen (1. 4. 63), Gottfried Finig, Winkel/Rhg. (1. 4. 63), Richard Groß, Dillenburg (1. 4. 63), Hch Eckhardt, Frankfurt/M. (1. 4. 63), August Rumpf, Weifenbach/Bied. (1. 4. 63), Oskar Müller, Oberndorf/Dillkr. (1. 4. 63), Ernst Bepperling, Wetzlar (1. 4. 63), Ernst Behr, Bursolms (1. 4. 63), Wilhelm Kloos, Falkenstein/Obert. (1. 4. 63), Rudolf Müller, Kronberg/Ts. (1. 4. 63), Hermann Jost, Bad Homburg/Obert. (1. 4. 63), Jacob Ott, Langhecke (Obert.) (1. 4. 63), Adolf Wengenroth, Köppern/Obert. (1. 4. 63), Josef Arthen, Villmar/Obert. (1. 4. 63), Bruno Buhl, Mittelheim/Rhg. (1. 4. 63), Paul Schwalm, Edingen (Wetzl.) (1. 4. 63), Fritz Fischer, Oberursel/Obert. (1. 4. 63), Ernst Brixel, Lorch/Rhg. (1. 4. 63), Fritz Henning, Schlierbach/Bied. (1. 4. 63), Karl Schwirtlich, Wißmar/Wetzl. (1. 4. 1963), Paul Müller, Frohnhausen/Dillkr. (1. 4. 63), Wilhelm Mittler, Hirzenhain/Dillkr. (1. 4. 63), Fritz Dörr, Wiesbaden (1. 4. 63), Herrmann Nickel, Wiesbaden (1. 4. 1963), Ludwig Usingen, Frankfurt/M. (1. 5. 63), Karl Paschold, Dörnigheim/Hanau (1. 4. 63), Alfred Schwarz, Eiershausen/Dillkr. (1. 4. 63), Hans Schulz, Frankfurt/M. (1. 4. 63), Karl Steyer, Frankfurt/M. (1. 4. 63), Heinrich Möller, Oberweidbach/Bied. (1. 4. 63), Arthur Peter, Neukirchen/Wetzl. (1. 4. 63), Theodor Schickel, Niederbrechen (Limb.) (1. 4. 63), Wilh. Faigle, Wiesbaden (1. 4. 63), Albert Borbonus, Oberweyer/Limb. (1. 4. 63), Emil Keil, Fischbach/Mts. (1. 4. 63), Friedrich Schneider, Albshausen/Wetzl. (1. 4. 63), Wilh. Hofmann, Wiesbaden (1. 4. 63), Hans Stefan, Frankfurt/M. (1. 4. 63), Willi Glause, Frankfurt/M. (1. 4. 63), Johannes Lindenblatt, Frankfurt/M. (1. 4. 63), Georg Benneck, Birstein/Gelnh. (1. 4. 63), Georg Hasemann, Frankfurt/M. (1. 4. 63), Josef Heinetzki, Frankfurt/M. (1. 4. 1963), Wilhelm Grabowski, Wiesbaden (1. 4. 63), Alfred Netz, Wiesbaden (1. 4. 63), Robert Jirsch, Frankfurt/M. (1. 4. 1963), Heinrich Kitz, Bad Homburg/Obert. (1. 4. 63), Walter Bingel, Hanau (1. 4. 63), Albert Knauth, Wiesbaden (1. 4. 1963), Erwin Herrmann, Dillenburg (1. 4. 63), Werner Högner, Wiesbaden (1. 4. 63), Robert Dann, Weilmünster/Obert. (1. 4. 63), Otto Müller, Niedergründau/Gelnh. (1. 4. 63), Ernst Ende, Frankfurt/M. (1. 6. 63), Hermann Sauerborn, Bad Soden/Mts. (1. 7. 63); die Lehrerinnen Anna Schulz, Frankfurt/M. (1. 2. 63), Anna Schulze, Frankfurt/M. (1. 4. 63), Hildegard Kniescheck, Langenselbold/Hanau (1. 4. 63), Maria Müller, Laufenselden/Unt. (1. 4. 63), Else Kahl, Schmittgen/Usingen (1. 4. 63), Gertrud Graf, Winkels/Oberl. (1. 4. 63), Marietta Gerghofer, Frankfurt/M. (1. 4. 63), Luise Dubois, Frankfurt/M. (1. 4. 63), Wilhelmine Schneider, Frankfurt/M. (1. 4. 63), Else Aarburg, Wiesbaden (1. 3. 63),

Maria Lenz, Niederbrechen Limb. (1. 4. 63), Ruth Stau-  
besand, Wiesbaden (1. 4. 63), Maria Schwegler, Wiesbaden  
(1. 4. 63), Philippine Kranz, Frankfurt/M. (1. 4. 63), Elis.  
Kleinschrot, Frankfurt/M. (1. 4. 63), Gertrud Salomon,  
Frankfurt/M. (1. 4. 63), Ruth Mitlacher, Hanau (1. 4. 63),  
Ilse Günther, Bad Homburg/Obert. (1. 4. 63), Laura Kre-  
mer, Biedenkopf (1. 4. 63), Else Steffens, Frohnhausen  
(Dillkr.) (1. 4. 63), Elis. Carnetto-Heberling, Wiesbaden  
(1. 4. 63), Lydia Leiser, Offheim Limb. (1. 5. 63), Marga-  
rethe Pauly, Großauheim/Hanau (1. 6. 63), Käthe Frinz,  
Hallgarten/Rhg. (1. 4. 63), Elfriede Schwarz, Villmar/Oberl.  
(1. 4. 63); die techn. Lehrerinnen Rosa Kämmel, Oberur-  
sel/Obert. (1. 3. 63), Lisa Hildisch, Naunheim/Wetzl. (1. 4.  
1963), Hildegard Thoma, Wetzlar (1. 4. 63), Christel Krä-  
mer, Oberursel/Obert. (1. 7. 63); die Realsch.-Lehrer Fried-  
rich Hatschka, Gelnhausen (1. 4. 63), Karl Heck, Frank-  
furt/M. (1. 4. 63), Hans Gerhard, Hofheim Mts. (1. 4. 63),  
Fritz Herberich, Camberg/Limb. (1. 4. 63), Erwin Nill, Wies-  
baden (1. 4. 63), Max Oppermann, Frankfurt/M. (1. 4. 63),  
Georg Wawrzik, Frankfurt/M. (1. 4. 63), Ernst Lammel,  
Bad Schwalbach/Unt. (1. 4. 63), Josef Deneke, Flörsheim  
(Mts.) (1. 4. 63), Friedrich Köhler, Frankfurt/M. (1. 4. 63),  
Leo Pistorius, Frankfurt/M. (1. 4. 63), Anton Michl, Wetz-  
lar (1. 4. 63); die Realsch.-Lehrerinnen Gertrud de Leuw,  
Frankfurt/M. (1. 4. 63), Alice Gerstmann, Frankfurt/M.  
(1. 4. 63), Anna Stein, Frankfurt/M. (1. 4. 63), Frieda Ha-  
ssenbach, Wiesbaden (1. 1. 63), Elisa Carstanjen, Gelnha-  
usen (1. 4. 63), Edith Hensellek, Eltville Rhg. (1. 1. 63),  
Franziska Schröder, Frankfurt/M. (1. 5. 63), Else Tamm,  
Frankfurt/M. (1. 4. 63), Maria Jenrich, Frankfurt/M. (1. 4.  
1963), Maria Schlicht, Weilmünster Oberl. (1. 4. 63), Wil-  
helmine Schäfer, Frankfurt/M. (1. 4. 63), Maria Wilkens,  
Hofheim/Mts. (1. 4. 63); die Hauptlehrer Josef Heinemann,  
Oberndorf/Hanau (1. 4. 63), Otto Kratzheller, Hahn Unt.  
(1. 4. 63), Theodor Wenzel, Bad Soden/Schlücht. (1. 4. 63),  
Ewald Jung, Manderbach/Dillkr. (1. 4. 63), Eugen Hed-  
rich, Nauborn/Wetzl. (1. 4. 63), Wilhelm Redenburrer, Wer-  
dorf/Wetzl. (1. 4. 63), Josef Roßkopf, Hallgarten Rhg. (1. 4.  
1963), Anton Sanner, Abmannshausen Rhg. (1. 4. 63), Pe-  
ter Schauer, Hofheim/Mts. (1. 4. 63), Jacob Ostertag, Wies-  
baden (1. 4. 63), Georg Schmidt, Meerholz/Gelnh. (1. 4. 63),  
Otto Thorn, Bieber/Wetzl. (1. 4. 63); die Konrektoren Ge-  
org Hering, Frankfurt/M. (1. 4. 63), Hugo Bergener, Schlüch-  
tern (1. 4. 63), Wilhelm Weber, Bruchköbel/Hanau (1. 4. 63),  
Julius Bauspieß, Frankfurt/M. (1. 4. 63), Jakob Velte, Bie-  
denkopf (1. 4. 63), Heinrich Krauskopf, Wetzlar (1. 4. 63),  
Günther Poetzsch, Oberursel/Obert. (1. 4. 63), Hans Ott,  
Wiesbaden (1. 1. 63), Hans Schönherr, Hattersheim Mts. (1. 4.  
1963), Heinrich Ochs, Frankfurt/M. (1. 4. 63), Alfred Look,  
Frankfurt/M. (1. 4. 63), Konrad Theis, Limburg (1. 7. 63);  
die Konrektorinnen Elisabeth Schlocker, Frankfurt/M. (1. 4.  
1963), Anna Penner, Frankfurt/M. (1. 4. 63); die Realsch-  
Konrektoren Ernst Giese, Flörsheim Mts. (1. 4. 63), Ernst  
Butteron, Hofheim/Mts. (1. 4. 63); der Volks- u. Realschul-  
Konrektor Max Brückner, Haiger/Dillkr. (1. 4. 63); die  
Volks- u. Realschulkonrektorin Grete Ewald, Wetzlar  
(1. 4. 63); die Sondersch.-Lehrer Karl Viehmann, Wies-  
baden (1. 3. 63), Georg Aul, Frankfurt/M. (1. 4. 63); die  
Sondersch.-Lehrerinnen, Hermine Frank, Wiesbaden (1. 4.  
1963), Charlotte Grieger, Wiesbaden (1. 6. 63); die Sonder-  
schul-Hauptlehrerin Josefine Maldaner, Limburg (1. 4.  
1963); die Direktoren Walter Dielmann, Kronberg Oberl. (1. 4.  
1963), Wilhelm Bromm, Oberscheld Dillkr. (1. 4. 63), Ge-  
org Thome, Frankfurt/M. (1. 4. 63), Ernst Bögel, Herborn  
(Dillkr.), (1. 4. 63), Otto Grams, Frankfurt/M. (1. 4. 63),  
Karl Henrich, Wiesbaden (1. 4. 63), Friedrich Petter, Frank-  
furt/M. (1. 4. 63), Richard Schwieder, Frankfurt/M. (1. 4.  
1963); die Rektorin Anna Klöpfer, Frankfurt/M. (1. 4. 63);  
der Realsch.-Rektor Wilh. Oberländer, Friedrichsdorf/Obert.  
(1. 4. 63);

## entlassen

die apl. Lehrer Jürgen Jasper, Hadamar/Limb. (21. 1. 63),  
Peter Bingel, Mauloff Usingen (1. 4. 63); die apl. Lehrer-  
innen Rita Bleser, Rüdeshelm Rhg. (1. 1. 63), Elis. Eschholz,  
Dutenhofen/Wetzl. (1. 4. 63), Veronika Hess, Geisenheim  
(Rhg.) (1. 4. 63), Renate von Kozlowski, Wallrabenstein  
(Unt.) (1. 4. 63), Brigitte Sack, Frankfurt/M. (1. 2. 63),  
Edith Jasper, Thalheim Limb. (1. 3. 63), Brigitte Urban,  
Medenbach/Mts. (1. 4. 63), Hildegard Gönner, Niederhöch-

stadt (1. 4. 63), Christiane Rottzoll, Wiesbaden (1. 4. 63), Helga Peter, Frankfurt/M. (1. 4. 63), Lydia Schweikart, Erbach/Rhg. (1. 4. 63), Maritha Rheker, Frankfurt/M. (1. 4. 63), Eva Borschka, Ohren/Limb. (1. 3. 63), Ingrid Mähner, Frankfurt/M. (1. 4. 63), Gabriele Schwalbe, Frankfurt/M. (1. 4. 63), Brigitte Bittner, Eschhofen/Limb. (1. 4. 1963), Charlotte Wilke, Wiesenbach/Bied. (1. 4. 63), Ellen Quarta, Langenaubach/Dillkr. (1. 4. 63), Gisela Bade, Frankfurt/M. (1. 4. 63), Elfriede Linde, Frankfurt/M. (1. 5. 1963), Marlies Reisse, Vockenhausen/Mts. (1. 4. 63), Brunhilde Sonntag, Frankfurt/M. (1. 5. 63), Sybille Rieser, Usingen (1. 5. 63), Hella Hentschke, Eschborn/Mts. (1. 7. 63), Magdalena Hellmuth, Runzhausen/Biedenk. (1. 6. 63), Rotraut Flohr, Wallroth/Schlüchtern (1. 4. 63), Karin Benz, Ulmbach/Schlüchtern (1. 8. 63), Wilfriede Kegger, Naunheim/Wetzlar (1. 8. 63); der apl. Realsch.-Lehrer German Mayr, Frankfurt/M. (31. 12. 62); die apl. Realsch.-Lehrerinnen Gudrun Stiasny, Kelkheim/Mts. (1. 4. 63), Gabriele Petry, Weilmünster/Oberl. (1. 4. 63), Christel Meier, Wetzlar (1. 4. 63); die Lehrerinnen Irmgard Hepp, Frankfurt/M. (30. 11. 62), Dorothea Sengenberger, Frankfurt/M. (1. 12. 62), Eva-Maria Köppen, Frankfurt/M. (1. 1. 63), Christine Becker, Frankfurt/M. (1. 1. 63), Gerlinde Enders, Frankfurt/M. (1. 4. 63), Ursula Schmidt-Schau, Frankfurt/M. (1. 1. 63), Ursula Trapp, Dörnigheim/Hanau (1. 4. 63), Sabine Neubauer, Frankfurt/M. (1. 4. 63), Agnes Schulze-Bunte, Frankfurt/M. (1. 2. 63), Hildegard Kraus, Frankfurt/M. (1. 4. 63), Elis. Köbel, Frankfurt/M. (1. 4. 63), Eva-Maria Keil, Frankfurt/M. (1. 4. 63), Ursula Heck, Frankfurt/M. (1. 4. 63), Elfriede Hahn, Bad Homburg/Oberl. (1. 4. 63), Helma Weimer, Auenau/Gelnh. (1. 4. 63), Hiltrud Heldmann, Lorbach/Mts. (1. 5. 63), Margrit Müller, Frankfurt/M. (1. 4. 63), Susanne Rolle, Frankfurt/M. (1. 4. 63), Herta Schubert, Steindorf/Wetzl. (1. 4. 63), Ursula Hoffmann, Wiesbaden (1. 4. 63), Aleida Till, Frankfurt/M. (1. 5. 63), Sabine Hick, Frankfurt/M. (1. 5. 63), Ilse Scholderer, Frankfurt/M. (1. 5. 63), Elis. Hörnberger, Großauheim/Hanau (1. 4. 1933), Ingrid Dohmen, Sinn/Dillkr. (1. 6. 63); die techn. Lehrerin Margot Dettmer, Bad Homburg Oberl. (1. 7. 63);

die Sondersch.-Lehrerin Margarete Gernand, Niederbrechen/Limb. (1. 12. 62); die Realsch.-Lehrer Wolfgang Scholz, Frankfurt/M. (1. 4. 63); der Realsch.-Rektor Werner Schulze-Seeger, Wächtersbach/Gelnh. (1. 4. 63).

62 Wiesbaden, 26. 7. 1963

**Der Regierungspräsident**  
II 2 (I G)

StAnz. 33/1963 S. 944

## H. im Bereich des Hessischen Ministers für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

### d) Regierungspräsident in Wiesbaden

ernannt

zum Oberreg.-Chemierat Reg.-Chemierat (BaL) Dr. Wilhelm Germanns, Staatl. Chem.-Untersuchungsamt, Wiesbaden, (28. 6. 63).

Wiesbaden, 29. 7. 63

**Der Regierungspräsident**  
P 7 — Az. 5e 02

StAnz. 33/1963 S. 949

### b) Regierungspräsident in Darmstadt

ernannt

zum Regierungschemierat (BaP) Lebensmittelchemiker Dr. Friedrich Hüter, Staatl. Chem. Untersuchungsamt Darmstadt (23. 1. 1963).

\*

Im Staatsanzeiger Nr. 28/1963 S. 785 muß es unter

ernannt richtig heißen:

zum Regierungsamtmann Regierungsoberinspektor Philipp Neeb;

auf Seite 787:

die Urkunde für Dr. Hölzel wurde am 25. 6. 1962 ausgehändigt und nicht am 25. 6. 1963.

61 Darmstadt, 31. 7. 1963

**Der Regierungspräsident**  
P 2 — 7 1 02/07 (E)

StAnz. 33/1963 S. 949

## 853 WIESBADEN

### Regierungspräsidenten

#### Einrichtung des Wohnplatzes „Am Köhlgraben“ in Bechtheim, Untertaunuskreis

Auf Grund des § 12 der Hessischen Gemeindeordnung vom 25. Februar 1952 in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) wird mit Wirkung vom 1. August 1963 in Bechtheim/Untertaunuskreis der Wohnplatz „Am Köhlgraben“ eingerichtet.

62 Wiesbaden, 25. 7. 1963

**Der Regierungspräsident**

I 2 — 1 — 3 k 03-05 — Nr. 1460/63

StAnz. 33/1963 S. 949

### Buchbesprechungen

**Bürgerliches Gesetzbuch und Zivilprozeßrecht** nebst Ehegesetz usw. mit Erläuterungen und Beispielen für Polizeipraxis und Polizeischule von Diplomvolkswirt Heinrich Hellmer, Regierungsrat an der Hessischen Polizeischule. 814 S. im Loseblatt-Leinenordner, DM 16,80. Verlag Deutsche Polizei GmbH, Hamburg.

Das vorliegende Buch strebt nach dem Vorwort des Verfassers und dem Prospekt, der dem Grundwerk beiliegt, eine Verbindung von Gesetzerläuterungs- und Lehrbuch an. Erstens soll in der Exekutive tätige Polizeibeamte durch das Buch in die Lage versetzt werden, sich schnell und gründlich über die Fragen zu informieren, die auf dem weitläufigen Gebiet des bürgerlichen Rechts und Zivilprozeßrechts im täglichen Dienst an ihn herantreten. Deshalb wurden eingehend kommentiert die Bestimmungen des BGB, die für den Polizeidienst unmittelbare praktische Bedeutung haben. Soweit sie andere polizeilich wichtige Rechtsgebiete berühren, wurde hierauf besonders hingewiesen und eingegangen, so z. B. bei Notwehr, Notstand, Eigentumsvorbehalt, Geschäftsführung ohne Auftrag, unerlaubte Handlungen usw. Zweitens soll dem Polizeibeamten für seine verschiedenen Lehrgänge an der Polizeischule ein Buch in die Hand gegeben werden, das

auch schulischen Anforderungen weitgehend Rechnung trägt. Das Buch ist gegliedert in 4 Teile (Allgemeine Einführung und ausgewählte Themen, BGB, Zivilprozeß und Entscheidungssammlung). Bei der Kommentierung des BGB (II. Teil) wurden jedem Buch des BGB und den meisten Abschnitten „Einführungen“ oder „Vorbemerkungen“ vorangestellt, die lehrbuchartig die Begriffe sowie das Wesen und die gesetzliche Regelung des jeweils behandelten Gegenstands erläutern und, soweit in Betracht kommend, den Zusammenhang mit der polizeilichen Praxis aufzeigen.

So die mit dem Buch von dem Verfasser verfolgten Ziele und Absichten. Für den Polizeibeamten sind andere Gebiete des BGB wichtig als z. B. für den Richter oder für den Studenten der Rechtswissenschaft. Deshalb ist es im Prinzip durchaus zu begrüßen, daß man dem Polizeibeamten für seine schulische Ausbildung ein Hilfsmittel in die Hand geben will, das auf die besonderen Belange seiner späteren Berufstätigkeit abstellt. Der Verfasser versucht, diesem Ziel u. a. dadurch gerecht zu werden, daß er bei allen nach seiner Ansicht dafür geeigneten Einzelgebieten die Zusammenhänge zwischen polizeilicher Tätigkeit und bürgerlichem Recht darlegt. Bei Durchsicht des Buchs kann man sich aber des Eindrucks nicht erwehren, daß der Verfasser in dieser Hinsicht

zu weit geht (so z. B. bei der Geschäftsführung ohne Auftrag, s. unten). Er betrachtet einzelne Gebiete nur vom Standpunkt des BGB aus, auch dort, wo es — dem Zweck des Buchs entsprechend — unbedingt geboten wäre, auf die Zusammenhänge mit dem Polizeirecht hinzuweisen (so z. B. bei dem Notstand, s. unten). Das Polizeirecht kommt entschieden zu kurz. Der Polizeibeamte, der nach einem Verkehrsunfall einschreitet, betätigt sich nicht zivilrechtlich als Geschäftsführer ohne Auftrag, sondern öffentlich-rechtlich (polizeirechtlich)! Gerade diesen Unterschied zwischen der dienstlichen Tätigkeit des Polizeibeamten und derjenigen eines Privatmannes hätte der Verfasser mehr in den Vordergrund stellen sollen. — Im übrigen birgt ein Kurzkommentar stets die Gefahr in sich, daß eine allzu knappe Darstellung für den zunächst mit der Materie noch nicht vertrauten Leser — das ist bei den Lehrgangsteilnehmern einer Polizeischule wohl in der Regel der Fall — zu rechtsirrigem Vorstellungen Anlaß gibt. Das wird hier — trotz der guten Absichten des Verfassers — leider häufig der Fall sein (s. unten, z. B. hinsichtlich der Prozeßfähigkeit, der Berechnung von Fristen, des Begriffs der „verlorenen“ Sache usw.). Gewagt ist es auch, in den Erläuterungen zu einer Vorschrift andere Bezeichnungen für die Beteiligten zu wählen als der Gesetzestext; das hat für den noch nicht eingeweihten Leser zur Folge, daß er eine bei der Ausdrucksweise des BGB für ihn schon schwierige Vorschrift erst recht nicht versteht. So z. B. in Anm. 1 zu § 831, wo der „Geschäftsherr“ als „Täter“ bezeichnet wird (wenn hier schon einer der Beteiligten „Täter“ ist, so nur der „andere“, nämlich der „Verrichtungsgehilfe“). Der „Verrichtungsgehilfe“ wird als der „Dritte“ bezeichnet, der nach dem Gesetzestext der Geschädigte ist. In Anm. 3 zu § 840 BGB bezeichnet H. zutreffend den „Verrichtungsgehilfen“ als den „Täter“ im Gegensatz zu dem Geschäftsherrn. Den Anfänger muß dies aber verwirren!

In der nachstehenden Besprechung einzelner Gebiete wird der Einfachheit halber nur das HessPolG zitiert; in materieller Hinsicht stimmen die Polizeigesetze der Länder damit überein. Herausgegriffen wurden nur solche Gebiete, die der Verfasser als für den Polizeibeamten besonders wichtig bezeichnet hat.

An mehreren Stellen bringt H. zum Ausdruck, daß dienstliche Handlungen eines Polizeibeamten eine „Geschäftsführung ohne Auftrag“ darstellen können. Er hält daher die Kenntnis der Vorschriften der §§ 677—687 BGB für den Polizeibeamten als besonders wichtig. In der Vorbemerkung zu diesen Vorschriften sagt er unter: „II. Polizeiliche Tätigkeit und Geschäftsführung ohne Auftrag“ u. a.: „Die polizeiliche Tätigkeit bringt es nämlich mit sich, daß gerade die Exekutivbeamten sehr häufig in die Situation geraten, für andere Personen als Geschäftsführer ohne Auftrag handeln zu können, ja meist sogar handeln müssen. Letzteres ist immer dann der Fall, wenn das Tätigwerden des Polizeibeamten aus seiner allgemeinen Polizeiaufgabe, nämlich der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung — wozu auch die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Rechtsordnung gehört — resultiert... Die Polizei kann aber auch Handlungen vornehmen oder Rechtsgeschäfte tätigen, die dem Willen des Geschäftsführers (soll wohl heißen „Geschäftsherrn“) entgegenstehen. Die zivilrechtliche Berechtigung hierzu gibt ihr § 679 BGB.“ H. ist hier zu sehr bestrebt, für die dienstliche Tätigkeit des Polizeibeamten eine Rechtsgrundlage im BGB zu suchen. Dieser Ausgangspunkt ist völlig abwegig. Ob der Polizeibeamte zum dienstlichen Einschreiten (nur um ein solches geht es bei den von H. angeführten Beispielen) berechtigt ist, beurteilt sich allein nach den öffentlich-rechtlichen Vorschriften der Polizeigesetze. Die Vorschriften des BGB über Geschäftsführung ohne Auftrag scheiden als Rechtsgrundlage für ein polizeiliches Einschreiten aus, weil sie nur bei einem Tätigwerden auf zivilrechtlicher Ebene bedeutsam sind. — Hält der Polizeibeamte zur Wegschaffung eines auf der Straße zusammengebrochenen Epileptikers (I. Beispiel von H.) eine Taxe an, so stützt sich seine dienstliche Maßnahme auf § 15 HPolG; es liegt ein Fall des polizeilichen Notstands vor (so auch Schneider, Komm. z. Hess. PolG, Anm. 7 zu § 15). Der Taxifahrer hat in jedem Fall lediglich einen Anspruch gegen den Polizeikostenträger, §§ 40, 41 HPolG, der seinerseits zum Rückgriff gegen den Störer (über den Epileptiker als „Störer“ s. Drews-Wacke, 7. Aufl. S. 217) nehmen kann und zwar nach den Vorschriften des BGB über die Geschäftsführung ohne Auftrag, § 42 HPolG. Dabei handelt es sich um einen öffentlich-rechtlichen Erstattungsanspruch (s. Drews-Wacke a. a. O. S. 472/3), zu dessen näherer Ausgestaltung die Polizeigesetze der Länder der Einfachheit halber überwiegend auf das BGB verweisen. Das (ordentliche) Gericht hat hier nicht zu prüfen, ob die Voraussetzungen der §§ 679, 683 BGB vorliegen, vielmehr, ob die polizeiliche Verfügung nach § 15 HPolG berechtigt war. Auf eine Genehmigung der polizeilichen Maßnahme durch den Störer kommt es nicht an. Bezahlt er nachträglich von sich aus die Taxe, so vereinfacht er nur das Verfahren. — Wenn der Polizeibeamte bei einem Verkehrsunfall veranlaßt, daß der bewußtlose und schwerverletzte Kraftfahrer durch das Rote Kreuz und sein beschädigtes, auf der Straße liegendes Kraftfahrzeug durch den Abschleppwagen einer Reparaturwerkstätte abtransportiert werden (weiteres Beispiel von H.), so wird zur Durchsetzung der zur Beseitigung der entstandenen Gefahren erforderlichen Maßnahmen das Zwangsmittel der Ersatzvornahme angewandt. Die Berechtigung (und u. U. auch die Pflicht) zum Einschreiten ergibt sich auch hier nicht aus § 679 BGB, sondern aus dem Polizeirecht. Die Kosten der Ersatzvornahme hat der Verletzte nicht zu tragen, weil das Tätigwerden der Polizei in seinem Interesse lag, sondern weil er als Polizeipflichtiger in Anspruch genommen wird, vgl. § 38 HPolG. H. verweist zwar „zur Frage der Kostentragung“ beiläufig „auch auf die entsprechenden Bestimmungen der Polizeigesetze der Länder, z. B. §§ 36 ff. 42 HPolG“, verkennt aber, daß die Frage nur durch die Polizeigesetze geregelt wird. — Das weitere von H. angeführte Beispiel mit dem Hund gehört — auch bei zivilrechtlicher Betrachtungsweise — überhaupt nicht hierher. Wenn die Kinder, die den halbverhungerten Drahthaarfox zunächst aufgenommen haben, diesen dem in der Gemeinde stationierten Polizeimeister K übergeben und wenn K nunmehr den Hund füttert und pflegt, so hat K den entlaufenen Hund (verlorene Sache), „an sich genommen“ und betätigt sich nunmehr als Finder i. S. der §§ 965 ff BGB, dies selbst dann, wenn man eine dienstliche Pflicht des K zu dem „An-sich-nehmen“, also zum Finden, anerkennen sollte. K

mußte den Fund bei der Polizeibehörde des Fundortes anzeigen und war berechtigt, den Fund an diese abzuliefern. Wenn die Polizeibehörde ihm mit seinem Einverständnis den Hund überläßt (also von der Forderung der Ablieferung der Fundsache absieht, § 967 BGB so betätigt sich K spätestens von diesem Zeitpunkt an rein privatrechtlich. Er kann aber Ersatz seiner Aufwendungen nicht nach den Vorschriften über Geschäftsführung ohne Auftrag (§ 683 BGB), sondern nur nach Maßgabe der §§ 970, 972 ff. BGB verlangen.

In den Erläuterungen über den Notstand (S. II 62) sagt H. „daß es neben dem polizeilichen den zivilrechtlichen und den strafrechtlichen Notstand gibt.“ Das ist an sich durchaus zutreffend, jedoch versteht H. unter dem „polizeilichen Notstand“ nicht den polizeirechtlichen Begriff des polizeilichen Notstands (§ 15 HPolG), sondern den kurz zuvor (S. II 61 Nr. 6) behandelten Fall des berechtigten Waffengebrauchs durch Polizeibeamte. H. betont, daß sein Buch besonders auf die Bedürfnisse der Polizeibeamten abgestellt ist. Dann darf aber — selbst in einer Darstellung, die sich auf Zivil- und Prozeßrecht beschränkt — der jedem Polizeibeamten geläufige Begriff des polizeilichen Notstands nicht in anderem als dem polizeirechtlichen Sinn gebraucht werden. Zun. anderen wäre es durchaus angebracht gewesen, wenigstens kurz auf die Zusammenhänge zwischen dem aggressiven Notstand (§ 934 BGB) und dem polizeilichen Notstand (§ 15 HPolG) hinzuweisen. Die Einwirkungen auf Sachen, die dem Privatmann nach Zivilrecht gemäß § 904 BGB erlaubt sind, gestattet (außer sonst zulässigen Maßnahmen) das Polizeirecht dem Polizeibeamten bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen des § 15 HPolG. Beispiel: A liegt unter einem umgestürzten Lkw. In Ermangelung anderer Hilfsmittel wird die Deichsel eines in der Nähe stehenden Wagens als Hebebaum zur Befreiung des A verwendet. Der Privatmann darf die Deichsel nach § 904 BGB in Anspruch nehmen, der Polizeibeamte im Dienst nach § 15 HPolG. Unzutreffend ist im übrigen, wenn H. in Anm. 1b zu § 904 BGB sagt, daß der Eigentümer die Einwirkung dulden muß, wenn seine Sache „von einem Dritten“ zur Abwendung einer „diesem“ drohenden gegenwärtigen Gefahr benutzt wird. Die Einwirkung darf sowohl durch den Gefährdeten als auch (wie im vorstehenden Beispiel) durch jeden anderen erfolgen (so H. selbst in der Übersicht auf S. II 66).

Zur „Prozeßfähigkeit“ sagt H. (S. III 13) u. a.: „Unbeschränkt geschäftsfähig (und damit prozeßfähig) sind jedoch nach unserer Rechtsordnung nur die Volljährigen, d. h. also die Personen, die das 21. Lebensjahr vollendet haben.“ Die Erläuterung in dem Nachsatz ist insofern zum mindesten unvollständig, als hierher auch die Personen gehören, die (vor Vollendung des 21. Lebensjahres) für volljährig erklärt worden sind, §§ 3, 4 BGB (auf die Bedeutung dieser Vorschriften wird auch bei den Erläuterungen zur Frage der Geschäftsfähigkeit — § 106 BGB — nicht hingewiesen). Zu den für volljährig erklärten Personen gehören insbesondere alle noch nicht 21 Jahre alten Ehemänner, vgl. § 1 Abs. 2 Ehegesetz. — Bei der Erweiterung der Geschäfts- und damit der Prozeßfähigkeit Minderjähriger im Rahmen der §§ 112, 113 BGB (s. II zu § 113, III S. 13) übersieht H., daß die Ermächtigung des gesetzlichen Vertreters zum selbständigen Betrieb eines Erwerbsgeschäfts allein nicht genügt; nach § 112 BGB ist — im Gegensatz zu § 113 BGB — Voraussetzung, daß der gesetzliche Vertreter seinerseits zur Erteilung der Ermächtigung die Genehmigung des Vormundschaftsgerichts besitzt. Nur bei Vorliegen auch dieser Voraussetzung ist der Minderjährige für solche Rechtsgeschäfte unbeschränkt geschäftsfähig, die der Geschäftsbetrieb mit sich bringt.

Die genaue Kenntnis der Vorschriften über die Berechnung von Fristen (und damit des Lebensalters) ist auch für den Polizeibeamten wichtig, zumal die Vorschriften des BGB über Fristen für fast alle Rechtsgebiete gelten. Die knappen Erläuterungen zu §§ 186 ff. BGB (einschl. Vorbem.) geben aber demjenigen, der sich informieren will, keinen Aufschluß über die maßgeblichen Gesichtspunkte. Im übrigen sind die Ausführungen zu 3a der Vorbem., die den wichtigsten Punkt behandeln, unvollständig und damit zum Teil nicht zutreffend. H. sagt hier: „Bei Fristen wird nur nach vollen Tagen gerechnet. Nicht mitgerechnet wird der erste Tag —, außer bei Berechnungen des Lebensalters, wo also der Tag der Geburt mitgerechnet wird...“ Bei einer Fristberechnung ist stets von ihrem Beginn auszugehen; dabei unterscheidet § 187 BGB aber — was H. außer acht läßt — zwei Fälle (Abs. 1 und Abs. 2), die auch bei Berechnung des Fristendes (§ 188) unterschieden werden müssen. Die Fälle des § 187 Abs. 2 Satz 1 BGB sind nicht berücksichtigt. Wenn jemand für die Zeit vom 10.—25. Juli oder ab 10. Juli auf 15 Tage (also für eine bestimmte Frist) ein Zimmer für Urlaubszwecke „bestellt“ oder wenn ein Polizeibeamter für die gleiche Zeit Urlaub hat, so ist klar, daß der 10. Juli als erster Tag mitgerechnet wird, weil hier — nach Abs. 2 — der Beginn eines Tages und nicht ein Ereignis wie in den Fällen des Abs. 1 oder bei dem Lebensalter) der für den Anfang einer Frist maßgebende Zeitpunkt ist.

Bei der Darstellung des Fundrechts wäre es zweckmäßig gewesen, im Zusammenhang mit dem Unterschied zwischen „gestohlenen“ und „verlorenen“ Sachen (S. II 282) darauf hinzuweisen, daß auch solche Sachen als verloren anzusehen sind (und daher von einem Dritten gefunden werden können), die der Dieb — etwa bei der Verfolgung — verloren oder weggeworfen hat. Hierher gehört auch der Fall des Stehenlassens eines gestohlenen Fahrrads oder Pkw auf öffentlichen Wegen. Diese Frage ist für Polizeibeamte besonders wichtig. In der Praxis wird der Finder z. B. eines gestohlenen (und vom Dieb an einer entlegenen Stelle abgestellten) Fahrrads bei der Ablieferung an die Polizeibehörde mitunter — zu Unrecht — dahin befehrt, das Fahrrad sei „gestohlen“ und könne daher nicht als Fundsache behandelt werden. Ebenso ist es für den Polizeibeamten wichtig zu wissen, welche Vorschriften des Fundrechts öffentlich-rechtlicher Natur sind. H. deutet dies nur an. So ist z. B. auch der Anspruch des Finders gegen die Polizeibehörde auf Herausgabe einer abgelieferten Fundsache nach Ablauf der in § 973 Abs. 1 BGB bestimmten Frist öffentlich-rechtlicher Natur und kann daher vor den Verwaltungsgerichten — und nicht etwa vor den ordentlichen Gerichten — geltend gemacht werden (s. dazu VGH Bremen, DVBl. 1956, 628 ff.).

Verwaltungsgerichtsdirektor Dr. Fuhr

**Lexikon des Nebenstrafrechts.** Gesamtübersicht über die Straftatbestände außerhalb des StGB und über das Ordnungswidrigkeitenrecht. Herausgegeben von Landgerichtsrat Dr. Erich Göhler, Regierungsamtmann Hans Buddendiek und Regierungsamtmann Karl Lenzen, sämtliche im Bundesjustizministerium. 1963. 304 Seiten 8°. In Leinen DM 21.50 (Vorzugspreis für Bezahler von Erbs, Strafrechtliche Nebengesetze DM 17.50) Verlag C. H. Beck, München und Berlin.

Die überwiegende Menge der mit Straf- oder Bußgeldandrohungen versehenen und an den Staatsbürger gerichteten Gebote und Verbote befindet sich in außerhalb des Strafgesetzbuches kodifizierten Vorschriften. Sie sind — auch abgesehen von ihrer Anzahl — denjenigen, an die sie sich richten, nicht so bekannt wie die im allgemeinen mehr in Rede stehenden Vorschriften des Strafgesetzbuches. Um so dringender ist das Bedürfnis, ein Hilfsmittel zur Hand zu haben, um sich im Bedarfsfall schnell und zuverlässig unterrichten zu können. Diesem Zweck dient das vorliegende Lexikon des Nebenstrafrechts.

Das Lexikon stellt keine Textsammlung dar, es soll den Suchenden vielmehr nur zur Fundstelle führen, wobei er aber zugleich auch über den wesentlichen Inhalt der Straf- oder Bußgeldvorschrift unterrichtet wird. Unter Fundstelle sind dabei außer der amtlichen Fundstelle (Reichsgesetzblatt, Bundesgesetzblatt) auch die bekannten Textsammlungen (z. B. „Schönfelder“, „Satorius“) und Kommentare zu verstehen.

Die Übersicht erstreckt sich auf das gesamte Bundesrecht und auf das bundeseinheitlich geltende Landesrecht, wobei die Ergebnisse der Bereinigung und Sammlung des Bundesrechts (Bundesgesetzblatt Teil II) berücksichtigt werden, obwohl das Abschlußgesetz noch aussteht.

Die Verfasser haben im Interesse der Mehrzahl der Benutzer des Lexikons, der nicht an systematischer Zusammenfassung der Gesetze sondern an schneller Orientierungsmöglichkeit gelegen ist, die Gesetze und die Stichwörter, die sich aus den Tatbeständen und den strafrechtlich sonst bedeutsamen Vorschriften ergeben, alphabetisch zusammengefügt. Die Hauptstichwörter sind mit Randnummern versehen, die über diese dann zu den in Betracht kommenden (inhaltlich kurz dargestellten) Gesetzesvorschriften führen. So führen z. B. das Stichwort „Seuchen“ über die Randnummer 163 zum Bundes-Seuchengesetz, über die weitere Randnummer 665 zum Rinderpestgesetz und über die Randnummer 880 zum Vienseuchengesetz, das Stichwort „Gewässer“ über die Randnummer 904 zum Wasserhaushaltsgesetz oder das Stichwort „Freibankfleisch“ über die Randnummer 275 zum Fleischbeschaugesetz. Für das Nebenstrafrecht besonders bedeutsame Begriffe (z. B. Blankettvorschrift, fahrlässige Begehung, Mischtatbestand) sind kurz erläutert.

Das im Verlag Beck herausgebrachte Lexikon des Nebenstrafrechts hat Bedeutung und Nutzen für praktisch jeden Staatsbürger. Als wertvolles Hilfsmittel im eingangs genannten Sinn wird es insbesondere für Verwaltungsbeamte, Richter, Anwälte und alle übrigen des öfteren mit Fragen aus dem Nebenstrafrecht befaßte Personen zu werten sein. Es kann ohne Einschränkung empfohlen werden.

Oberregierungsrat Dr. Seeger

**Tabellen zum Bundes-Angestelltentarifvertrag (BAT)** (Bund, Länder, Gemeinden) 24. Auflage, Stand der Gesetzgebung 1. 6. 1963, gültig ab 1. 4. 1963. Umfang 228 Seiten DIN A5, auf Karton, DM 13.20. Verlag für Verwaltungspraxis Franz Rehm KG, München 5, Rumfordstr. 21.

Rückwirkend zum 1. 4. 1963 sind die Grundvergütungen der Angestellten durch den Vergütungstarifvertrag Nr. 3 zum BAT vom 17. Mai 1963 erhöht worden. Damit wird eine Neufestsetzung der Bezüge sämtlicher Angestellten notwendig. Im Tabellenteil wurde dieser Vergütungsvertrag bereits berücksichtigt, so daß die neuen Grundvergütungen sofort abgelesen werden können. Außerdem hat der Sechste TV zur Änderung des BAT vom 19. 6. 1963 eine Neugruppierung des gesamten Krankenpflegepersonals zur Folge. Die Tabellen werden also wie bisher bei der zeitraubenden und schwierigen Neuberechnung und Festsetzung der tariflichen Bezüge gute Dienste leisten. Die ausführlichen Erläuterungen der tariflichen Bestimmungen bilden einen bewährten Wegweiser durch das Tarifrecht der Angestellten. Einer besonderen Empfehlung bedarf dieses Tabellenwerk, das sich durch Jahre hindurch in 23 Auflagen im ganzen Bundesgebiet bestens bewährt hat, nicht mehr.

Amtsrat Mahlmann

**Tabellen zum Manteltarifvertrag für Arbeiter der Länder (MTL).**

11. Auflage, Stand der Gesetzgebung 1. Juni 1963, Umfang 224 Seiten, DIN A5, auf Karton gedruckt, DM 13.20, Verlag für Verwaltungspraxis Franz Rehm KG, München 5, Rumfordstr. 21.

Die durch den Länderlohntarifvertrag Nr. 8 vom 17. Mai 1963 eingetretenen Erhöhungen der Löhne der Arbeiter der Länder machten eine Neuauflage der inzwischen vergriffenen Tabellen zum MTL notwendig.

Die vollständig überarbeitete Ausgabe bringt in systematischer Gliederung die Tarifbestimmungen der Lohnempfänger der Staatsverwaltungen. Die Sonderregelungen der einzelnen Länder, soweit sie noch fortbestehen, wurden als solche gekennzeichnet und eingearbeitet. Daneben enthält das Tabellenwerk das Lohngruppenverzeichnis sowie die Lohn Tabellen der ab 1. 4. 63 geltenden Löhne. Ein eigener Abschnitt über die Zusatzversorgung und der Beitragstabellen hierzu bildet eine praktische Ergänzung zu diesem Buch.

Der besondere Vorteil des Werkes liegt darin, daß durch eine straffe Zusammenfassung der sonst schwer zu überblickenden Vorschriften ein rasches Auffinden der einschlägigen Bestimmungen ermöglicht wird. Die seit Jahren in der Praxis bewährten Tabellen werden für alle mit dem Tarifrecht und den Lohnberechnungen befaßten Dienststellen ein wertvolles Hilfsmittel sein und können daher zum Bezug bestens empfohlen werden.

Amtsrat Mahlmann

**Strafrechtliche Nebengesetze** herausgegeben von Bundesanwalt Dr.

Max Kohlhaas. Bearbeitet von Georg Erbs, Landesgerichtsrat; Dr. Max Kohlhaas, Bundesanwalt; Dr. Albert Lorz, Oberstaatsanwalt; Christian Mayr, Bundesrichter; Dr. Gerhard Potrykus, Amtsgerichtsdirektor; Walter Zipfel, Landgerichtsrat. 12. Ergänzungslieferung. 786 Seiten Dünndruckpapier, 8°. In Schlaufe 37,50 DM. Grundwerk mit 1.—12. Ergänzungslieferung. Rund 5050 Seiten 8°. In Leinenordnern DM 95.—. Verlag C. H. Beck, München und Berlin.

Der Loseblatt-Kommentar „Strafrechtliche Nebengesetze“ von Erbs-Kohlhaas bringt eine eingehende Kommentierung der außerhalb des Strafgesetzbuches mit Straf- oder Bußgeldandrohungen versehenen Verbotsbestimmungen und der mit diesen Bestimmungen im Zusammenhang stehenden Vorschriften. Im Staatsanzeiger ist des öftern auf diesen für die Praxis des Strafjuristen, des Polizeibeamten, der Verwaltungsbeamten allgemein und auch der Gewerbetreibenden bedeutsamen Kommentar und seine bisherigen Ergänzungslieferungen hingewiesen worden.

Um denjenigen, denen der Umfang der im Kommentar erläuterten nebenstrafrechtlichen Sachgebiete unbekannt ist, einen kurzen Überblick zu vermitteln, seien nur auszugs- und beispielsweise folgende Sachgebiete angeführt: Abgaben (z. B. Reichsabgabenordnung, Zollgesetz), Arbeitsschutz und Sozialrecht (z. B. Arbeitszeitgesetz, Mutterschutzgesetz), Gesundheitswesen (z. B. Arzneimittelgesetz, Betäubungsmittelgesetz, Bundes-Seuchengesetz, Krankenpflegegesetz, Geschlechtskrankheitengesetz), Jagd und Fischerei, Jugendschutz, Lebensmittelrecht (z. B. Lebensmittelgesetz, Milchgesetz, Weinggesetz, Fleischbeschaugesetz), Naturschutz. Öffentliche Ordnung und Sicherheit (z. B. Atomgesetz, Bundesfernstraßengesetz, Postgesetz, Wasserhaushaltsgesetz), Tierschutz, Wehrwesen, Wirtschaft (z. B. Aktiengesetz, Börsengesetz, Gaststättengesetz, GmbH-Gesetz, Ladenschlußgesetz, Konkursordnung, Seemannsgesetz, usw.).

Diese auszugs- und beispielsweise Aufzählung der erläuterten Sachgebiete nebenstrafrechtlicher Vorschriften konnte im Rahmen einer Besprechung nur sehr kurz sein, handelt es sich doch um insgesamt über mehr als 200 Vorschriften. Mit der 12. Ergänzungslieferung wird der Sammlung eine Reihe neuerer Gesetze eingefügt, u. a. das Kriegswaffen-Kontrollgesetz, das neugefaßte Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften, das Bundesleistungsgesetz, das Gesetz über den zivilen Ersatzdienst. Einige ältere Vorschriften wurden nachgetragen, so z. B. das Schwerbeschädigtengesetz und das Flurbereinigungsgesetz. Die ganze Sammlung wurde gleichzeitig auf den jüngsten Stand gebracht.

Oberregierungsrat Dr. Seeger

Die hier besprochenen Bücher können durch den Verlag Kultur und Wissen GmbH, Abt. Buchvertrieb, Wiesbaden, Herrnmühlgasse 11A, zu Originalpreisen bezogen werden.

2280

## Haushaltsrechnung des Hessischen

## I. Betriebsrechnung

	1 Ist
	DM
<b>Einnahmen</b>	
Vortrag des Betriebsüberschusses .....	3.874,82
Teilnehmergebühren Tonfunk .....	26.820.254,62
Teilnehmergebühren Fernsehen .....	18.674.896,24
Einnahmen aus öffentlichen Veranstaltungen .....	141.116,30
Einnahmen aus Kostenerstattungen .....	4.686.128,10
Einnahmen aus Beteiligungen (nach Abzug der damit zusammenhängenden Ertragsteuer von DM 2 804 332,-) .....	4.985.477,06
Sonstige betriebliche Erträge .....	305.685,41
Außerordentliche Erträge .....	144.315,13
Zinseinnahmen .....	997.098,51
Skontoeinnahmen .....	99.123,87
Entnahme aus der Rücklage .....	—
	56.857.970,06
<b>Ausgaben</b>	
Personalkosten .....	21.311.539,90
Honorare, Urhebervergütungen, Materialleihgebühren, Lizenzen, Kosten der Tagesschau und der Eurovision .....	14.598.599,82
Verschiedene Betriebskosten der Gruppe Sendung .....	2.172.591,22
Verschiedene Betriebskosten der Gruppe Technik .....	1.738.694,01
Verschiedene Betriebskosten der Fahrbereitschaft und der Betriebswerkstätten .....	428.931,31
Geschäftsbedürfnisse, Werbung, Post- und Transportkosten .....	1.417.117,50
Reisekosten, Fahrgelderstattungen, Umzugskosten und Trennungsschädigungen für Angestellte, Fahrzeugmieten und vertragliche Kilometer-Vergütungen .....	794.627,30
Revisions-, Beratungs-, Rechts-, Gerichts- und Patenkosten, Steuern, Versicherungskosten .....	176.094,49
Kosten der Energieversorgung, der Grundstücksbewirtschaftung und Inventarstandhaltung .....	3.056.243,97
Verschiedene sonstige Kosten .....	1.265.413,78
Sonstige Aufwendungen, Zuweisung zu Kapital und Rücklagen .....	9.897.390,03
	726,23
<b>Betriebsüberschuß</b>	56.857.970,06



# Rundfunks für das Geschäftsjahr 1962

2 Haushaltsplan	3 Nachträge	4 Gesamtes Haushaltssoll	5 Unterschied der Spalte 1 zur Spalte 4 mehr weniger	
DM	DM	DM	DM	DM
—	—	—	3.874,82	—
26.500.000,—	130.000,—	26.630.000,—	190.254,62	—
16.200.000,—	2.270.000,—	18.470.000,—	204.896,24	—
100.000,—	—	100.000,—	41.116,30	—
2.500.000,—	1.300.000,—	3.800.000,—	886.128,10	—
5.000.000,—	400.000,—	5.400.000,—	—	414.522,94
150.000,—	50.000,—	200.000,—	105.685,41	—
25.000,—	70.000,—	95.000,—	49.315,13	—
750.000,—	200.000,—	950.000,—	47.098,51	—
75.000,—	—	75.000,—	24.123,87	—
—	1.730.000,—	1.730.000,—	—	1.730.000,—
51.300.000,—	6.150.000,—	57.450.000,—	1.552.493,—	2.144.522,94
			<u>592.029,94</u>	
20.873.000,—	1.100.000,—	21.973.000,—	—	661.460,10
13.315.000,—	1.400.000,—	14.715.000,—	—	116.400,18
2.565.000,—	200.000,—	2.765.000,—	—	592.408,78
1.620.000,—	250.000,—	1.870.000,—	—	131.305,99
435.000,—	60.000,—	495.000,—	—	66.068,69
1.385.000,—	100.000,—	1.485.000,—	—	67.882,50
708.000,—	120.000,—	828.000,—	—	33.372,70
240.000,—	—	240.000,—	—	63.905,51
2.894.000,—	520.000,—	3.414.000,—	—	357.756,03
1.383.000,—	—	1.383.000,—	—	117.586,22
5.882.000,—	2.400.000,—	8.282.000,—	1.615.390,03	—
—	—	—	726,73	—
51.300.000,—	6.150.000,—	57.450.000,—	1.616.116,76	2.208.146,70

592.029,94

# Hessischer

## II. Investitionsrechnung 1962

	1 Ist	2 Haushaltsreste
	DM	DM
<b>Einnahmen</b>		
Bestand an Investitionsmitteln zum 1. Januar 1962 .....	13.533.964,85	—
Mittel aus Anlagenabschreibungen .....	5.527.103,77	—
Mittel aus Anlagenabgängen .....	75.688,09	—
Mittel aus Rückflüssen gewährter Darlehen, Hypotheken, Grundschulden und Wertpapieren .....	584.027,85	—
Mittel aus Zuweisung zum Eigenkapital .....	2.229.000,—	—
Mittel aus Erhöhung der Rückstellung für Altersversorgung .....	2.495.808,—	—
Mittel aus verbrauchten Filmrechten .....	300.660,32	—
	24.746.252,88	—
<b>Ausgaben</b>		
Bebaute Grundstücke mit		
a) betrieblich genutzten Baulichkeiten .....	1.232.835,40	760.157,57
b) nicht betrieblich genutzten Baulichkeiten .....	580.683,15	39.316,85
Technische Geräte, Maschinen und stationäre technische Anlagen .....	3.646.316,31	3.096.134,97
Betriebs- und Geschäftsausstattung und Kraftfahrzeuge .....	892.545,90	203.364,30
Im Bau befindliche Anlagen		
Neues Fernsehstudio .....	4.592.747,20	3.633.640,68
Erfrischungsraum .....	—	220.000,—
Kassel, Am Rammelsberg .....	—	100.000,—
Sendergebäude Rimberg .....	150.282,26	628.085,24
Sendergebäude Fulda .....	—	15.000,—
UKW-Sender Rimberg .....	508.132,80	23.867,20
Fernseh-Umsetzer-Technik .....	190.351,16	34.081,65
Fernsehsender Rimberg .....	956.207,34	719.809,92
Ausbau technischer Fahrzeuge .....	431.547,85	14.000,—
Nutzungsrechte .....	53.313,33	19.000,—
Darlehenshingabe .....	252.571,82	153.195,03
Darlehensstilgung .....	30.760,—	—
Filmrechte .....	450.000,—	901.544,—
Erhöhung der Vorräte .....	116.760,95	100.000,—
	14.085.055,47	10.661.197,41
<b>Vorträge auf das folgende Geschäftsjahr</b>		
Haushaltsreste .....	10.661.197,41	
	24.746.252,88	

# Rundfunk

3 Summe	4 Haushaltsplan	5 Nachträge	6 Haushaltsreste aus dem Vorjahr	7 Gesamtes Haushaltssoll	8 Unterschied der Spalte 3 zum gesamten Haushaltssoll (Spalte 7)	
					mehr	weniger
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
13.533.964,85	—	—	13.533.964,85	13.533.964,85	—	—
5.527.103,77	5.587.000,—	70.000,—	—	5.657.000,—	—	129.896,23
75.688,09	10.000,—	—	—	10.000,—	65.688,09	—
584.027,85	500.000,—	—	—	500.000,—	84.027,85	—
2.229.000,—	—	2.330.000,—	—	2.330.000,—	—	101.000,—
2.495.808,—	1.850.000,—	800.000,—	—	2.650.000,—	—	154.192,—
300.660,32	350.000,—	—	—	350.000,—	—	49.339,68
<u>24.746.252,88</u>	<u>8.297.000,—</u>	<u>3.200.000,—</u>	<u>13.533.964,85</u>	<u>25.030.964,85</u>	<u>149.715,94</u>	<u>434.427,91</u>
					<u>284.711,97</u>	
1.992.992,97	506.000,—	—	1.551.179,83	2.057.179,83	—	64.186,86
620.000,—	—	620.000,—	—	620.000,—	—	—
6.742.451,28	3.712.000,—	403.000,—	2.791.276,90	6.906.276,90	—	163.825,62
1.095.910,20	637.000,—	40.000,—	446.349,81	1.123.349,81	—	27.439,61
8.226.387,88	2.292.000,—	—	5.934.387,88	8.226.387,88	—	—
220.000,—	—	220.000,—	—	220.000,—	—	—
100.000,—	—	100.000,—	—	100.000,—	—	—
778.367,50	250.000,—	165.000,—	363.367,50	778.367,50	—	—
15.000,—	15.000,—	—	—	15.000,—	—	—
532.000,—	—	6.000,—	526.000,—	532.000,—	—	—
224.432,81	100.000,—	50.000,—	74.432,81	224.432,81	—	—
1.676.017,26	—	152.000,—	1.524.017,26	1.676.017,26	—	—
445.547,85	223.000,—	182.000,—	51.000,—	456.000,—	—	10.452,15
72.313,33	31.000,—	12.000,—	39.000,—	82.000,—	—	9.686,67
405.766,85	400.000,—	—	7.350,72	407.350,72	—	1.583,87
30.760,—	31.000,—	—	—	31.000,—	—	240,—
1.351.544,—	—	1.150.000,—	201.544,—	1.351.544,—	—	—
216.760,95	100.000,—	100.000,—	24.058,14	224.058,14	—	7.297,19
<u>24.746.252,88</u>	<u>8.297.000,—</u>	<u>3.200.000,—</u>	<u>13.533.964,85</u>	<u>25.030.964,85</u>	<u>—</u>	<u>284.711,97</u>
					<u>284.711,97</u>	

# Vermögensrechnung des Hessischen

## Aktiva

### I. Aktiva, deren Veränderungen in der Investitionsrechnung nachgewiesen werden

#### Anlagevermögen

Bebaute Grundstücke mit betrieblich genutzten Baulichkeiten .....

Stand am 1. 1. 1962 DM	Zugang U = Umbuchungen DM	Abgang DM	Abschreibungen S = Sonder- abschreibungen DM	Stand am 31. 12. 1962 DM
------------------------------	---------------------------------	--------------	---	--------------------------------

34.015.689,03	1.232.835,40 U 2.692.549,46	20.970,—	997.170,25 S 3.359,02	36.919.574,62
---------------	--------------------------------	----------	--------------------------	---------------

Bebaute Grundstücke mit nicht betrieblich genutzten Baulichkeiten .....

—	580.683,15	—	3.777,46 S 54.876,79	522.028,90
---	------------	---	-------------------------	------------

Unbebaute Grundstücke .....

3.040,—	—	3.040,—	—	—
---------	---	---------	---	---

Maschinen und maschinelle Anlagen ....

10.899.157,67	3.646.316,31 U 2.415.256,76	46.618,94 U 342.472,—	3.820.254,58	12.751.385,22
---------------	--------------------------------	--------------------------	--------------	---------------

Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung .....

886.806,34	892.545,90 U 455.589,88	5.059,15	609.164,84	1.620.718,13
------------	----------------------------	----------	------------	--------------

Im Bau befindliche Anlagen einschließlich Anzahlungen hierauf .....

233.699,25	6.829.268,61	— U 5.220.924,10	—	1.842.043,76
------------	--------------	---------------------	---	--------------

46.038.392,29	13.181.649,37 U 5.563.396,10	75.688,09 U 5.563.396,10	5.430.367,13 S 58.235,81	53.655.750,63
---------------	---------------------------------	-----------------------------	-----------------------------	---------------

Nutzungsrechte .....

64.640,—	53.313,33	—	38.500,83	79.452,50
----------	-----------	---	-----------	-----------

Beteiligungen .....

190.001,—	—	—	—	190.001,—
-----------	---	---	---	-----------

46.293.033,29	13.234.962,70 U 5.563.396,10	75.688,09 U 5.563.396,10	5.468.867,96 S 58.235,81	53.925.204,13
---------------	---------------------------------	-----------------------------	-----------------------------	---------------

Filmrechte .....

1.591.287,60	450.000,—	300.660,32	—	1.740.627,28
--------------	-----------	------------	---	--------------

#### Sonstige langfristige Vermögenswerte

Wertpapiere .....

97,—	—	—	—	97,—
------	---	---	---	------

Hypotheken und Grundschulden .....

590.484,40	62.982,40 U 5.600,—	109.101,82	—	549.964,98
------------	------------------------	------------	---	------------

Sonstige Darlehen .....

663.687,42	189.589,42	474.926,03 U 5.600,—	—	372.750,81
------------	------------	-------------------------	---	------------

Darlehen an Beteiligungsgesellschaft ..

75.350,—	—	—	—	75.350,—
----------	---	---	---	----------

1.329.618,82	252.571,82 U 5.600,—	584.027,85 U 5.600,—	—	998.162,79
--------------	-------------------------	-------------------------	---	------------

Vorräte .....

837.573,44	116.760,95	—	—	954.334,39
------------	------------	---	---	------------

2.167.192,26	369.332,77 U 5.600,—	584.027,85 U 5.600,—	—	1.952.497,18
--------------	-------------------------	-------------------------	---	--------------

50.051.513,15	14.054.295,47 U 5.568.996,10	960.376,26 U 5.568.996,10	5.468.867,96 S 58.235,81	57.618.328,59
---------------	---------------------------------	------------------------------	-----------------------------	---------------

### II. Übrige Aktiva

Forderungen an die Deutsche Bundespost .....

1.688.191,37

Kurzfristige Forderungen an Beteiligungsgesellschaften .....

2.212.836,11

Kassenbestand und Postscheckguthaben .....

161.462,07

Bankguthaben (davon DM 29 000 000,— Termingelder) .....

29.645.003,73

Sonstige Forderungen .....

317.245,31

Posten, die der Rechnungsabgrenzung dienen .....

381.208,27

34.405.946,86

92.024.275,45

Frankfurt am Main, im Mai 1963

HESSISCHER RUNDFUNK  
Anstalt des öffentlichen Rechts  
Der Intendant  
gez. Werner Hess

# Rundfunks zum 31. Dezember 1962

	Stand am 1. 1. 1962 DM	Abgang DM	Zugang DM	Stand am 31. 12. 1962 DM
<b>I. Passiva, deren Veränderungen in der Investitionsrechnung nachgewiesen sind</b>				
Eigenkapital .....	44.610.000,—	—	2.229.000,—	46.839.000,—
Wertberichtigungen .....	200.000,—	—	—	200.000,—
Langfristige Rückstellungen .....	18.552.468,—	473.040,51	2.968.848,51	21.048.276,—
Langfristige Verbindlichkeiten .....	223.010,—	30.760,—	—	192.250,—
	63.585.478,—	503.800,51	5.197.848,51	68.279.526,—

<b>II. Ubrige Passiva</b>				
Rücklagen .....				14.422.000,—
Kurzfristige Rückstellungen .....				7.378.650,81
Verbindlichkeiten auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen .....				1.733.105,92
Sonstige Verbindlichkeiten .....				210.265,99
Posten, die der Rechnungsabgrenzung dienen .....				—
Überschuß .....				726,73

92.024.275,45

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer pflichtmäßigen Prüfung auf Grund des Haushaltsplans, der Nachträge, der Bücher und der Schriften des Hessischen Rundfunks sowie der uns vom Intendanten erteilten Aufklärungen und Nachweise entsprechen das Kas- senwesen, die Buchführung und die Jahresrechnung dem Gesetz über den Hessischen Rundfunk, der Satzung und der Finanzordnung. Die durch Zuweisungen zu den Rücklagen entstandene Haushaltsüberschreitung bedarf noch der Genehmigung des Rundfunkrats.

Frankfurt am Main, den 24. Mai 1963

Deutsche Revisions- und Treuhand-Aktiengesellschaft  
Treuarbeit  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
Steuerberatungsgesellschaft  
gez. Müller  
Wirtschaftsprüfer  
gez. ppa. Schmiedel  
Wirtschaftsprüfer

Der Rundfunkrat des Hessischen Rundfunks hat in seiner Sitzung am 6. 7. 1963 den Jahresabschluß gebilligt, dem Verwaltungsrat und dem Intendanten Entlastung erteilt und die im Bestätigungsvermerk erwähnte Überschreitung genehmigt.

1963

Montag, den 19. August 1963

Nr. 33

## Veröffentlichungen

2281

### Verlust eines Dienstausweises

Der vom Magistrat der Stadt Hanau auf den Namen Gertrud Löwenberger von Schönholtz, Fürsorgerin, ausgestellte Dienstausweis Nr. 102 ist in Verlust geraten und wird hiermit für ungültig erklärt.

645 Hanau (Main), 5. 8. 1963

Der Magistrat der Stadt Hanau

## Gerichtsangelegenheiten

### 2282 Aufgebote

F 6/63 — **Aufgebot:** Frau Johanna Pfeiffer geb. Kaufmann in Burgbracht — vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Blaschke, Büdingen — hat gem. § 927 BGB beantragt, den Dienstknecht Peter Rohrbach II. und dessen Ehefrau Katharine Rohrbach geb. Schneider in Burgbracht, bezüglich des Grundstücks, Grundbuch von Burgbracht, Band I, Blatt 60, Flur I, Nr. 13, Grünland, Unterste Hegäcker, 2,85 Ar, als Eigentümer auszuschließen.

Die Vorgenannten, im Grundbuch als Eigentümer eingetragen, werden aufgefordert, spätestens in dem auf Mittwoch, den 4. Dezember 1963 um 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 10, anberaumten Aufgebotstermin ihre Rechte anzumelden, widrigenfalls ihre Ausschließung erfolgen wird.

647 Büdingen, 8. 8. 1963

Amtsgericht

2283

F 6/63 — **Aufgebot:** Der Landwirt Heinrich Ludwig Kreuzer in Streitberg, Haus Nr. 34, vertreten durch Rechtsanwalt Bleymüller, Wächtersbach, hat das Aufgebot beantragt des für die Ehefrau Margarethe Kreuzer geb. Hensel im Grundbuch von Neuenschmidten, Band VII, Blatt 59, eingetragenen Grundstücks, Flur 1, Flurstück 52, Grünland, Die Höllwiesen, 6,65 Ar.

Die bisherige bzw. jetzige Eigentümerin des Grundstücks wird aufgefordert, ihre Rechte spätestens in dem auf den 16. Oktober 1963, 10.00 Uhr vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebots-termin anzumelden, da sie sonst mit ihren Rechten ausgeschlossen wird.

648 Wächtersbach, 7. 8. 1963

Amtsgericht

### 2284 Güterrechtsregister

#### Neueintragungen

GR 1063 — 19. 7. 63: Rentner Arthur Kallenbach und Ehefrau Martha Kallenbach geb. Lienau, beide in Bad Homburg v. d. H.

Durch notarielle Verträge vom 4. Juni 1963 und 1. Juli 1963 ist der Güterstand der Gütergemeinschaft gemäß §§ 1415 ff. BGB vereinbart.

GR 1064 — 19. 7. 63: Kaufmann Alfred Schreiber und dessen Ehefrau Ilse Schreiber geb. Klein, beide in Bad Bomburg v. d. H.

Durch notariellen Vertrag vom 4. 7. 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 1065 — 29. 7. 63: Willy Straßberger, Schuhmacher, jetzt Dienstmann und Ehefrau Lieselotte Marie Wally Straßberger, verwitwete Tiedemann, geborene Seidenkranz in Bad Homburg v. d. H.

Durch notariellen Vertrag vom 17. Juni 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

638 Bad Homburg v. d. H., 31. 7. 1963

Amtsgericht

2285

#### Neueintragung

GR 175 A: Der technische Angestellte Adolf Schade und dessen Ehefrau Margarete Schade geb. Hinkel in Bad Vilbel, haben durch notariellen Vertrag vom 10. Juli 1963 Gütertrennung vereinbart.

6368 Bad Vilbel, 31. 7. 1963

Amtsgericht

2286

#### Neueintragung

GR 771 — 2. 8. 1963: Der Versicherungs-direktor Erich Wilhelm Kaiser und seine Ehefrau Hannelore Kaiser geb. Würthen, beide in Jugenheim (Bergstr.), haben durch Vertrag vom 22. März 1963 Gütertrennung vereinbart.

614 Bensheim

Amtsgericht

2287

#### Neueintragung

GR 264 — 18. Juli 1963: Eheleute Kaufmann Hartmut Schmidlein und Barbara, geb. Schneider, in Bad Hersfeld, Fritz-Rechberg-Str. 1.

Durch notariellen Vertrag vom 22. Juni 1963 — Urk.-Rolle 86/1963 des Notars Dr. Schröder in Kassel — ist Gütertrennung vereinbart.

643 Bad Hersfeld, 8. 8. 1963

Amtsgericht

2288

GR 996 — 9. Juli 1963: Die Eheleute Dr. Fritz Schöll, Dipl.-Kaufmann und Hildegard Anna Maria, geb. Kabrhel, beide wohnhaft in Darmstadt, haben durch Vertrag vom 28. Februar 1963 Gütertrennung vereinbart.

61 Darmstadt, 6. 8. 1963

Amtsgericht, Abt. 8

2289

#### Neueintragung

21 GR 1873 — 19. 7. 1963: Bezeichnung der Ehegatten: Polizeihauptkommissar Hans Richard Louis Alwin Hoffmann, wohnhaft in Gießen und Luise Emmy Fricka geborene Schmidt, wohnhaft daselbst.

Durch Vertrag vom 11. Juni 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

63 Gießen

Amtsgericht

2290

GR 239: Eheleute Gastwirt Johann Ernst Hujo und Katharine Elisabeth Christine, geb. Gutberlet, in Erdmannrode, Krs. Hünfeld.

Durch Vertrag vom 24. Juni 1963 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Die Ehegatten verwalten das Gesamtgut gemeinschaftlich. Dabei ist für Vorbehaltsgut des Ehemannes erklärt: Der im Grundbuch von Erdmannrode Blatt 142 eingetragene Grundbesitz.

6418 Hünfeld, 6. 8. 1963

Amtsgericht

2291

41 GR 947 — 31. 7. 1963: Udo Gerhard Immig und Ehefrau Inge Emilie, geb. Schlegel, in Großauheim, haben durch Vertrag vom 15. 6. 1963 Gütertrennung vereinbart.

645 Hanau (Main), 7. 8. 1963

Amtsgericht

2292

41 GR 948 — 31. 7. 1963: Gastwirt Ernst Werner Moritz und Helga Martha, geb. Greulich, in Hanau, haben durch Vertrag vom 3. 7. 1963 Gütertrennung vereinbart.

645 Hanau (Main), 7. 8. 1963

Amtsgericht

2293

41 GR 949 — 2. 8. 1963: Der kaufm. Angestellte Klaus Richter und Ehefrau Renate, geb. Mika, in Hanau, haben durch Vertrag vom 4. 6. 1963 Gütertrennung vereinbart.

645 Hanau (Main), 6. 8. 1963

Amtsgericht

2294

GR 262: Schlosser Ernst Büch und Frau Christel Erna Büch, geb. Winkler, aus Oberbeisheim, Krs. Fritzlar-Homberg.

Durch Ehevertrag vom 9. April 1963 ist der gesetzliche Güterstand ausgeschlossen und Gütertrennung vereinbart worden.

3588 Homberg (Bez. Kassel), 22. 7. 1963

Amtsgericht

2295

GR 435 8. August 1963: Regierungsoberinspektor Karl Werner Ristau und Ehefrau Elisabeth Amalie Ristau geb. Drobig, Geschäftsinhaberin, beide wohnhaft in Lauterbach (Hessen), An der Münz 17.

Durch notariellen Vertrag vom 5. Juni 1963 ist Gütertrennung vereinbart worden.

642 Lauterbach (Hessen)

Amtsgericht

2296

#### Neueintragungen

GR 85 — 2. 8. 1963: Ehegatten: Manfred Kress, Konditormeister, in Rommerz (Kreis Fulda) und Agnes, geborene Ackermann.

Durch notariellen Vertrag vom 29. Mai 1963 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Der Ehemann verwaldet das Gesamtgut. Die Gütergemeinschaft wird vom überleben-

den Ehegatten mit den gemeinschaftlichen Abkömmlingen fortgesetzt.

6407 NeuhoF, 5. 8. 1963

**Amtsgericht Fulda  
Zweigstelle NeuhoF**

### 2297

#### Neueintragung

GR 159: Durch Ehevertrag vom 7. November 1962 haben die Eheleute Lektor Dr. Hans-Günther Prescher und Brunhilde geborene Kiebel in Ober-Seemen, Gütertrennung vereinbart.

6474 Ortenberg (Oberhessen), 6. 8. 1963

**Amtsgericht**

### 2298

GR 381 — 25. 7. 1963: Eheleute Johann Fiedler, Kaufmann und Marietta Fiedler geb. Schmidt, Seligenstadt (Hessen), Mittelbeune 22.

Durch Vertrag vom 5. Juli 1963 besteht Gütertrennung.

6453 Seligenstadt

**Amtsgericht**

### 2299

GR 33 2. 8. 1963: Die Eheleute Dekorateur Heinrich Waßmuth und Annemarie Waßmuth geb. Müller in Steinau, Kreis Schlüchtern, Spessartstraße 1, haben vertraglich Gütertrennung vereinbart.

6497 Steinau, 2. 8. 1963

**Amtsgericht**

### 2300

GR 1287 A — 25. 7. 1963: Eheleute Hans Bilger und Frau Hildegard geb. Burandt, Wiesbaden.

Durch Ehevertrag vom 21. Juni 1963 ist der gesetzliche Güterstand vereinbart.

GR 2509 A — 23. 7. 1963: Eheleute Heinrich Knöpp, Polizeiobermeister i. R. und Amalie geb. Schlosser in Wiesbaden-Dotzheim.

Durch Ehevertrag vom 5. Juli 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 2510 A — 29. 7. 1963: Eheleute Klaus Bugdahl, Berufsradsrennfahrer, und Isolde geb. Marchetti, Laborantin, in Wiesbaden.

Durch Ehevertrag vom 1. Juli 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 2511 A — 31. 7. 1963: Eheleute Peter Weber, kaufm. Angestellter, Wiesbaden und Christine geb. Heuser, Verwaltungsangestellte, Wiesbaden-Kloppenheim.

Durch Ehevertrag vom 12. Juli 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 2512 A — 31. 7. 1963: Eheleute Reinhold Wedel, Hotelfachmann und Gerda geb. Henn in Wiesbaden.

Durch Ehevertrag vom 10. Juli 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

62 Wiesbaden, 1. 8. 1963

**Amtsgericht, Abt. 21**

### 2301 Vereinsregister

#### Neueintragung

VR 78 — 6. 8. 1963: Fysiokratische Tat-Christen-Union e. V., Bad Nauheim.

635 Bad Nauheim, 6. 8. 1963 **Amtsgericht**

### 2302

VR 543 — 9. Juli 1963: Geflügelzuchtverein 1900 e. V. Ober-Ramstadt. Sitz: Ober-Ramstadt.

61 Darmstadt, 6. 8. 1963 **Amtsgericht, Abt. 8**

### 2303

VR 64 — 1. 8. 1963: Schäferei-Verein c. V. Friedberg (Hessen) in Freidberg (Hessen).

Die Mitgliederversammlung vom 18. Juli 1963 hat die Auflösung des Vereins beschlossen.

636 Friedberg (Hessen), 1. 8. 1963

**Amtsgericht**

### 2304

#### Neueintragungen

21 VR 406 — 10. 7. 1963: Schützenklub Annerod, Sitz des Vereins ist Annerod.

21 VR 407 — 18. 7. 1963: Verein für Jugend- und Erwachsenenhilfe Gießen und Kirchberg im Diakonischen Werk in Hessen und Nassau e. V.

Sitz des Vereins ist Gießen.

#### Veränderungen

2 VR 333 — 8. 8. 1963: Erster Ziegenzuchtverein Gießen, Gießen.

Der Verein ist durch Beschluß der Mitgliederversammlung vom 20. Oktober 1962 aufgelöst.

63 Gießen

**Amtsgericht**

### 2305 Vergleiche — Konkurse

#### Beschluß

4 N 17/62: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma P. & M. Bünau in Bensheim, Hauptstraße 5/7.

Die Schlußverteilung wird genehmigt. Schlußtermin wird bestimmt auf: Mittwoch, den 2. Oktober 1963 um 15.00 Uhr, Zimmer 203 (Altbau).

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke.

Die Vergütung des Konkursverwalters wird auf 400,— DM (in Worten: Vierhundert Deutsche Mark), seine Auslagen werden auf 65,30 DM (in Worten: Fünfundsechzig <sup>30</sup>/<sub>100</sub> Deutsche Mark festgesetzt.

614 Bensheim, 29. 7. 1963

**Amtsgericht**

### 2306

61 VN 3/63: Im Konkursverfahren über das Vermögen der Borgward-Verkaufsgesellschaft mbH., Darmstadt, vertreten durch ihren Liquidator, Kaufmann Gisbert Wacker, Darmstadt, Heidelberger Str. 191, wird heute, am 12. August 1963 um 12 Uhr das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet, da der Schuldner zahlungsunfähig ist, einen den §§ 3 ff. der Vergleichsordnung entsprechenden Antrag gestellt hat und das Gericht in Übereinstimmung mit der zuständigen Berufsvertretung auch die sonstigen Voraussetzungen für die Eröffnung des Verfahrens als vorliegend erachtet.

Der Rechtsanwalt Dr. Gerhard Mittelstädt, Darmstadt, Hülgelstraße 47, wird zum Vergleichsverwalter ernannt. Ein Gläubigerbeirat wird nicht bestellt.

Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag wird auf Donnerstag, den 26. September 1963 um 9.00 Uhr vor dem

Amtsgericht Darmstadt, Mathildenplatz 12, Saal 418, anberaumt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, ihre Forderungen alsbald anzumelden. Die gemäß Beschluß vom 19. Juni 1963 erteilten Verfügungsbeschränkungen werden aufrechterhalten.

61 Darmstadt, 12. 8. 1963

**Amtsgericht, Abt. 61**

### 2307

61 N 44/63 — Konkursverfahren: Über das Vermögen des Georg Fischbach, Inhaber der Firma Möbel-Fischbach in Griesheim b. D., Bessunger Str. 17, wird heute, am 2. August 1963 um 12 Uhr Konkurs eröffnet, da der Schuldner zahlungsunfähig ist.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. Mittelstädt, Darmstadt, Hülgelstraße 47, Telefon 7 03 40.

Konkursforderungen sind bis zum 30. September 1963 beim Gericht in doppelter Ausfertigung anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: 14. Oktober 1963 um 10 Uhr vor dem Amtsgericht in Darmstadt, Mathildenplatz 12, I. Stock, Zimmer 510.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 30. 9. 1963 anzeigen.

61 Darmstadt, 2. 8. 1963

**Amtsgericht, Abt. 61**

### 2308

#### Beschluß

5 N 5/63: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Holzbearbeitungswerk Heppner KG in Dillenburg, wird für die Dauer des Urlaubs des Konkursverwalters Rechtsanwalt Hylko Fromme vom 8. August bis 26. August 1963 Rechtsanwalt Dr. Bruns, Dillenburg, zum Sonderkonkursverwalter bestellt.

634 Dillenburg, 12. 8. 1963

**Amtsgericht**

### 2309

6 N 8/61 — Konkursverfahren: In dem Anschlußkonkursverfahren über das Vermögen der Geho-Strickwarenfabrik Henning und Hohlbein, Waldkappel, wird zur Verhandlung und Abstimmung über den von der Gemeinschuldnerin gemachten Vorschlag zu einem Zwangsvergleiche, zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen, zur Anhörung über die Gewährung einer Vergütung an die Gläubigerausschußmitglieder und zur Abnahme der Schlußrechnung, Termin auf den 2. Oktober 1963, um 9 Uhr, vor dem Amtsgericht in Eschwege, Bahnhofstraße 30, Zimmer 121, anberaumt.

Der Vergleichsvorschlag und die Erklärung des Gläubigerausschusses sind auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

344 Eschwege, 1. 8. 1963

**Amtsgericht**

**2310**

81 N 182/63: Das Konkursverfahren über den Nachlaß des am 10. 3. 1963 verstorbenen Herrn Jakob Happel, zuletzt wohnhaft in Frankfurt (Main), Voelckerstr. 9 ist gemäß § 204 KO eingestellt.

Vergütung des Verwalters 100,— DM.

6 Frankfurt (Main), 8. 8. 1963

Amtsgericht, Abt. 81

**2311**

50 (17) N 13/55: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der offenen Handelsgesellschaft in Firma Kasseler Fahrzeugbau Knöss & Co., Kassel-Bettenhausen, Lilienthalstraße 3, ist zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis, zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke, der Schlußtermin auf den 18. September 1963 um 15.00 Uhr vor dem Amtsgericht Kassel, Eugen-Richter-Str. 4, Zimmer 96, bestimmt.

Die Vergütung des Konkursverwalters ist auf 1600,— DM, seine Auslagen sind auf 95,— DM festgesetzt.

35 Kassel, 5. 8. 1963

Amtsgericht

**2312**

7 VN 2/63 — Vergleichsverfahren: Der Fleischkaufmann Werner Esselborn, Alleinhhaber der Firma Werner Esselborn, Fleischimport in Offenbach (Main), Schlachthof, Buchhügelallee, hat durch einen am 8. August 1963 eingegangenen Antrag die Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses über sein Vermögen beantragt.

Vorläufiger Vergleichsverwalter: Gerichtstaxator Carl Polkin, Offenbach (Main), Frankfurter Str. 56—62, Telefon: Nr. 8 25 94.

An den Schuldner wurde ein vorläufiges Veräußerungsverbot gemäß § 59 ff VerglO erlassen. Dem vorläufigen Vergleichsverwalter stehen die in § 57 VerglO vorgesehenen Befugnisse zu.

605 Offenbach (Main), 9. 8. 1963

Amtsgericht, Abt. 7

**2313**

7 N 44/63 — Konkursverfahren: Über das Vermögen des Ewald Rollberg, Fuhr- und Baggerbetrieb in Offenbach (Main), Geleisstraße 79, wurde am 9. August 1963 um 12.30 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Konkursverwalter: Carl Polkin, Offenbach (Main), Frankfurter Straße 56—62.

Konkursforderungen sind bis zum 25. September 1963 unter Angabe des Betrages und des Grundes der Forderungen mit den bis zum Tage der Konkursöffnung errechneten Zinsen zweifach anzumelden.

Erste Gläubigerversammlung mit der Tagesordnung der §§ 110, 132, 134 und 137 KO und Prüfungstermin: Mittwoch, den 2. Oktober 1963 um 10.00 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Kaiserstraße 16, 1. Stock, Zimmer 37.

Offener Arrest und Anzeigepflicht bis 25. September 1963.

605 Offenbach (Main), 9. 8. 1963

Amtsgericht, Abt. 7

**2314**

7 N 52/63 — Konkursverfahren: Über das Vermögen des Karl Heinz Löber, Heizungsanlagen, Offenbach (Main), Karlstraße 3, wurde am 9. August 1963 um 12.20 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt L. Montag, Offenbach (Main), Kaiserstr. 11.

Konkursforderungen sind bis zum 25. September 1963 unter Angabe des Betrages und des Grundes der Forderungen mit den bis zum Tage der Konkursöffnung errechneten Zinsen zweifach anzumelden.

Erste Gläubigerversammlung mit der Tagesordnung der §§ 110, 132, 134 und 137 KO und Prüfungstermin: Mittwoch, den 2. Oktober 1963 um 11.00 Uhr vor dem unterzeichneten Gericht, Kaiserstraße 16, 1. Stock, Zimmer 37.

Offener Arrest und Anzeigepflicht bis 25. September 1963.

605 Offenbach (Main), 9. 8. 1963

Amtsgericht, Abt. 7

**2315**

N 1/1957: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der 1. Elisabeth Rühl geb. Reinhardt, Witwe, Groß-Felda, 2. Lina Golde geb. Reinhardt, daselbst — N 1/1957 des Amtsgerichts Ulrichstein — stehen zur Verteilung an die nichtbevorrechtigten Gläubiger, deren Forderungen sich auf insgesamt 21 413,29 DM belaufen, 1365,10 DM zur Verfügung, so daß sich eine Konkursquote von 6,35% ergibt, die bereits an die einzelnen Gläubiger überwiesen worden ist.

Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Ulrichstein niedergelegt.

6479 Schotten, 2. 8. 1963

Der Konkursverwalter  
Buss  
Rechtsanwalt

**2316**

3/58: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Frau Wilhelmine Tappe in Idstein (Taunus) — Amtsgericht Idstein N 3/58 — ist das Schlußverzeichnis auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Idstein zur Einsicht niedergelegt.

Die zu verteilende Masse beträgt 18 297,38 DM. Die Summe der angemeldeten nichtbevorrechtigten Forderungen lautet auf 22 701,47 DM.

Die Gläubiger erhalten eine Konkursquote von 80,6%.

62 Wiesbaden, 1. 8. 1963

Der Konkursverwalter  
F. W. Böhlend  
Rechtsanwalt u. Notar

**2317**

N 2/58: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Jean & Adolf Tappe in Idstein (Taunus) — Amtsgericht Idstein N 2/58 — ist die Schlußrechnung auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Idstein zur Einsicht niedergelegt.

Eine zu verteilende Masse ist nicht vorhanden.

Die nichtbevorrechtigten Konkursgläubiger erhalten keine Konkursquote.

62 Wiesbaden, 1. 8. 1963

Der Konkursverwalter  
F. W. Böhlend  
Rechtsanwalt u. Notar

**Zwangsversteigerungen**

**Sammelbekanntmachung.** Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bleiben auffordert, und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt, und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, sobald spätestens zwei Wochen vor dem Termin eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

**2318**

K 2/63: Grundbuch von Würzburg/Odw. Band V Blatt 276.

**Beschluß**

Der Beschluß vom 25. 6. 1963 wird dahingehend berichtigt, daß eine Bietgenehmigung zur Abgabe von Geboten im Termin am 3. 10. 1963 nicht erforderlich ist.

612 Michelstadt, 5. 8. 1963 Amtsgericht

**2319**

84 K 16/63: Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll das im Grundbuch von Frankfurt (Main) Bezirk 21. Band 17, Blatt 666, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Frankfurt am Main, Flur 329, Flurstück 451/7, Hof- und Gebäudefläche Richard-Wagner-Straße 57 und Rat-Beil-Straße 55, Größe 2,87 Ar, am 30. Oktober 1963 um 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7—11, Zimmer 507, V. Stock, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 26. 4. 1963 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): 1. Kaufmann Georg Ferdinand Walter Hofmeister zur ideellen Hälfte, 2. Architekt Rudolf Ludwig Hofmeister, 3. Techniker Hans Lothar Hofmeister, 4. August Ferdinand Hofmeister, sämtlich in Frankfurt (Main) — zu 2—4 zur ideellen Hälfte in ungeteilter Erbengemeinschaft.



Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf DM 194 000,—.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6 Frankfurt (Main), 6. 8. 1963

Amtsgericht, Abt. 84

### 2320

84 K 30/63: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Frankfurt (Main), Bezirk 32, Band 71, Blatt Nr. 2774, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Frankfurt (Main), Flur 537, Flurstück 29/1, Paul-Ehrlich-Str. Nr. 24, Hof- und Gebäudefläche, 5,42 Ar groß, am 6. November 1963, um 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Frankfurt (M.), Große Friedberger Str. 7—11, Zimmer 215, II. Stock, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 16. Mai 1963 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Diplom-Volkswirt Rudolf Hoffmann in Heppenheim a. d. B. Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf DM 235 000,—.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6 Frankfurt (Main), 6. 8. 1963

Amtsgericht, Abt. 84

### 2321

84 K 29/63: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Frankfurt (Main), Bezirk Bockenheim, Band 63, Blatt 2471, eingetragene Grundstück, lfd. Nr. 1, Gemarkung Bockenheim, Flur B Flurstück 166, Hof- und Gebäudefläche, Fleischerstraße 5, Größe 1,75 Ar, am 6. November 1963 um 9.30 Uhr im Gerichtsgebäude Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7—11, Zimmer Nr. 507, V. Stock, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 15. Mai 1963 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Landwirt Lorenz Friedrich und dessen Ehefrau Emma Friedrich geb. Ebert in Bergtheim (Unterfranken) je zur ideellen Hälfte.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 35 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6 Frankfurt (Main), 8. 8. 1963

Amtsgericht, Abt. 84

### 2322

84 K 3/63: Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll das im Grundbuch von Frankfurt (Main), Bezirk 15, Band 29, Blatt 1144, eingetragene Grundstück, lfd. Nr. 1, Gemarkung Frankfurt (Main), Flur 182, Flurstück 76/7, Hof- und Gebäudefläche, Rottweiler Straße 12, Größe 3,61 Ar, am 13. November 1963 um 9 Uhr im Gerichtsgebäude Frankfurt (Main), Friedberger Straße 7—11, Zimmer 507, V. Stock, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 11. Februar 1963 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): 1. Kurt Robert Nagengast, 2. Witwe Maria Nagengast geb.

Horvath, beide wohnhaft in Frankfurt (Main) in ungeteilter Erbengemeinschaft.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 120 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6 Frankfurt (Main), 8. 8. 1963

Amtsgericht, Abt. 84

### 2323

84 K 32/63: Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll das im Grundbuch von Frankfurt (Main), Bezirk 22, Band 15, Blatt 586 eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Frankfurt (Main), Flur 337, Flurstück 16'2, Hof- und Gebäudefläche, Rohrbachstr. 54, Größe 5,01 Ar, am 30. Oktober 1963 um 9 Uhr im Gerichtsgebäude Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7—11, Zimmer 507, V. Stock, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 29. 5. 1963 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): 1. Schüler Herbert Ploch, Frankfurt (Main), zu 1/6, 2. Bäcker Horst Ploch, Frankfurt (Main), zu 1/6, 3. Wwe. Emma Elise Ploch geb. Häussler, Frankfurt (Main), zu 1/6, 4. Wwe. Elisabeth Bergen geb. Best, Frankfurt (Main), 5. Wwe. Magdalena Orth geb. Best, Albigen, Kreis Alzey, 6. Wwe. Katharina gen. Käthe Jakobi geb. Best, Alzey, — zu 4—6 in ungeteilter Erbengemeinschaft an einer ideellen Hälfte.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 170 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6 Frankfurt (Main), 30. 7. 1963

Amtsgericht, Abt. 84

### 2324

#### Beschluß

2 K 7/63: Die ideellen Hälften des Heinrich Wilhelm Schmidt an den im Grundbuch von Veckerhagen, Band 32, Blatt 245, eingetragenen Grundstücken,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Veckerhagen, Flur 13, Flurstück 45, Acker, Auf dem Hasselfelde, 26,98 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Veckerhagen, Flur 7, Flurstück 5, Grünland, Vor dem Staufenberg Grund, 23,39 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Veckerhagen, Flur 16, Flurstück 291/112, Hof- und Gebäudefläche, Steinweg, Haus Nr. 10, Größe 6,03 Ar,

lfd. Nr. 6, Gemarkung Veckerhagen, Flur 16, Flurstück 290/113, Hofraum, Steinweg 10, Größe 0,25 Ar,

und weiter das im Grundbuch von Veckerhagen, Band 38, Blatt 522 eingetragene Grundstück: lfd. Nr. 1, Gemarkung Veckerhagen, Flur 27, Flurstück 1, Grünland, Hohes Rott, 39,48 Ar,

sollen am 1. November 1963 um 10.30 Uhr im Gerichtsgebäude Hofgeismar, Friedrich-Pfaff-Straße 8, Zimmer 26, zur Auf-

hebung der Gemeinschaft, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 18. März 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks): Grundbuch von Veckerhagen, Band 32, Blatt 245: Zimmermann Heinrich Wilhelm Schmidt und Ehefrau Marie, geb. Wenzel in Veckerhagen, je zu 1/2; Grundbuch von Veckerhagen, Band 38, Blatt 522: Zimmermann Heinrich Wilhelm Schmidt in Veckerhagen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

352 Hofgeismar, 6. 8. 1963

Amtsgericht

### 2325

40 K 32/62: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Niederrodenbach, Band 47, Blatt 1955, eingetragene Grundstück, lfd. Nr. 1, Flur 3, Flurstück 31/3, Hof- und Gebäudefläche, An der Birkenstraße, Größe 5,07 Ar, am 14. Oktober 1963 um 14 Uhr im Gerichtsgebäude Hanau, Nußallee 17, Zimmer 13, versteigert werden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 7. 12. 1962 in das Grundbuch eingetragen worden. Als Eigentümer ist der Elektriker Rudolf Schmidt in Niederrodenbach eingetragen.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG auf 35 000,— DM festgesetzt.

Bieter haben auf Antrag eines Beteiligten in Höhe von 10% des Bargebotes Sicherheit zu leisten.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

645 Hanau, 8. 8. 1963

Amtsgericht, Abt. 40

### 2326

51 K 51/62: Das im Grundbuch von Bergshausen, Band 14, Blatt 432, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Bergshausen, Flur 9, Flurstück 24/1, Lieg.-B. 422, Hof- und Gebäudefläche, Lindenstraße 24, Größe, 3,01 Ar,

soll am 25. September 1963 um 14 Uhr im Gerichtsgebäude Kassel, Eugen-Richter-Straße 4, Zimmer 96, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 5. Dezember 1962 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Ehefrau Dora Günther geborene Wagner in Bergshausen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

35 Kassel, 31. 7. 1963

Amtsgericht

### 2327

51 K 46/62: Die im Grundbuch von Ochshausen, Band IV, Blatt 94, eingetragenen Grundstücke:

lfd. Nr. 6, Gemarkung Ochshausen, Flur Nr. 1, Flurstück 422/2, Lieg.-B. 79, Hof- und Gebäudefläche, Lehnhofstraße 25, Größe 16,32 Ar,

lfd. Nr. 7, Gemarkung Ochshausen, Flur Nr. 1, Flurstück 423/146, Lieg.-B. 79, Acker-

land (Obstb.), Lehnhofstraße 25, Größe 7,15 Ar,

lfd. Nr. 8, Gemarkung Ochshausen, Flur Nr. 1, Flurstück 445/1, Lieg.-B. 79, Geb.-B. Nr. 164, Hof- und Gebäudefläche, Ochshäuser Dorfstraße 8, Größe 1,41 Ar,

sollen am 2. Oktober 1963, um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude Kassel, Eugen-Richter-Straße 4, Zimmer 96, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 7. November 1962 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Ehefrau Anna Marie genannt Annemarie Schlachowitz, geborene Wendel in Lohfelden-O.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

35 Kassel, 7. 8. 1963

Amtsgericht

### 2328

#### Beschluß

K 2/62: Das im Grundbuch von Korbach, Band 82, Blatt 2577, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Flur 40, Flurstück 64/9, Hof- und Gebäudefläche, Heideweg 19, Größe 3,00 Ar, soll am 17. Oktober 1963, um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude, Korbach, Hagenstraße 2, Zimmer 5, zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 19. März 1962 (Tag des Versteigerungsvermerks) waren: Der Kaufmann Reinhard Hein und Ehefrau Irmgard Hein, geb. Löwer, beide in Korbach, je zur Hälfte.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf DM 35 000,—.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

354 Korbach, 29. 7. 1963

Amtsgericht

### 2329

7 K 10/63 verb. mit 7 K 6/63: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Erbbaugrundbuch von Offenbach (Main), Band 233, Blatt 6803, z. Z. der Eintragung des Versteigerungsvermerks (12. 3. 63 bzw. 10. 6. 63) auf den Namen Eheleute Erich und Maria Christina Hüter in Offenbach (Main), eingetragene Erbbaurecht an dem Grundstück,

Gemarkung Offenbach (Main), Flur 24, Nr. 2/165, Lieg.-B. 5823, Hof- und Gebäudefläche, Neusalzer Str. 57, Größe 2,91 Ar, am Mittwoch, dem 2. Oktober 1963 um 10.00 Uhr, durch das unterzeichnete Gericht, Kaiserstr. 16, Zimmer 38, versteigert werden.

Der Wert des Erbbaurechts wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 42 400,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

605 Offenbach (Main), 29. 7. 1963

Amtsgericht, Abt. 7

### 2330

K 2/62: Das im Grundbuch von Nieder-Seemen, Band 4, Blatt 226, eingetragene Grundstück,

Nr. 2, Gemarkung Nieder-Seemen, Flur Nr. 1, Flurstück 132, Hof- und Gebäudefläche, Im alten Keller, 12,90 Ar,

soll am Freitag, dem 11. Oktober 1963 um 14.00 Uhr im Gerichtsgebäude in Ortenberg (Hessen), durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 28. Juni 1962 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ehefrau Frieda Kempel geb. Stock in Nieder-Seemen.

Der Wert des Grundstücks ist auf 8000,— DM festgesetzt (§ 74a Abs. 5 ZVG).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

6474 Ortenberg, 4. 7./1. 8. 1963

Amtsgericht

### 2331

1 K 11/61: Das Verfahren, die im Grundbuch von Eschbach, Kreis Usingen (Taunus), Band 13, Blatt 470, eingetragenen Grundstücke, lfd. Nr. 6, Flur 63, Flurstück Nr. 124 und lfd. Nr. 25, Flur 63, Flurstück 74 der Gemarkung Eschbach betreffend, ist aufgehoben.

Der Versteigerungstermin vom 10. 9. 1963 findet nicht statt.

639 Usingen (Taunus), 9. 8. 1963

Amtsgericht

### 2332

5 K 28/62: Das im Grundbuch von Petersberg, Bezirk Fulda, Band 24, Blatt Nr. 904, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Petersberg, Flur 12, Flurstück 44/2, Hof- und Gebäudefläche, An der Röthe, Haus Nr. 1a, Größe 10,08 Ar,

soll am 18. November 1963 um 10 Uhr im Gerichtsgebäude Fulda, Königstraße 38, Zimmer 24, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 18. 2. 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks): Oskar Hossbach, Spenglermeister, früher in Fulda, jetzt Toronto (Kanada).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

64 Fulda, 5. 8. 1963

Amtsgericht

### 2333

6 K 3/63: Die im Grundbuch von Walldorf, Band 47, Blatt 2518, eingetragenen Grundstücke,

a) Nr. 1, Gemarkung Walldorf, Flur 1, Flurstück 19/1, Weg, Die Wildzaungewann, 2,16 Ar,

b) Nr. 2, Gemarkung Walldorf, Flur 1, Nr. 33/4, Weg, Am Wildzaun, 1,83 Ar,

c) Nr. 3, Gemarkung Walldorf, Flur 1, Nr. 33/5, Hof- und Gebäudefläche, Am Wildzaun, 25,00 Ar,

(Schätzwert zu a) 540,— DM, zu b) 457,50 DM, zu c) 95 000,— DM),

sollen am Mittwoch, dem 9. Oktober 1963, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 13. 3. 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks): Firma

Industrie Commerz GmbH in Frankfurt (Main).

Steigliehaber werden darauf aufmerksam gemacht, daß auf Antrag des Bargebotes als Sicherheit zu leisten ist.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

608 Groß-Gerau, 8. 8. 1963

Amtsgericht

### 2334

#### Beschluß

K 2/62: Das im Grundbuch von Trutzhain, Band 4, Blatt 97, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Trutzhain, Flur 2, Flurstück 179/1, Lieg.-B. 103, Hof- und Gebäudefläche, Struthfeld, 6,41 Ar, Geb.-B. 73,

soll am 24. Oktober 1963 um 9.00 Uhr im Gerichtsgebäude Treysa, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 2. März 1962 (Tag des Versteigerungsvermerks): Eheleute Johannes Gabriel und Frau Elisabeth Gabriel, geb. Weitzel in Trutzhain, — je zur ideellen Hälfte —.

Der Wert des Grundstücks ist durch Beschluß des Amtsgerichts Treysa vom 7. 5. 1962 nach § 74a Abs. 5 ZVG auf 25 100,— DM festgesetzt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

3578 Treysa, 8. 8. 1963

Amtsgericht

### 2335

#### Beschluß

2 K 19/62: Die im Grundbuch von Ehlen, Band 14, Blatt 781, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 15, Gemarkung Ehlen, Flur 10, Flurstück 14/1, Lieg.-B. 118, Grünland, Die Tilpoldswiesen, 25,00 Ar,

lfd. Nr. 16, Gemarkung Ehlen, Flur 7, Flurstück 119, Ackerland, Die Strangstücke, 36,68 Ar,

sowie das im Grundbuch von Ehlen, Band 18, Blatt 914 eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Ehlen, Flur 16, Flurstück 90, Lieg.-B. 499, Ackerland, An der Lehmkaute, 10,41 Ar.

sollen am 12. November 1963 um 10 Uhr im Gerichtsgebäude Wolfhagen, Gerichtsstraße 3, Zimmer 13, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin Ehefrau Sophie Friederike Mösta geb. Jordan in Ehlen.

(Tag des Versteigerungsvermerks): Blatt Nr. 781: 23. Oktober 1962, Blatt 914: 21. Dezember 1962.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt wie folgt: Blatt 781: für lfd. Nr. 15 auf 1200,— DM, für lfd. Nr. 16 auf 2300,— DM, Blatt 914: für lfd. Nr. 3 auf 1050,— DM, Sa. 4550,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

3547 Wolfhagen, 6. 8. 1963

Amtsgericht

## NACHTRAG

### Güterrechtsregister

**2336**

GR 997 — 12. Juli 1963: Die Eheleute Friedrich Metz, Kraftfahrer und Ursel geb. Rzepio, beide wohnhaft in Griesheim, haben durch Vertrag vom 21. Mai 1963 Gütertrennung vereinbart.

GR 998 — 17. Juli 1963: Die Eheleute Hans Joachim Sippel, Apotheker und Annemarie Meta Therese geb. Oswald, beide in Darmstadt, haben durch Vertrag vom 28. Juni 1963 Gütertrennung vereinbart.

GR 999 — 23. Juli 1963: Die Eheleute Georg Rückert, Maurermeister und Berta Elisabeth geb. Fischer, beide wohnhaft in Darmstadt, haben durch Vertrag vom 15. Mai 1963 Gütertrennung vereinbart.

61 Darmstadt, 12. 8. 1963

Amtsgericht, Abt. 8

**2337**

GR 219 — 7. 8. 1963: Eheleute Bohrer Wilhelm Simon und Elisabeth geborene Letzhäuser, beide in Marienhagen, Schulweg 1.

Durch notariellen Vertrag vom 31. Mai 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

354 Korbach

Amtsgericht

**2338**

#### Neueintragung

GR 108 — 30. 7. 1963: Eheleute Landwirt Wilhelm Hergenröder und Minna geb. Kehl in Ulmbach, Kreis Schlüchtern, Rabensteiner Straße 28.

Durch notariellen Vertrag vom 4. Juni 1963 ist Gütergemeinschaft vereinbart.

6483 Salmünster

Amtsgericht

**2339**

GR 493: (Ehegatten) Abteilungsleiter Günter Völkel und Irmgard geb. Schmidt in Hermannstein:

Durch notariellen Vertrag vom 22. Mai 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

633 Wetzlar, 16. 7. 1963

Amtsgericht

**2340**

GR 494: (Ehegatten) Elektroingenieur Karl Kuhl und Herta geb. Werdecker, Rodheim-Bieber:

Durch notariellen Vertrag vom 10. Juni 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

633 Wetzlar, 16. 7. 1963

Amtsgericht

**2341**

GR 495: (Ehegatten) Kaufmann Eugen Jahrman und Elli geb. Schäfer in Wetzlar:

Durch notariellen Vertrag vom 7. Juni 1963 wurde Gütertrennung vereinbart.

633 Wetzlar, 16. 7. 1963

Amtsgericht

### 2342 Vereinsregister

#### Neueintragung

VR 544 — 16. Juli 1963: Gemeinütziger Schulverein Darmstadt e. V. in Darmstadt.

61 Darmstadt, 12. 8. 1963

Amtsgericht, Abt. 8

**2343**

#### Neueintragung

VR 73 — 5. August 1963: Turn- und Sportverein „Jahn“ 1891/07 e. V. Sitz: Calden.

Die Satzung ist am 10. März 1962 errichtet.

352 Hofgeismar, 5. 8. 1963

Amtsgericht

**2344**

#### Neueintragung

41 VR 246 — 31. 7. 1963: Sport- und Kulturverein in Hanau (Main).

Die Satzung ist am 27. 3. 1963 errichtet.

645 Hanau

Amtsgericht, Abt. 41

**2345**

#### Neueintragung

VR 99: Verkehrs- und Verschönerungsverein Würzburg e. V. Sitz: Würzburg i. Odenw. Die Satzung ist errichtet am 5. Dezember 1962.

612 Michelstadt, 6. 8. 1963

Amtsgericht

**2346**

VR 282: Angel-Sport-Verein „Silbersee“ in Launsbach, Kreis Wetzlar. Die Satzung ist am 12. Mai 1963 errichtet.

633 Wetzlar, 5. 8. 1963

Amtsgericht

### 2347 Vergleiche — Konkurse

#### Beschluss

5 N 5/60: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des Rentners Gerhard Simon aus Dillenburg, wird anstelle des verstorbenen Rechtsanwalts Dr. Pitzer zum Konkursverwalter der Rechtsanwalt J. Wienecke in Herborn ernannt. Zur Beschlusfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters und zur Abnahme der Schlußrechnung des bisherigen wird Termin auf den 12. September 1963 um 10.30 Uhr vor dem hiesigen Gericht, Saal 1, anberaumt.

634 Dillenburg, 7. 8. 1963

Amtsgericht

**2348**

### Andere Behörden und Körperschaften

**Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen von Somborn nach Aschaffenburg**

Der **Kahlgrund-Verkehrs-Ges. m. b. H. in Schöllkrippen über Aschaffenburg** wird auf Grund des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) vom 21. 3. 1961 (BGBl. I S. 241) die Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen nach § 42 PBefG von Somborn (Kreis Gelnhausen) nach Aschaffenburg über Neuses — Albstadt — Michelbach — Kälberau — Alzenau — Wasserlos — Hörstein — Dettingen — Mainfahre — Kleinostheim — Mainaschaff bis zum 31. Juli 1971 erteilt.

Das Unternehmen unterliegt der Aufsicht des Landrates des Kreises Gelnhausen (§ 54 PBefG).

62 Wiesbaden, 24. 7. 1963

Der Regierungspräsident

III 4 — 7 — Az.: 66 f 02

**2349****Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen von Schaafheim nach Dieburg**

Dem Unternehmen **Hans Kirchmeyer, Groß-Umstadt, Im Kühlen Grund 5**, wird auf Grund des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) vom 21. 3. 1961 (BGBl. I S. 241) die Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen nach § 42 PBefG

von Schaafheim nach Dieburg über Schlierbach—Kleestadt—Klein-Umstadt—Richen—Groß-Umstadt—Semd mit Haltestellen in den Orten: Schaafheim, Schlierbach, Kleestadt, Klein-Umstadt, Richen, Groß-Umstadt, Semd, Dieburg

bis zum 30. September 1971 erteilt.

Das Unternehmen unterliegt der Aufsicht (§ 54 PBefG) des Landrats des Landkreises Dieburg.

61 Darmstadt, 6. 8. 1963

**Der Regierungspräsident**  
III/4 — 66 f 02/07 (2)

**2350**

**Aufgebot:** Frau Josefine Heil hat als Erbin des Herrn Friedel Heil die Kraftloserklärung des auf Herrn Friedel Heil ausgestellten Sparkassenbuches Nr. 133826 beantragt.

Der Inhaber des Sparkassenbuches wird aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches seine Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

629 Weilburg (Lahn), 8. 8. 1963

**Kreissparkasse des Oberlahnkreises**  
Der Vorstand

**2351****Satzung**

des Schulverbandes **Mittelpunktschule Nord in Breuna,**  
Kreis Wolfhagen

**§ 1**

1. Die Gemeinden Breuna, Niederelsungen, Oberlistingen und Wettelingen im Landkreis Wolfhagen bilden einen Schulverband gemäß § 12 Abs. 1 des Schulverwaltungsgesetzes vom 28. Juni 1961 (GVBl. S. 87).

2. Der Schulverband trägt die Bezeichnung **Mittelpunktschule Nord**. Er hat seinen Sitz in Breuna und führt das dieser Satzung beige druckte Dienstsiegel.

**§ 2**

Der Schulverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Er verwaltet sich selbst unter eigener Verantwortung durch seine Organe.

**§ 3**

Der Schulverband ist Träger der **Mittelpunktschule Nord** in Breuna.

**§ 4**

Über die durch die Verbandsglieder in den Schulverband einzubringenden Einrichtungen werden besondere Vereinbarungen getroffen. Das Schulgrundstück ist in abgeschlossenem Zustand von der Gemeinde Breuna kostenlos dem Schulverband zu Eigentum zu übertragen.

**§ 5**

Organe des Schulverbandes sind:

1. die **Verbandsversammlung**
2. der **Verbandsvorstand**.

**§ 6**

1. Die **Verbandsversammlung** besteht aus 9 Vertretern der Verbandsglieder. Hiervon entfallen

- die Gemeinde Breuna drei Vertreter;
  - die Gemeinde Niederelsungen zwei Vertreter;
  - die Gemeinde Oberlistingen zwei Vertreter;
  - die Gemeinde Wettelingen zwei Vertreter.
- Es sind Stellvertreter vorzusehen.

2. Mitglieder des **Verbandsvorstandes**, deren Stellvertreter sowie Bedienstete des Schulverbandes können nicht gleichzeitig als Vertreter eines Verbandsgliedes der **Verbandsversammlung** angehören.

**§ 7**

Die Vertreter und Stellvertreter der **Verbandsversammlung** werden von den Vertretungskörperschaften der Verbandsglieder (Gemeinden) für die Dauer ihrer Wahlzeit gewählt. Im übrigen gelten die Bestimmungen des § 55 der Hessischen Gemeindeordnung.

**§ 8**

1. Die **Verbandsversammlung** soll mindestens einmal im Jahr einberufen werden. Sie muß unverzüglich einberufen werden, wenn ein Viertel der Vertreter der **Verbandsversammlung** oder der **Verbandsvorstand** die Einberufung unter Angabe des Zwecks und der Gründe verlangen.

2. Die Einberufung der ersten Sitzung der **Verbandsversammlung** nach der Wahl erfolgt unverzüglich durch den **Bürgermeister der Gemeinde Breuna**.

**§ 9**

1. Die **Verbandsversammlung** wählt in der ersten Sitzung aus ihrer Mitte für die Dauer der Wahlzeit einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter.

2. Der Vorsitzende beruft die **Verbandsversammlung** jeweils schriftlich unter Mitteilung der Tagesordnung ein. Zwischen dem Zugang der Ladung und dem Sitzungstag muß ein Zeitraum von einer Woche liegen. In dringenden Fällen bedarf es keiner Frist; hierauf ist in der Ladung ausdrücklich hinzuweisen.

3. Jedes **Verbandsmitglied (Gemeinde)** hat das Recht, Anträge zur Beschlußfassung zu stellen. Über Angelegenheiten, die nicht auf der Tagesordnung verzeichnet sind, kann nur verhandelt und beschlossen werden, wenn zwei Drittel der Vertreter der **Verbandsversammlung** (§ 6 Abs. 1) dem zustimmen.

**§ 10**

1. Die Sitzungen der **Verbandsversammlung** sind nicht öffentlich. Sie werden vom Vorsitzenden der **Verbandsversammlung**, im Falle seiner Verhinderung von seinem Stellvertreter, geleitet.

2. Zu Beginn jeder Sitzung ist ein Verzeichnis der erschienenen Vertreter der **Verbandsversammlung** oder ihrer Stellvertreter aufzustellen. Es ist vom Vorsitzenden der **Verbandsversammlung** und einem weiteren Vertreter der **Verbandsversammlung** zu unterzeichnen.

**§ 11**

Die **Verbandsversammlung** beschließt über alle wichtigen Angelegenheiten des Schulverbandes. Sie kann die Beschlußfassung über folgende Angelegenheiten nicht übertragen:

1. Satzungsänderungen;
2. Den Erlaß der **Haushatssatzung** und die Feststellung des **Haushaltsplanes**;
3. Die Festsetzung der **Verbandsumlage**;
4. Die Entlastung des **Verbandsvorstandes**;
5. Die Errichtung, Erweiterung, Einschränkung oder Aufhebung sowie die Verlegung der **Verbandsschule** (§ 13 Schulverwaltungsgesetz);
6. Den Erwerb, die Veräußerung und die Belastung von Grundvermögen, das Schulzwecken unmittelbar dient (§ 23 Abs. 3 Schulverwaltungsgesetz);
7. Die Aufnahme von Darlehen und die Bestellung von Sicherheiten sowie solche Rechtsgeschäfte, die den in Nr. 6 genannten wirtschaftlich gleichkommen;
8. Die Aufnahme neuer **Verbandsmitglieder**;
9. Das Ausscheiden von **Verbandsmitgliedern**;
10. Die Auflösung des Schulverbandes und die Vermögensauseinandersetzung.

**§ 12**

1. Die **Verbandsversammlung** ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der im § 6 Abs. 1 genannten Zahl der Vertreter der **Verbandsversammlung** anwesend ist; im übrigen gilt § 53 der Hessischen Gemeindeordnung entsprechend.

2. Die Beschlüsse der **Verbandsversammlung** bedürfen der Mehrheit der in der Sitzung anwesenden Vertreter der **Verbandsversammlung** (einfache Stimmenmehrheit), soweit nicht Gesetz oder Satzung eine größere Mehrheit vorschreiben.

3. Beschlüsse über die Änderung der Satzung und über die Auflösung des Schulverbandes bedürfen der Zustimmung einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der in § 6 Abs. 1 genannten Zahl der Vertreter der **Verbandsversammlung**.

**§ 13**

1. Über den Verlauf der Sitzung der **Verbandsversammlung** ist eine Niederschrift aufzunehmen. In der Niederschrift sind Gegenstand, Ort und Tag der Sitzung, Art und Ergebnis der Abstimmung sowie die Beschlüsse der **Verbandsversammlung** festzuhalten.

2. Das Verzeichnis der Teilnehmer an der Sitzung (§ 10 Abs. 2) und die Unterlagen über ihre ordnungsgemäße Einberufung (§ 9 Abs. 2) sind der Niederschrift beizufügen. Sie brauchen nicht beigefügt zu werden, wenn sie unter Angabe ihres Inhalts in der Niederschrift aufgeführt sind.

3. Die Niederschrift ist von dem Vorsitzenden und mindestens einem weiteren von der **Verbandsversammlung** zu bestimmenden Mitglied zu unterzeichnen.

**§ 14**

1. Der **Verbandsvorstand** besteht aus dem **Verbandsvorsteher** und drei Beisitzern.

2. Die Mitglieder des **Verbandsvorstandes** sind die **Bürgermeister** der **Verbandsmitglieder**. Stellvertreter jedes Mitgliedes des **Verbandsvorstandes** ist sein Erster Beigeordneter.

3. Der **Verbandsvorsteher** und sein Stellvertreter sind aus der Mitte des **Verbandsvorstandes** von der **Verbandsversammlung** in getrennten Wahlgängen zu wählen. Als gewählt gilt, wer die meisten Stimmen auf sich vereinigt.

4. Die Mitglieder des **Verbandsvorstandes** scheiden mit Beendigung ihres Amtes als **Bürgermeister** oder **Erster Beigeordneter** aus dem **Verbandsvorstand** ohne weiteres aus.

**§ 15**

1. Der **Verbandsvorstand** führt die Geschäfte der laufenden Verwaltung des Schulverbandes nach den Beschlüssen und Weisungen der **Verbandsversammlung**, soweit sie nicht dieser selbst vorbehalten sind. Er kann sich hierbei der **Verwaltungskräfte** und der **Verwaltungsrichtungen** von **Verbandsmitgliedern** bedienen.

2. Der **Verbandsvorstand** vertritt den Schulverband gerichtlich und außergerichtlich. Erklärungen, durch die der Schulverband verpflichtet werden soll, bedürfen der **Schriftform**. Sie sind nur rechts-

verbindlich, wenn sie von dem Vorstandsvorsteher oder dem stellvertretenden Vorstandsvorsteher sowie einem weiteren Mitglied des Vorstandsvorstandes handschriftlich unterzeichnet und mit dem Dienstlegel des Schulverbandes versehen sind. Dies gilt nicht für Geschäfte der laufenden Verwaltung, die für den Schulverband von nicht erheblicher Bedeutung sind sowie für Erklärungen, die ein für das Geschäft oder für den Kreis von Geschäften ausdrücklich Beauftragter abgibt, wenn die Vollmacht in der Form des Absatzes 2 erteilt wird.

§ 16

1. Die Sitzungen des Vorstandsvorstandes werden vom Vorstandsvorsteher, im Falle seiner Verhinderung von seinem Stellvertreter, geleitet.

2. Über den Verlauf der Sitzung ist eine Niederschrift anzufertigen. § 13 gilt entsprechend.

17

Die Tätigkeit des Vorstandsvorstandes und der Versammlung ist ehrenamtlich.

§ 18

Für die Aufstellung des Haushaltsplanes, die Verwaltung des Vermögens und der Schulden sowie das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen gelten die Vorschriften der Hessischen Gemeindeordnung und die dazu ergangenen Rechts- und Verwaltungsvorschriften entsprechend.

§ 19

1. Soweit die Einnahmen des Schulverbandes zum Ausgleich des Haushalts nicht ausreichen, ist der Schulverband berechtigt, eine Umlage von den Verbandsgliedern zu erheben.

2. Die Verbandsumlage ist in der Haushaltssatzung des Schulverbandes für jedes Jahr neu festzusetzen. Sie wird von der Versammlung nach der Zahl der Schüler, die am 15. Mai des abgelaufenen Rechnungsjahres die Verbandsschule besuchten, erhoben.

3. Im Jahr der Eröffnung der Mittelpunktschule wird die Zahl der Schüler, die am 15. Mai des ablaufenden Rechnungsjahres die Mittelpunktschule besuchen, für die Umlageerhebung zugrunde gelegt. Wird die Mittelpunktschule erst nach dem 15. Mai eröffnet, gilt die Schülerzahl am Eröffnungstag einschließlich der Zugänge bis zum Jahresende. Für das Eröffnungsjahr sind bis zur Feststellung des endgültigen Umlagebetrages für jedes Quartal Vorauszahlung zu leisten.

4. Über den Ausgleich von Vor- und Nachteilen zwischen den Verbandsgliedern können darüber hinaus Vereinbarungen getroffen werden.

§ 20

1. Ein Verbandsglied kann aus wichtigem Grund aus dem Schulverband ausscheiden. Die Absicht ist dem Schulverband schriftlich zu erklären. Das Ausscheiden ist erst zum Schluß des auf die Anzeige folgenden Schuljahres möglich.

2. Der Schulverband hat einem ausscheidenden Verbandsglied für das eingebrachte Vermögen Wertersatz zu leisten.

§ 21

Bei der Auflösung des Schulverbandes haben die Verbandsglieder eine Vereinbarung über die Verteilung des nach Abzug der Verbindlichkeiten verbleibenden Vermögens zu treffen.

§ 22

1. Die Verbandssatzung und ihre Änderungen sowie alle Satzungen sind im Staatsanzeiger für das Land Hessen bekanntzumachen.

2. Den Verbandsorganen bleibt es unbenommen, sonstige Beschlüsse und Angelegenheiten des Schulverbandes in der ihnen angebracht erscheinenden Weise der Öffentlichkeit bekanntzugeben.

§ 23

1. Der Schulverband steht unter der Aufsicht des Landrats des Landkreises Wollfhagen.

2. Für die Rechtsverhältnisse des Schulverbandes gelten im übrigen die Vorschriften des Zweckverbandsgesetzes und ergänzend die Bestimmungen der Hessischen Gemeindeordnung.

3. Zusammensetzung und Aufgaben der Schuldeputation des Schulverbandes werden in einer besonderen Satzung geregelt.

§ 24

Die Satzung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

3549 Breuna, den 25. Juni 1963

Für die Gemeinde Breuna:

(LS.) gez. Hartmann (Bürgermeister)

gez. H. Weymann (Beigeordneter)

Für die Gemeinde Oberlisingen:

(LS.)gez. Trampedach (Bürgermeister)

gez. Böhle (Beigeordneter)

Für die Gemeinde Niederelsungen

(LS.) gez. Gerhardt (Bürgermeister)

gez. Röhl (Beigeordneter)

Für die Gemeinde Wettesingen:

(LS.) gez. Otto Bürgermeister

gez. Lambrecht (Beigeordneter)

Beschluß

Auf Grund des § 11 Abs. 1 in Verbindung mit § 7 Abs. 2 und § 31 des Zweckverbandsgesetzes vom 7. 6. 1939 (RGBl. I S. 979) sowie des § 12 Abs. 1 und 3 des Gesetzes über die Unterhaltung und Verwaltung der öffentlichen Schulen und die Schulaufsicht (Schulverwaltungsgesetz - SVG) vom 28. Juni 1961 (GVBl. S. 87) wird die Bildung des Schulverbandes Mittelpunktschule Nord in Breuna beschlossen und die Verbandssatzung vom 25. 6. 1963 festgestellt.

3547 Wolfhagen, 27. 7. 1963

Der Landrat des Landkreises Wolfhagen (LS.) gez. von Mielecki

2352 Öffentliche Ausschreibung

FRANKFURT (MAIN): In Betriebskilometer 358,1 bis 358,5 an der Bundesautobahnstrecke Berlin-Basel, in der Gemarkung Bad Hersfeld, wird eine neue Autobahnmeisterei erstellt. Die Rohbauarbeiten sollen im öffentlichen Wettbewerb vergeben werden.

Im wesentlichen sind folgende Leistungen auszuführen:

- a) Erdarbeiten 295 cbm
Stammpf beton 295 cbm
Stahlbeton 1645 cbm
Mauerwerk 505 cbm
Klinker 1150 qm
Putz 4820 qm
b) Zimmerarbeiten
Bauholz 39,50 cbm
Holzabbund 3240 lfd. m
c) Dachdeckerarbeiten
Dachfläche mit Ziegeln eindecken 1430 qm
d) Klempnerarbeiten
Rinnen und Abfallrohre 300 lfd. m

Das Autobahnamt Frankfurt (Main) behält sich vor, die vorgenannten Leistungen getrennt nach den einzelnen Gebäuden zu vergeben.

Die Eröffnungstermine sind folgende: zu a) am 13. September 1963, vormittags 10.00 Uhr, zu b) am 13. September 1963, vormittags 11.00 Uhr, zu c) am 13. September 1963, vormittags 11.30 Uhr, zu d) am 13. September 1963, vormittags 12.00 Uhr, jeweils beim Autobahnamt Frankfurt (Main), Münchener Straße 4/6, Zimmer 222.

Bewerber werden gebeten bis zum 21. August 1963 dem Autobahnamt Frankfurt (Main), schriftlich mitzuteilen, daß sie an dem öffentlichen Wettbewerb teilnehmen wollen und gleichzeitig den Betrag für a) von 10.- DM, für b) und c) je 5.- DM und für d) von 3.- DM für zwei Angebotsblankette an die Staatskasse Frankfurt (Main), Postscheckkonto 6821 Frankfurt (Main), mit dem Vermerk: Zugunsten des Autobahnammtes Frankfurt (Main), Autobahnmeisterei Bad Hersfeld, einzuzahlen. Die Postquittung für die Einzahlung, bitte ich der Mitteilung beizufügen. Dieselbe wird mit den Ausschreibungsunterlagen wieder zurückgegeben.

6 Frankfurt (Main), 12. 8. 1963

Autobahnamt Frankfurt (Main)
Münchener Straße 4-6
300 - 351 - 358

2353

ESCHWEGE: Die Arbeiten zur Beseitigung der Frostschäden auf der Bundesstraße Nr. 7 zwischen Waldkappel und Bischhausen (km 39,920 bis km 42,320) sollen vergeben werden.

Auszuführen sind:

- Erdarbeiten rd. 2100 cbm;
Frostschuttschicht aus Kies rd. 3000 cbm;
Schotter rd. 4500 t;
Asphaltbinder 0/18 mit 75 kg/qm und Asphaltfeinbeton 0/12 mm mit 60 kg/qm rd. 16 000 qm;
Drainagen rd. 2400 m und Nebenarbeiten.

Bauzeit: 120 Werktage.

Die Bieter müssen nachweislich für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 21. August 1963 anzufordern mit Angabe, ob die Unterlagen durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 10,- DM, die in keinem Falle zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlung bei der Staatskasse Eschwege, Postscheckkonto Frankfurt (Main) 6746 oder Konto Nr. 147 bei der Kreissparkasse Eschwege mit Angabe „Ausschreibungsunterlagen Beseitigung von Frostschäden auf der B 7 zwischen Waldkappel und Bischhausen“.

Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab 23. 8. 1963 beim Hessischen Straßenbauamt Eschwege.

Eröffnung: Dienstag, den 3. 9. 1963 um 10.00 Uhr.

Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 21 Werktage.

344 Eschwege, 8. 8. 1963

Hessisches Straßenbauamt
63 a - 06 - 37

**2351**

**BAD HERSFELD:** Die Arbeiten für den Ausbau der Landesstraße Nr. 3172 zwischen Heimboldshausen und Lengers, Kreis Hersfeld, von km 0,536 bis km 2,802 sollen in öffentlicher Ausschreibung vergeben werden.

**Auszuführen sind:**

- ca. 20 000 cbm Erdarbeiten
- ca. 8 000 cbm Frostschutzmaterial
- ca. 18 000 qm bituminöser Unterbau
- ca. 18 000 qm bituminöse Decke.

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 23. August 1963 anzufordern mit Angabe, ob die Unterlagen mit der Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 10,— DM, die in keinem Falle zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlungen bei der Staatskasse Bad Hersfeld, Postscheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 6753 mit Angabe „Ausschreibungsunterlagen für den Ausbau der Landesstraße Nr. 3172 zwischen Heimboldshausen und Lengers“.

Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab 27. August 1963 in der Zeit von 10—11 Uhr beim Registrator (Zimmer 15).

**Eröffnungstermin:** 10. September 1963 um 11 Uhr.

Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 30 Kalendertage.

643 Bad Hersfeld, 8. 8. 1963

Hessisches Straßenbauamt  
4/Sch — 63a — 08 — 05

**2355**

**HANAU:** Die Deckenverstärkungsarbeiten im Zuge der Bundesstraße 40 zwischen Lieblos und Gelnhausen von km 20,300 bis km 23,035 sollen in öffentlicher Ausschreibung vergeben werden.

**Die Arbeiten umfassen im wesentlichen:**

- 4 000 cbm Bodenaushub
- 1 800 t Frostschutzmaterial
- 3 000 t Bindemittelmineralgemisch
- 23 000 qm Asphaltbinder
- 23 000 qm Asphaltfeinbetonteppich
- 1 000 lfd. m Hochbord mit Rinne
- 2 300 lfd. m Tiefbordsteine
- 600 lfd. m Zementrohrkanal  $\varnothing$  300 mm

und verschiedene Nebenarbeiten.

Bewerber, die diese Ausschreibungsunterlagen zu erhalten wünschen und Referenzen über die Ausführung solcher Arbeiten auf Anforderung erbringen können, werden gebeten, dieses dem Hessischen Straßenbauamt in Hanau, Hainstraße 32, mitzutellen und dabei gleichzeitig anzugeben, ob die bestellten Unterlagen abgeholt oder durch die Post übersandt werden sollen.

Die Quittung über die Einzahlung des Selbstkostenbetrages in Höhe von 6,— DM ist beizufügen.

Die Einzahlung hat bei der Staatskasse Hanau, Postscheckkonto Nr. 6752 Ffm. zu Gunsten des Hessischen Straßenbauamtes Hanau zu erfolgen.

Für Selbstabholer werden die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab Dienstag, den 20. August 1963 vormittags 9.00 Uhr bei vorstehender Adresse abgegeben.

**Eröffnungstermin** ist Freitag, der 30. August 1963 um 11.00 Uhr in vorstehendem Amt.

645 Hanau, 9. 8. 1963

Hessisches Straßenbauamt  
63 a — 06 — 05

**2356**

**BAD HERSFELD:** Die Arbeiten für den Ausbau der Bundesstraße Nr. 324 zwischen Oberfels und Aua, Kreis Hersfeld, km 9,876 bis 10,867 sollen in öffentlicher Ausschreibung vergeben werden.

**Auszuführen sind:**

- ca. 20 000 cbm Erdarbeiten
- ca. 4 000 cbm Frostschutzmaterial

- ca. 7 000 qm bituminöser Unterbau
- ca. 7 000 qm bituminöse Decke.

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 23. August 1963 anzufordern mit Angabe, ob die Unterlagen mit der Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 10,— DM, die in keinem Falle zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlung bei der Staatskasse Bad Hersfeld, Postscheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 6753 mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen für den Ausbau der Bundesstraße Nr. 324 zwischen Oberfels und Aua, Kreis Hersfeld“.

Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab 27. August 1963 in der Zeit von 10—11 Uhr beim Registrator (Zimmer 15).

**Eröffnungstermin:** 10. September 1963 um 11 Uhr.

Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 30 Kalendertage.

643 Bad Hersfeld, 8. 8. 1963

Hessisches Straßenbauamt  
4/Sch — 63a — 06 — 03

**2357**

**HANAU (MAIN):** In öffentlicher Ausschreibung sollen getrennt vergeben werden: 1. Straßenverlegung bei Oberissigheim, Kreis Hanau im Zuge der Landesstraße Nr. 3195 zwischen km 3,479 und km 4,000, 2. Ausbau der Kreisstraße Nr. 869 in der Ortsdurchfahrt Ravalzhausen, Kreis Hanau von km 3,500 bis km 4,050.

**Die Arbeiten umfassen im wesentlichen:****Zu 1.**

- ca. 1300 cbm Bodenabtrag
- ca. 1500 cbm Dammschüttungsmassen liefern
- ca. 1100 qm Straßenauskofterung
- c. 40 cbm Mauerwerkabruch der Gewölbebrücke
- ca. 500 cbm Frostschutzschicht
- ca. 1200 qm bit. Unterbau 14 cm dick
- ca. 1800 qm zweischichtige Asphaltbetondecke 7 cm stark
- ca. 290 lfd. m Betonleitstreifen

Entwässerung und Verschiedenes.

**Zu 2.**

- ca. 1250 cbm Erdarbeiten
- ca. 3200 qm Pflasteraufbruch
- ca. 3500 qm Sauberkeitsschicht (20 cm)
- ca. 2700 qm bit. Unterbau 12 cm dick
- ca. 2700 qm Asphaltfeinbeton 3 cm stark
- ca. 900 lfd. m Betonhochbord
- ca. 200 qm Pflasterinne
- ca. 180 cbm Beton für Stützmauern,
- ca. 40 cbm Stahlbeton

und Verschiedenes.

Bewerber, die diese Ausschreibungsunterlagen zu erhalten wünschen und Referenzen über die Ausführung solcher Arbeiten auf Anforderung erbringen können, werden gebeten, dieses dem Hessischen Straßenbauamt Hanau (Main), Hainstraße 32, mitzutellen und dabei gleichzeitig anzugeben, ob diese bestellten Unterlagen abgeholt oder durch die Post übersandt werden sollen.

Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkostenbeträge in Höhe von 4,— DM je Angebot sind beizufügen. Die Einzahlung hat bei der Staatskasse Hanau — Postscheckkonto Ffm. 6752 — zugunsten des Hessischen Straßenbauamtes, Hanau zu erfolgen. Für Selbstabholer werden die bestellten Ausschreibungsunterlagen beider Ausschreibungen gegen Vorlage der Vollmacht ab Montag, den 12. August 1963 um 10.00 Uhr bei vorstehender Adresse abgegeben.

**Eröffnungstermin** zur Ausschreibung 1. ist Donnerstag, der 22. August 1963 um 11.00 Uhr und zur Ausschreibung 2. Donnerstag, der 22. August 1963 um 11.30 Uhr in vorstehendem Amt.

645 Hanau (Main), 2. 8. 1963

Hessisches Straßenbauamt  
63a — 08 10 — 05 — Ke.Ma

# Vordrucke

zur

**Gewerbeanmeldung A****Gewerbeummeldung B****Gewerbeabmeldung C**

Die vorgeschriebenen Vordrucke A, B und C gemäß Erlaß des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Verkehr vom 19. Dezember 1961 R3-4 B25-1601/61 StAnz. 5/1962 S 122 halten wir vorrätig und liefern auf schriftliche Bestellung:

(1 Vordrucksatz A od. B od. C umfaßt 2 Blatt Normalpapier und 7 Blatt Dünndruckpapier)

Mindestabnahme:

5 Sätze	= DM 7,50	50 Sätze	DM 48,—
10 Sätze	= DM 13,50	100 Sätze	= DM 80,—
25 Sätze	= DM 29,50	250 Sätze	= DM 180,—

zuzüglich Versandkosten.

Bei Bestellung bitten wir um genaue Angabe, wieviel Sätze vom Vordruck A, vom Vordruck B und vom Vordruck C gewünscht werden.

**Verlag Kultur und Wissen GmbH**

Formularabteilung

Wiesbaden, Herrnmühlgasse 11 A, Telefon 5 96 67

Postscheckkonto: Frankfurt (M.) 1173 37

## Sonderdruck 40/62

Inhalt:

**Durchführung des Bundesbaugesetzes**

**Richtlinien für die Aufstellung von Bauleitplänen**

— **Bauleitplan-Richtlinien** —

Stückpreis 1,20 DM und —,20 DM Versandkosten Lieferung bis zu 5 Exemplaren nur gegen Vorauszahlung auf das Postscheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 143 60, Verlag Kultur und Wissen GmbH, Wiesbaden. Auf dem Einzahlungsabschnitt Bestellung genau bezeichnen.

Staats-Anzeiger, Wiesbaden,

Herrnmühlgasse 11 A — Telefon Sammel-Nr. 5 96 67

## Ihre Postleitzahl

geben Sie bitte in allen Zuschriften an den Staats-Anzeiger, insbesondere bei der Einsendung von Bekanntmachungen usw. an, damit die Zusendung der Veröffentlichungsbelege beschleunigt erfolgen kann.

**Staats-Anzeiger - 62 Wiesbaden**

Herrnmühlgasse 11 A — Telefon 5 96 67

2358

Die Planstelle eines

### Regierungsinspektors

der Besoldungsgruppe 9 A an der Staatsbauschule Idstein (Taunus) ist sofort zu besetzen. Das Arbeitsgebiet umfaßt selbstständige und vielseitige Tätigkeit in der allgemeinen Verwaltung. Voraussetzung ist die Verwaltungsprüfung II.

Bewerbungen sind an den Herrn Regierungspräsidenten in Wiesbaden, Schulabteilung, Wiesbaden, Humboldtstraße 6 zu richten.

### Günstige langfristige Darlehen für Beamte a. L.

bis 15000,- DM — 6% Jahreszinsen ohne übliche Raten, Laufzeit bis zu 20 Jahren.

- Steuervorteile
- Versicherungsschutz
- Restschuld-Ablösung

Kostenlose Beratung durch

**TH. FRANKENBERG, 65 Mainz, Postfach 499**

Mitarbeiter, auch nebenberuflich, gesucht.

Alle Schulmöbel — Tische, Stühle für Lehrer und Schüler, Schränke, Tafeln und Bilderständer liefert VS. Fordern Sie Prospekte an!



Vereinigte Schulmöbelfabriken KG  
Niederlassung  
Frankfurt am Main Im Trutz 39

**SCHULMÖBEL**



**König & Neuzath** Büromöbelfabrik

Seit 1925 Lieferant für Qualitätsbüromöbel

Lieferung durch den Fachhandel

Klein-Karben bei Bad Vilbel · Telefon Sa.-Nr. 341

## TRIUMPH - BÜROMASCHINEN

Büroeinrichtungen - Bürobedarf

**Ernst Baums oHG., Gießen**

Ruf 26 00 u. 26 34

Bahnstraße 26

Tapeten · Gardinen  
Teppiche  
Möbelstoffe

Tapezierer-  
Genossenschaft

Groß- und Einzelhandel  
Wiesbaden, Langgasse 19  
Fernruf \*59535

Sonderdruck  
33/59

**Öltankrichtlinien**

Stückpreis DM 1,-  
u. DM —,20 Versandkosten  
zu beziehen

gegen Voreinsendung des  
Betrages vom

**Staats-Anzeiger**  
62 Wiesbaden,  
Herrnmühlgasse 11 A

## Joh. Kessler Wwe.

Transportunternehmen  
Sand und Kies · Baggerei  
Raupen- und Baggerbetrieb

Frankfurt/Main · Obermainstraße 14-28 · Telefon 435887

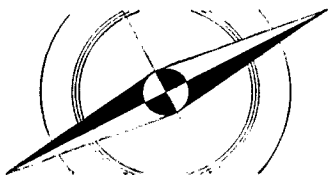
Der Staatsanzeiger für das Land Hessen erscheint wöchentlich montags. Fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugspreis vierteljährlich DM 6,- und DM 0,27 Zustellgebühr. Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Ministerialrat Gemmer, für den übrigen Teil Paul Hartelt.

Verlag: Verlag Kultur u. Wissen GmbH, Wiesbaden, Postscheckkonto: Frankfurt/Main, Nr. 143 60. Druck: Druckerei Chmielorz, Wiesbaden. Anzeigenannahme und Vertrieb: Staats-Anzeiger, Wiesbaden, Herrnmühlgasse 11 A, Ruf: Sa.-Nr. 5 96 67. Fernschreiber: 04-186 648.

Preis von Einzelstücken: bis 32 Seiten Umfang DM 1,20 und DM —,20 Versandkosten, bis 40 Seiten DM 1,70 und DM —,30, über 40 Seiten DM 2,- und DM —,30. Lieferung gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postscheckkonto des Verlages (s. unten). Anzeigenschluß: montags 14 Uhr, Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 4 v. 1. 1. 1962, Umfang der Ausgabe 40 Seiten.

Zahlung für Einzelstücke nur an den Verlag Kultur und Wissen GmbH., 62 Wiesbaden, auf Postscheckkonto Frankfurt/M., Nr.

**14360**



**Orientierungspunkt für Marktchancen** ist die Internationale Frankfurter Messe mit ihrem unvergleichlich vielseitigen Angebot der Konsum- und Gebrauchsgüterwirtschaft aus aller Welt. Hier erleben Sie am Modellfall durch Angebot und Nachfrage, welche Waren echte Marktchancen haben. In ihrem anregenden Handelsklima gewinnen Sie Kontakt mit wichtigen internationalen Geschäftspartnern.

**Internationale Frankfurter Messe 25.-29. August 1963**



### 2359

**GIESSEN:** Die Arbeiten für den Teilausbau Mühlberg (Rindsmühle) — Leihgestern im Zuge der Landesstraße 3130, Gießen—Leigestern, sollen vergeben werden.

Auszuführen sind:

- rd. 6000 cbm Bodenauftrag
- 1000 cbm Bodenauftrag
- 7300 qm Aufbruch von Chaussierung
- 4000 cbm Frostschuttschicht
- 4300 t Schotterunterbau
- 9500 qm Asphaltbinder 0/18
- 9500 qm splittreicher Asphaltfeinbeton.

Bauzeit: 80 Arbeitstage, Baubeginn: 12 Tage nach Zuschlagserteilung.

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über geeignete Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen verfügen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 6. September 1963 anzufordern mit der Angabe, ob die Unterlagen durch die Post übersandt werden sollen. Eine Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen von 10,— DM, die in keinem Falle zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlungen bei der Staatskasse Gießen, Postscheckkonto Frankfurt (Main) 39 312 mit Angabe: „Teilausbau 1963, Gießen—Leihgestern“. Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab 19. 8. 1963 in der Zeit von 8.00—12.00 Uhr in Gießen, Landgraf-Philipp-Platz 1, Zimmer 16.

Eröffnungstermin: Dienstag, den 10. 9. 1963 um 10.00 Uhr. Die Zuschlags- und Bindefrist endet am 8. 10. 1963.

63 Gießen, 2. 8. 1963

Hessisches Straßenbauamt  
63a — 08 — 05 — (Schm/Er)

**OPIEL** *Auto Schatz*  
HANAUER LANDSTRASSE 295  
Frankfurt/Main - Eszelsgr. Sommer Nr. 40141  
Zweigbetrieb: Bergstr. Eichen, Weid. Nr. 3, 11, 12, 13



### 2360

**WIESBADEN:** Die Arbeiten zum Ausbau der Landesstraße 3367 zwischen Schwalbach und Niederhöhnstadt (km 0,000 bis km 0,650) sollen vergeben werden.

Auszuführen sind: 1200 cbm Erdarbeiten, 1400 cbm Frostschutz, 4000 qm Schotterunterbau, 4000 qm bit. Fahrbahndecke und umfangreiche Nebenarbeiten.

Bauzeit: 100 Arbeitstage.

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 25. 8. 1963 anzufordern mit Angabe, ob die Unterlagen abgeholt oder durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für 2 Ausfertigungen in Höhe von 5 DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlung bei der Staatskasse Wiesbaden, Postscheckkonto Ffm. Nr. 6830 zugunsten des Hess. Straßenbauamtes Wiesbaden unter Angabe des Kennwortes: „Ausbau Ortslage Schwalbach“. Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab 19. 8. 1963 in der Zeit von 8.00 bis 17.00 Uhr beim Hess. Straßenbauamt Wiesbaden, Klopstockstraße 6, Zimmer 4b.

Eröffnung: Im Hess. Straßenbauamt Wiesbaden, Klopstockstr. 6, Zimmer 13, am 30. 8. 1963, um 10.30 Uhr. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 30 Werkstage.

62 Wiesbaden, 9. 8. 1963

Hess. Straßenbauamt  
160 — 63a — 08 — 05

**Stoffe - Gardinen -  
Teppiche**

Die großen Textil-Etagen  
Frankfurt/Main, Zell 85-93  
gegenüber d. Hauptpost Telefon 2 67 47

**WEIPERT**

**Gebäudereinigung Günter Schmidt**

Wiesbaden · Wetzlar · Marburg · Fritzlar

Hauptbüro Wiesbaden, Postfach 1091

Telefon: Wiesbaden 41838 o. 41860 · Telefon: Marburg 6463

Lieferant für Verwaltungen, Behörden und Anstalten

**HERRY BRECHT**

Großhandelshaus für Heimtextilien

Frankfurt/Main, Große Friedberger Str. 33-35  
Fernruf: S-A Nr. 201 51

Teppiche, Gardinen,  
Möbel- und  
Dekorationsstoffe,  
Dekoplastik,  
Matratzendelle

**Spül- und Reinigungsmittel  
Fußbodenpflegemittel**

Sonderkollektion für Behörden und Großverbraucher

**Schlüchterner Seifenfabrik E. HEINLEIN**

Schlüchtern · Tel. 251 u. 480

**Glück im LOTTO  
Erfolg im TOTO**

